Morgenausgabe
Nr. 533 / A 268 — 46. Jahrgang

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,80 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 4,— M. pro Monat.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch
13 November 1929

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenkasse Lindenstr. 3.

Die russische Bauernkatastrophe.

Beratungen des Reichskabinetts. — Russische Erpressungen an den Elenden.

Das Reichskabinett wird sich am Donnerstag mit der Frage befassen, wie den vor Moskau lagernden und in großer Not befindlichen sibirischen Deutschen geholfen werden kann.

Geschäft aus der Not.

Die Sowjetregierung hat inzwischen mit der Registrierung der vor Moskau lagernden Flüchtlinge begonnen. Die Mennonitenäre, wie die mit der Registrierung beauftragten Dorfräte genannt werden, haben den Flüchtlingen u. a. mitgeteilt, daß ab 1. November für jede Person, die das 16. Lebensjahr vollendet hat, eine Paßgebühr von 200 Rubel zuzüglich einer Abgabe von 20 Rubel für das Rote Kreuz bezahlt werden muß. Das gleiche soll auch für die Arm-Bauern und die Arbeiter gelten, die bisher nur 50 bzw. 5 Rubel bezahlt haben. Wer die geforderte Gebühr nicht zahlen kann, darf Rußland nicht verlassen. Der kann elend zugrunde gehen und verhungern. Diese Praxis scheint darauf hinauszulaufen, von den flüchtigen und fast im Elend dahinstechenden Menschen noch ihrem wirtschaftlichen Ruin auch noch die letzten in ihrem Besitz befindlichen Rubel zu erpressen. Teilweise wird diese Erpressung darauf zurückgeführt, daß mehrere Mennoniten in der vergangenen Woche mit eigenen oder geborgten Mitteln in der Verwaltungsabteilung des Moskauer Gebiets für sich Einzelpässe erlangt haben. Angeblich sind dafür insgesamt 170 000 Rubel eingezahlt worden. Man hofft von den anderen Flüchtlingen den gleichen Preis ergattern zu können. So ist man bestrebt, aus der Not Tausender und aber Tausender von Menschen noch ein großes Geschäft zu machen.

In dem Bezirk Puschkinow, zu dem u. a. der Ort Majajma gehört, werden den neuankommenden Flüchtlingen bereits seit über 14 Tagen keine Brotkarten mehr ausgehändigt. Viele Familien leben deshalb nur noch von den Almosen aus den Händen ihrer Leidensgenossen. In Parlowka sind 40 mennonitische Familien in zwei Räumen einer früheren Teewirtschaft untergebracht.

Aufruf zur Hilfe.

Das deutsche Rote Kreuz, der Zentralausschuß für die innere Mission, der deutsche Caritasverband, der fünfte Wohlfahrtsverband, der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, der Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft und die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden veröffentlichen einen Aufruf, der zu Sammlungen für die Notleidenden auffordert. Spenden nehmen die Großbanken entgegen.

Baldige Haager Schlußkonferenz?

Young-Plan soll vor Jahresende unter Dach und Fach sein.

Paris, 12. November. (Eigenbericht.)

Entgegen den polemischen Darstellungen gewisser Pariser Blätter dürfte die zweite Haager Konferenz schon für Ende November oder Anfang Dezember einberufen werden. Der gute Wille zur möglichen Beschleunigung der Arbeiten ist bei allen interessierten Regierungen zweifellos vorhanden, und in den beteiligten Kreisen scheint man die begründete Hoffnung zu hegen, daß die zweite Haager Konferenz, und damit der Young-Plan, bis Weihnachten oder bis spätestens Jahresende unter Dach und Fach gebracht werden kann.

In der Unterredung, die Briand inzwischen mit dem deutschen Botschafter von Hoesch hatte, ist man sich u. a. darüber einig geworden, daß zur Einberufung der zweiten Haager Konferenz nur noch der Abschluß der Arbeiten in den verschiedenen Kommissionen abgewartet werden soll. Die Kommissionen sollen durch den belgischen Ministerpräsidenten Jaspar in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden der Regierungskonferenz nochmals ersucht werden, ihre Verhandlungen nunmehr endgültig zu Ende zu bringen. Die Kommission für die Ostreparationen wird mit einem negativen Ergebnis enden und daher die ihr übertragenen Aufgaben an die betreffenden Regierungen direkt zurückgeben müssen, die darüber hinaus noch über einige andere Fragen, über die in mehreren der Ausschüsse eine Verständigung nicht erzielt werden kann, zu entscheiden haben. Die Kommissionsergebnisse werden dann einem besonderen Juristenausschuß überwiesen, der sie zu einem formellen Vertrag zusammenfassen soll. Um keine Zeit zu verlieren, soll dieser Juristenausschuß gleichzeitig mit der zweiten Haager Konferenz arbeiten.

Es ist jedenfalls unrichtig, wenn der „Matin" am Dienstag glaubt mitteilen zu können, daß Briand mit Rücksicht auf den noch ausstehenden Volksentscheid eine Vertagung der Haager Verhandlungen empfohlen habe. Nicht minder falsch ist es, wenn der „Temps" am Dienstag erklärt, daß, wenn die zweite Haager Konferenz gleichzeitig während der Vorbereitung zur Volksabstimmung tage, ihr Ergebnis vielleicht die deutschnationale Propaganda nähren könnte. Jedermann weiß, daß den Deutschnationalen ein voller Mißerfolg bevorsteht. Die Reichsregierung hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Volksabstimmung eine rein innerdeutsche Angelegenheit ist, die auf die kommenden internationalen Verhandlungen keinen Einfluß haben kann. Jede andere Beurteilung der Volksabstimmung würde darauf hinauslaufen, von Deutschland die Ratifizierung eines internationalen Vertrages zu verlangen, bevor dieser Vertrag überhaupt endgültig abgeschlossen ist.

Saar und Reich.

Saarbrücken, 11. November. (Eigenbericht.)

Die Vertreter der politischen Parteien und der Wirtschaft des Saargebietes, die als beratende Sachverständige des Saarvolks der deutschen Saardelegation für Paris beigeordnet sind, haben telegraphisch an die Reichsregierung die Bitte gerichtet, mit ihnen, den Vertretern des Reiches, der zuständigen Länderkabinette und der Saardelegation unverzüglich eine Sitzung abzuhalten. Es soll sich dabei in der Hauptsache um eine neue Festlegung hinsichtlich der Saargruben handeln, auf deren Rückführung in den staatlichen Besitz Preußens und Bayerns die gesamte Saarbevölkerung einmütig den allergrößten Wert legt und ohne deren Sicherung sie in eine Rückgliederung vor 1936 nicht einwilligen wird.

Kammerpräsident Bouisson für geistige Annäherung

Paris, 12. November.

Der sozialistische Kammerpräsident Bouisson hielt anläßlich der Waffenstillstandsfeier in Charleville eine Festrede, die von dem Gefühl für einen dauernden Frieden und für eine englisch-französische Verständigung tief durchdrungen war. Bouisson erinnerte an die Worte Briands in der Kammer, worin er dem Wunsche Ausdruck gab, daß die französischen Truppen das besetzte Gebiet mit Vertrauen und mit Herzlichkeit gegenüber der Bevölkerung verlassen möchten. Um einen dauerhaften Frieden zu sichern, müßten sich zwischen Frankreich und seinem östlichen Nachbarn gute Beziehungen anknüpfen, nicht nur zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen, sondern auch individuelle von Mensch zu Mensch. **Die französischen Schüler und Studenten würden heute regelmäßig in Deutschland empfangen und umgekehrt.** Frankreich begrüße die deutschen Gelehrten, wie es erst jetzt Dr. Einstein begrüßt habe. Noch vor wenigen Monaten sei ein Wagner-Zyklus des Bayreuther Theaters mit Begeisterung in Paris aufgenommen worden, und täglich erschienen Bücher deutscher Schriftsteller in französischer Uebersetzung auf dem Markt. Besonders die deutschen Kriegsbücher hätten Frankreich besser verständlich gemacht, wie man in Deutschland die vier Kriegsjahre gelebt habe und wie man an der deutschen Front lebte. Diese Bücher müsse man neben den eigenen Erzeugnissen und denen der verbündeten Mächte lesen, um auch aus ihnen zu schöpfen. Die lebendige Einbildungskraft der neuen Generation müsse man durch solche Werke zum Besten bekehren, um auf diese Weise den Friedensgeist in ihr großzuziehen, denn Friede sei die Grundlage allen Fortschritts.

Wählerversammlungen

Heute: Kreuzberg, Mitte, Wedding, Tempelhof, Tegel, Rosenthal und Staaken.

Morgen: Britz-Buckow, Köpenick, Charlottenburg, Friedrichsfelde, Neu-Lichtenberg, Adlershof, Schmargendorf, Niederschöneweide, Bohnsdorf, Alt-Glienicke, Marienfelde, Lankwitz Rudow, Lichtenrade Lichterfelde, Dahlem, Reinickendorf und Tegel. Außerdem eine Beamtenversammlung des Kreises Wedding in den Pharussälen.

Näheres im Innern des Blattes.

Frauen und Männer Berlins, kämpft mit uns für die Ziele des Sozialismus!

Ein Wort an die Beamten.

Warum müssen die Beamten sozialdemokratisch wählen?

Von Albert Falkenberg, M. d. R.

Wie immer, wenn Wahlen vor der Tür stehen, versucht die Reaktion, den Beamten vor der Sozialdemokratie graulich zu machen. Das geschieht in der zielsicheren Absicht, die Republikanisierung und Demokratisierung der Gemeindeverwaltung und des Gemeindewesens zu sabotieren, mindestens aber zu hemmen. Ueberall, wo die sozialdemokratische Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung auf Grund ihrer Mandatsziffer Einfluß auszuüben vermag, reden die Gegner der Sozialdemokratie vom „roten Diktaturbestreben" und davon, daß die Sozialdemokratie die Gemeindepolitik lediglich als ihre „parteipolitische Domäne" betrachte. Diese Einstellung ist an sich nicht im geringsten verwunderlich; tritt doch fast überall, wo Sozialdemokraten an der Führung der Gemeindepolitik beteiligt sind, der Geist des Fortschritts in Einrichtungen und Bauten in die Erscheinung. Die Beamten aber werden feststellen müssen, daß dort, wo Sozialdemokraten mit den alten Zuständen aufräumen, wo dank ihrer Tätigkeit das Stadtbild ein neues, freundlicheres Gesicht zeigt, durchweg auch die Beamtenpolitik herausstrebt aus den in muffigen Amtsstuben beschlossenen Bahnen einer vorkriegszeitlichen Gemeindepolitik.

Es ist schon so: wo schlechte Arbeiter- und Angestelltenpolitik gemacht wird, können nicht ausgerechnet die Beamten die Erfüllung ihrer Forderungen von denen erhoffen, die für soziale und wirtschaftliche Entrechtung der Arbeitnehmer alles, aber für ihren Aufstieg nichts tun. Die Beamten glauben nicht mehr daran, daß die gleichen Kreise, die im Reich und in den Ländern arbeitnehmerfeindliche Politik treiben, sich für eine fortschrittliche Gemeindepolitik entscheiden könnten.

Schon die Personalpolitik der Gemeinden zeigt die Richtung des politischen Kurses an. Zum Beispiel in Berlin. Von zwölf besoldeten Magistratsmitgliedern sind sechs Sozialdemokraten, während vier Sozialdemokraten als unbesoldete Magistratsmitglieder amtieren. Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung zählt 73 Mitglieder von 225 insgesamt. Trotzdem also keineswegs eine sozialistische Mehrheit vorhanden war, hat die SPD. in der eben abgelaufenen Periode die Führung gehabt. Ihr ist es zu danken, daß die leitenden Posten auf den maßgeblichen Verwaltungsgebieten mit republikanisch und sozial eingestellten Persönlichkeiten besetzt werden, die außerordentliche Fachkenntnisse besitzen und hervorragende Leistungen aufzuweisen haben. Jeder Beamte weiß, daß allein mit fortschrittlicher Personalpolitik die Demokratisierung der Verwaltung zu erreichen ist.

Was Berlin in der abgelaufenen Periode auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung geleistet hat, kann sich gleichfalls sehen lassen. Die großen Gesichtspunkte, nach denen die Beamten die Besoldungspolitik des Reiches und der Länder orientiert wissen wollen: Berücksichtigung der schlecht besoldeten Angehörigen der unteren Gruppen, Herabsetzung der Gruppenziffer, Verbesserung der Bestimmungen über die Festsetzung des Besoldungsdienstalters, keine Benachteiligung der nichtplanmäßigen Beamten usw., haben bei der Beratung der neuen Besoldungsordnung 1927/28 den Inhalt der damals wie heute maßgeblichen Richtlinien der SPD.-Fraktion gebildet. Aber die Flügelparteien von rechts und links versagten. Sie stellten zwar, ohne Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt zu nehmen, Agitationsanträge, aber die Erschließung der notwendigen Einnahmequellen überließen sie der SPD. Wie im Reich, wie in den Ländern — trübste Demagogie. Fast stets unter Führung der SPD. wurden Verbesserungen erzielt, zum Beispiel bei der Beratung des Stellenplans für 1929, bei dem Ausbau der Stellung der Feuerwehrmänner usw. Das bedeutet gewiß noch nicht, daß nun keine Besoldungswünsche mehr übrig geblieben sind, aber die Abhängigkeit der Gemeinden von Reich und Ländern wird auch in nächster Zeit keine restlose Erfüllung der Beamtenwünsche bringen können.

Darauf allein kommt es ja aber auch nicht an. Gemeindepolitik kann auch von den Beamten nur als Teilgebiet der großen Politik beurteilt und gewertet werden. Einer der im Augenblick besonders aktuellen beamtenpolitischen Parolen „Erhaltung des Berufsbeamtentums" wird zwar auch von den bürgerlichen Parteien bis hinein in die Reaktion zugestimmt, aber letzten Endes doch nur in dem Sinne des berüchtigten Reichskanzlerwortes: „wie ich sie auffasse". Die praktische Politik jener Kreise zeigt durchaus keine Neigung, den sozialen und wirtschaftlichen Inhalt dieses Berufsbeamtentums zu erhalten, geschweige denn zu verbessern. Ihre Zoll- und Steuergesetzgebung, das merken nachgerade auch die Beamten, verrät das Bestreben der Kriegslastenabwälzung auf die weniger tragfähigen Schultern der Massen, zu denen die breiten Schichten der Beamten des unteren und mittleren Dienstes zählen. Um diese Bestrebungen zu verschleiern, werden reaktionäre Beamtenkreise mobilisiert. So versandte in den letzten Wochen der Bund Deutscher Reichsbahninspektoren

und Amtmänner ein Rundschreiben, in dem das Gespenst des Abbaues des Berufsbeamtentums durch ITF.- und ADGB.-Vertreter in den Beratungen des Organisationskomitees C in Paris an die Wand gemalt wurde. Und aus der Zeitschrift einer „führenden politischen Persönlichkeit" wurde das Märchen von der großen inoffiziellen Delegation aufgetischt, „in der die sozialistischen Gewerkschaftsführer maßgebend sind". „Die Einigung mit dem Ausland", heißt es in der Zeitschrift, „würde das Ende der Beamtenschaft in der Eisenbahnverwaltung, das heißt ihre Ueberführung in das Angestelltenverhältnis bedeuten". Ausgerechnet vor den Gemeindewahlen werden diese Gerüchte verbreitet. Doch nicht zum Vergnügen, sondern mit dem Ziel, die Beamten gegen links einzunehmen. Wenn schon diese Reaktionäre sich um die „Erhaltung des Berufsbeamtentums" bemühen, dann kann die gesamte Beamtenschaft gar nicht mißtrauisch genug sein. Sie sagen Jesus, aber sie meinen Baumwolle. Sie sind es, die den Beamten mit dem „Berufsethos" immer gerade dann näher rücken, wenn sie Grund haben, von der sozialen und wirtschaftlichen Entrechtung der Beamtenmassen abzulenken. Die Personalpolitik der Deutschen Reichsbahn liefert geradezu Musterbeispiele für diese Taktik. Man kann den Beamten nur immer wieder empfehlen, sich durch nichts in ihrer politischen Einstellung zu den Beamtenfragen beirren zu lassen. Beamtenpolitik in einem den Beamten günstigen Sinne zu beeinflussen, gelingt eben doch nur durch den politischen Stimmzettel. Er ist die einzig brauchbare politische Waffe. Wenn die Beamten wollen, daß ihre berufspolitischen Forderungen erfüllt werden, dann müssen sie selber dazu mithelfen, daß zunächst erst einmal sozialistische Mehrheiten in Reich, Ländern und in den Gemeinden in die Parlamente einziehen.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Woher kommen die Antriebe für eine neuzeitliche Verkehrspolitik, die den Bedürfnissen der Massen gerecht wird? Hat nicht die SPD. für den Ausbau des Schulwesens Hervorragendes in den Gemeinden geleistet? Wer treibt eine Bodenpolitik, die den Bodenwucher drosselt, um billige Wohnungen stellen zu können? Die politische Praxis ist nirgendwo ein so unträglicher Prüfstein für die Politik der Parteien wie in der Gemeinde. Die politische Bilanz der Gemeinden liegt vor aller Augen offen. Hier kann nicht „retouchiert" werden! Was eine Partei kann, läßt sich am wenigsten in der Gemeinde totschweigen. Die sozialdemokratische Gemeindepolitik drängt zwangsläufig zur Eroberung der Macht. Wir müssen sie erobern! Nicht um „parteipolitische Domänen" zu schaffen, sondern um der Gesamtheit unserer Mitbürger zu dienen.

Beamten, helft uns den Sieg erringen!

Aus Hugenbergs Block.

Reif für den Abbruch.

Die rechtsradikale „Standarte" schildert der Situation in der zusammenkrachenden Deutschnationalen Partei mit den folgenden grausam höhnischen Sätzen:

„Daß der Kampf weitergeht, kann einzig Adolf Hitler uneingeschränkt freuen: Für die künftige Unterwerfung des rechten Flügels der deutschnationalen Wählerschaft bei den Nationalsozialisten ist jedenfalls Vorsorge getroffen. Dem linken Flügel macht wie üblich zur Unzeit Artur Mahraun verlockende doch wenig solid erscheinende Neubauwohnungsserien. (Es sind schon in den letzten Jahren manche andere Siedlungsunternehmungen verkracht.) Immerhin die Frage eines Asyls für obdachlose Deutschnationale wird in absehbarer Zeit akut werden. Es knistert bedenklich im Gebälk der Partei. Darum sei den nichtparlamentarischen Gruppen, die ihre Zelte in allzu großer Nähe des gefährdeten Gebäudes aufgeschlagen haben, der freundschaftliche Rat erteilt, den notwendigen Stellungswechsel beizeiten vorzubereiten. Die Trümmerstätte kann schließlich nur noch parteipolitische Abbruchunternehmer interessieren."

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Blockgenossen untereinander.

Kiel, 12. November.

Auf Antrag des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Oberfohren hat die Zivilkammer des Landgerichts gegen den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Lohse eine einstweilige Verfügung erlassen. Diese verbietet dem Abgeordneten Lohse, gegen Dr. Oberfohren gerichtete unwahre beleidigende und verleumderische Behauptungen in Flugblättern oder durch die Tageszeitungen aufzustellen oder zu verbreiten. Ein Gerichtsvollzieher wurde beauftragt, die noch im Besitz des Abgeordneten Lohse befindlichen Stücke eines Flugblatts, das sich gegen Dr. Oberfohren richtet, zu beschlagnahmen.

Die Furcht vor dem Reichstag.

Die „Politische Wochenschrift" denkt mit Entsetzen daran, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion im Reichstag auf Befehl Hugenbergs und unter der Aufsicht der Nationalsozialisten für Hugenbergs Gesetzentwurf geradestehen soll. Sie fleht um Rettung aus tiefer Not:

„Dieser Politik, die sich so verderblich auswirkt, soll demnächst im Parlament ein neuer Blankowechsel ausgestellt werden, von Politikern, die bessere Einsichten haben. Sie sollen in einer Situation, wo alle Mann an die Pumpen des sinkenden Schiffes müßten, sich dazu hergeben, dasselbe sinkende Schiff zu einer innerlich schon zwecklosen Parade zu schmücken, die auch als solche zu einem Mißerfolg führen muß. Daß diese Männer diesen Wechsel jetzt noch einmal unterschreiben, ist ausgeschlossen. Es naht eine elementare Katastrophe, die durch parlamentarische Berechnungen durch das bekannte Konventikelwesen nicht mehr beschworen werden kann. Man gebe sich keinen Täuschungen hin: seit langem sind alle Blicke auf diese Männer gerichtet, von denen man weiß, daß sie die Hugenbergsche Politik nur aus Disziplin mitmachen. Fast zu lange schon hat man sich ein Wort, eine Tat von ihnen erhofft, so daß sich schon Enttäuschungen eingestellt haben. Die Zeit ist gekommen."

Das geht an die Adresse der Dawes-Nationalen, die seinerzeit mit Ja für den Dawes-Plan gestimmt hatten.

Deutschnationale Unregelmäßigkeiten. Auf Grund einer von dem zuständigen Landrat eingeleiteten Untersuchung der Geschäftsführung im Kreiselektrizitätsverband Meiningen wurden die beiden Geschäftsführer Ulrici und Ahlert fristlos entlassen. Ulrici, ein deutschnationaler Major a. D., hat sich im Bachdorfer Grund erschossen. Die Erhebungen haben ergeben, daß beträchtliche Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung des Elektrizitätsverbandes vorliegen. In der Kasse fehlen etwa 10 000 Mark.

Die Universitätskrawalle.

Akademische Freiheit und Hakenkreuzflegel.

Eine Rotte von Hakenkreuzstudenten hat an der Berliner Universität eine Nachahmung der Wiener Vorgänge versucht. Sie hat randaliert und ist dabei gegen Mitstudierende tätlich vorgegangen. Die Polizei ist angesichts der Bedrohung der öffentlichen Sicherheit in die Universität eingedrungen und hat Ruhe und Ordnung wiederhergestellt.

Die rechtsradikale Presse, von Hugenberg angefangen, nimmt Partei für die Hakenkreuzrotte, sie lärmt gegen die Polizei und pocht auf die akademische Freiheit. Es ist selbstverständlich, daß die Unzuständigkeit der Polizei in der Universität da aufhört, wo die unmittelbare Bedrohung der öffentlichen Sicherheit anfängt.

Radau und Presselärm lenken die Blicke auf die Sonderstellung der Universität als Selbstverwaltungskörper und ihre Vorrechte, die sogenannte „akademische Freiheit". Zuständig für die Untersuchung und für die Bestrafung der Schuldigen ist zunächst der Senat der Universität. Man darf erwarten, daß er rasch und energisch vorgehen wird, um so mehr, da die nationalsozialistischen Flegeleien sich vor allem gegen den Rektor richteten.

Man wird sich im Professorenkörper hoffentlich darüber klar sein, daß die Haltung einer Reihe von Professoren die staatsfeindlichen Strömungen an der Universität gefördert hat, ebenso darüber, daß die Wiederholung solcher unwürdigen Szenen ernste Folgen für die Sonderstellung der Universität haben müßte. Der Staat zahlt jährlich für jeden Studierenden einen Zuschuß von 4000 Mark, er kann nicht dulden, daß die Universitäten zu einer Freistatt für Frondeure gegen den Staat werden, noch viel weniger zu einer Freistatt für den antisemitisch-hakenkreuzlerischen Pöbel.

Man versichert uns, daß die Professoren der Berliner Universität die Szenen von gestern in einmütiger Empörung verurteilen. Die Universitäten sind immer die Stätten turbulenter Jugend gewesen — aber daß heute der rohe Ungeist der Hakenkreuzler, daß diese staats- und bildungsfremden Gesellen mit ihrem „Juda-verrecke"-Geschrei sie zu einer antisemitischen Kaschemme glauben verwandeln zu können, das ist kein gutes Zeugnis für den Lehrkörper!

Die Absicht der Hakenkreuzflegel, ein wenig Wien zu spielen, ist ganz offenbar. Es wird sehr gesund sein, wenn ihnen beigebracht wird, daß in Berlin durchgegriffen wird, und daß der Staat nicht daran denkt, für sie Zuschüsse zu zahlen, noch viel weniger daran, ihnen Vorbildung und Anwartschaft für künftige Beamtenstellungen zu verschaffen.

Eine Mitteilung des Polizeipräsidenten.

Ueber das Eingreifen der Polizei bei den Vorgängen in der Berliner Universität teilt der Polizeipräsident folgendes mit:

Gegen ½11 Uhr hatte ein Universitätsrat im Auftrage des Rektors der Universität das örtlich zuständige Polizeirevier davon in Kenntnis gesetzt, daß um 11 Uhr auf dem Hegelplatz eine größere Studentendemonstration stattfinden würde. Der Beauftragte des Rektors hatte zugleich darauf hingewiesen, daß Ausschreitungen der demonstrierenden Studenten nicht ausgeschlossen seien, und gebeten, die erforderlichen polizeilichen Vorkehrungen zu treffen.

Der Polizeipräsident ordnete daraufhin die Bereitstellung der notwendigen Polizeikräfte sowie eine Beobachtung der in Aussicht stehenden Demonstration an. Nach Schluß der Studentenversammlung am Hegelplatz begaben sich die demonstrierenden Studenten singend und unter den Rufen: „Deutschland erwache! Juda verrecke!" in das Universitätsgebäude.

Als der Polizeipräsident, der sich zusammen mit dem Kommandeur der Schutzpolizei von dem Umfang der Demonstration und der getroffenen polizeilichen Maßnahmen persönlich überzeugt hatte, den Hegelplatz verlassen wollte, eilten mehrere Personen auf den leitenden Polizeioffizier zu und berichteten, daß es im Vestibül der Universität zu schweren Zusammenstößen zwischen den Studenten gekommen sei. Der Polizeipräsident entsandte daraufhin, in der Annahme, daß das Ersuchen des Universitätsrates um polizeiliches Eingreifen tatsächlich im Namen des Rektors ergangen sei, ein Aufgebot von Schutzpolizeibeamten in das Vestibül der Universität. Hier war es unterdes zwischen den Studenten zu heftigen Schlägereien und zu schweren Ruhestörungen gekommen. Die Polizei brachte die Streitenden auseinander und sorgte für Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung.

Nobelpreisträger Thomas Mann.

Der repräsentative deutsche Dichter.

Die schwedische Akademie hat den Nobelpreis für Literatur dem deutschen Dichter Thomas Mann zuerteilt.

In den letzten Monaten ging ein großes Raten vor sich. Von allen Ländern, in denen gedichtet wird, wurden Kandidaten für den Nobelpreis vorgeschlagen. Es ist nun einmal so, daß die einzelnen Nationen in dem Mann oder in der Frau, die von dem Komitee gekrönt werden, einen Nationalheros sehen.

Wenn nun der deutsche Schriftsteller Thomas Mann diesen Preis erhält, so wird durch diese Ehrung wirklich das ganze deutsche Volk geehrt. Es erging dem Dichter Thomas Mann merkwürdig. Während die jüngere Generation von dem Ruhme Gerhart Hauptmanns einiges abbröckeln wollte, behauptete sich Thomas Mann auch vor den Stürmern und Drängern. Er bedeutet die deutsche Abklärung und Aufklärung. Aus dem Verfasser der „Buddenbrooks", des „Zauberbergs" und des höfischen Romans „Königliche Hoheit" wurde ein großer Lehrer des Volkes, auch ein Repräsentant der gesunden Demokratie.

Obwohl Thomas Mann die deutsche Sprache unendlich geschmeidig gemacht und sie auf seine besondere und überlegene Art zu einem Instrument der internationalen Verständigung verfeinert hat, kann man ihn nicht unter die Artisten rechnen. Gerade dieser hervorragende Schriftsteller bewies, daß der tiefe und beseelte Respekt vor dem künstlerisch kostbaren Wort zusammenklingen kann mit einer sehr realen Hochachtung vor den lebendigen und praktischen Mächten, die die Gegenwart regieren. Es ist erstaunlich, mit welcher autodidaktischen Behendigkeit der Dichter Thomas Mann auch die brennenden Tagesfragen unserer Zeit begriff. Er hat ja niemals nur, wenn er seine fesselnden Romane entwarf und vollendete, nur unterhalten wollen. Er wollte auch erziehen.

Der junge Held im Roman vom „Zauberberg" stirbt frühzeitig, doch er trägt mit sich zur Ewigkeit die Gewißheit, daß er das ganze Volk begriff, in dem er geboren wurde. Mit dieser Feststellung soll nicht gesagt werden, daß Thomas Mann irgend welchem romantischen Nationalismus huldigte. Nein, von aller selbstsüchtigen Verblendung hielt er sich beflissen fern. Er wollte nur die Kräfte zeigen, aus denen sich der deutsche Geist befruchtet.

Die hohe internationale Ehrung, die Thomas Mann jetzt empfängt, ist auch eine Ehrung der deutschen Demokratie. Als in früheren Jahren die deutschen Dichter Paul Heyse und Gerhart Hauptmann den Nobelpreis erhielten, konnten die Parteien an dieser Ehrung manches aussetzen. Die Fortschrittlichen tadelten, daß in Paul Heyse ein abgestorbener Kunststil vom trockenen Akademiker noch einmal gewaltsam belebt werden sollte. Man nannte das Stockholmer Schiedsgericht reaktionär. Und gegen die Ehrung Gerhart Hauptmanns hatten seinerzeit die Leisetreter einzuwenden, daß die Stockholmer Akademiker sich geradezu zur Belohnung der revolutionären Unmoral hätten fortreißen lassen. Wer nicht von allen guten Geistern verlassen ist, der wird jetzt zufrieden sein, daß Thomas Mann erhielt, was er verdiente.

Wir besitzen jetzt eine preußische Dichterakademie, und ihr nobelstes Mitglied ist Thomas Mann. Als vor Jahresfrist die Lessing-Feiern festlich begangen wurden, wurde Thomas Mann beauftragt, für das Andenken des größten deutschen Kritikers die weihenden Worte zu sprechen. Damals setzte Thomas Mann auseinander, daß der Dichter unserer Tage nicht mehr ein bloßer Stimmungsmensch und Gefühlsschwelger sein darf. Heute muß der Dichter auch ein Zeitkritiker sein. Thomas Mann wies auf Lessing hin, der beides in sich vereinigte, die Phantasie des Künstlers und auch die Fähigkeit, gedanklich alle Zeitströmungen des Politischen, des Kulturellen, des Religiösen und Philosophischen auszumessen. Instinkt trieb Thomas Mann, diesem Beispiel zu folgen. Außerordentlicher Fleiß half ihm, sich weitflüchtig in der Gedankenwelt aller Länder umzusehen. So wurde aus dem nationalen Dichter die internationale Persönlichkeit, die er heute ist. Er empfing den Nobelpreis als der würdigste Repräsentant der deutschen Literatur.

Max Hochdorf.

*

Stockholm, 12. November.

Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat heute beschlossen, dem Professor Owen W. Richardson (London) den Nobelpreis für Physik für das Jahr 1928 für seine Arbeit über das Termion-Phänomen und besonders für das nach ihm benannte Gesetz zu verleihen.

Die Akademie der Wissenschaften hat weiter beschlossen, den Nobelpreis für Physik für das Jahr 1929 dem Herzog Louis Viktor de Broglie in Paris für seine Entdeckung der Wellennatur der Elektronen zu verleihen.

Die Regierungsbildung in Baden.

Verhandlungen auf der Basis der Weimarer Koalition.

Karlsruhe, 12. November. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen zur Neubildung der badischen Regierung gelangen voraussichtlich am Mittwoch zum Abschluß. Es besteht bei allen bisherigen Koalitionsparteien die ehrliche Absicht, auf der Basis der seit Jahren bestehenden Koalition zu einer Verständigung zu gelangen. Immerhin sind Ueberraschungen nicht ausgeschlossen.

Am Dienstag nachmittag befaßten sich der Parteiausschuß der badischen Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Landtagsfraktion in einer mehrstündigen gemeinsamen Sitzung mit der politischen Lage in Baden.

Hat Vögler oder nicht?

Köln, 12. November. (Eigenbericht.)

Der Korrespondent des „Soz. Pressedienst" erfährt aus unterrichteten Kreisen, daß sich Generaldirektor Vögler nicht für das Volksbegehren eingezeichnet hat. Vögler beabsichtige deshalb auch nicht aus der Deutschen Volkspartei auszutreten. Wie aber steht es mit der Unterschrift des Herrn Vögler unter einzelnen Flugblättern für das Inflationsbegehren?

Zum Roggenskandal.

Zu der Presseerörterung über die Geschäftsgebarung der Deutschen Getreide-Handelsgesellschaft wird amtlich folgendes mitgeteilt:

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat bei Beginn der Stützungsaktion der Getreide-Handelsgesellschaft gegenüber den Wunsch ausgesprochen, daß bei der Vergebung von Aufträgen der Getreidehandel angemessen zu berücksichtigen sei. Diesem Wunsche hat die Deutsche Getreide-Handelsgesellschaft entsprochen.

Auf Grund der gegen sie erhobenen Angriffe hat die Gesellschaft nunmehr eine Untersuchung beantragt. Zu einer solchen Untersuchung sieht der Reichsernährungsminister jedoch keinen Anlaß, da die Geschäftsführung der Getreide-Handelsgesellschaft seiner dauernden Aufsicht untersteht.

Sitzung der Zentrumsfraktion. Die Zentrumsfraktion des Reichstags trat am Dienstag nachmittag zu einer Fraktionssitzung zusammen, in der die schwebenden politischen Fragen erörtert wurden. Den Vorsitz führte Abg. Dr. Perlitius. Die drei Zentrumsminister Dr. Wirth, Stegerwald und von Guérard waren anwesend.

Der Aeltestenrat des Reichstags ist zum 18. November, abends 6½ Uhr, einberufen worden, um über den Geschäftsplan des Reichstags Beschluß zu fassen.

Das Etatsrecht.

Ueber- und außerplanmäßige Ausgaben.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt beriet in den Sitzungen von Montag und Dienstag zum Teil in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding die Reichshaushaltsordnung in zweiter Lesung. Eine große Zahl politisch bedeutsamer und etatsrechtlich wichtiger Fragen wurde eingehend erörtert. Die Behandlung der Stellung des Rechnungshofs zur Reichsregierung und zum Reichstag, des Umfanges seiner Prüfungsbefugnisse gegenüber Unternehmungen und Gesellschaften, an denen das Reich beteiligt ist, der Zusammensetzung der Aufsichtsräte solcher Gesellschaften (Parlamentarier, Beamte?) warf schwierige Probleme auf, die noch nicht in allen Punkten geklärt werden konnten.

Nur die Behandlung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben, gegen die die Sozialdemokratie seit langem angekämpft hat, und deren Anwachsen in vergangenen Jahren zu einem Mißstand geworden war, wurde durch folgenden Beschluß abschließend geregelt: über- und außerplanmäßige Ausgaben, insbesondere persönliche Ausgaben, sind zu vermeiden. Soweit über- und außerplanmäßige Ausgaben im Betrage von 10 000 Mark und darüber unbedingt nötig sind, sind sie vierteljährlich dem Reichstag mitzuteilen.

Ebenso wurde die stark umstrittene Frage, ob Ausgabebewilligungen, die nicht auf gesetzlicher Grundlage beruhen, die Regierung zur Ausgabe der bewilligten Beträge verpflichtet oder nur ermächtigt, durch folgende vom Vorsitzenden vorgeschlagene Protokollnotiz zunächst erledigt: der Haushaltsausschuß stimmt der Gesetzesvorschrift, daß die Haushaltmittel wirtschaftlich und sparsam zu verwalten sind und bei den einzelnen Zweckbestimmungen nur soweit in Anspruch genommen werden dürfen, als es zur wirtschaftlichen und sparsamen Führung der Reichsverwaltung erforderlich ist, vollinhaltlich zu. Die Vorschrift ist einstimmig angenommen worden. Der Haushaltsausschuß verwirft hingegen die Schlußfolgerung, die die Reichsregierung aus dieser Vorschrift in der Begründung glaubt ziehen zu können, daß nämlich, soweit nicht der Vollzug eines zu einer Ausgabe verpflichtenden Gesetzes in Frage steht, von der Leistung bereits endgültig beschlossener Ausgaben abgesehen werden kann, weil die Ausgabebewilligung zur Leistung der Ausgaben nicht zwingt, sondern nur ermächtigt. Der Haushaltsausschuß lehnt es zurzeit ab, eine grundsätzliche Entscheidung über diese Frage der Ermächtigung zu treffen.

Gefährlicher Heimwehrfaschismus.

Warnung der Gewerkschaftsinternationale.

Amsterdam, 12. November. (Eigenbericht.)

Der Internationale Gewerkschaftsbund weist in seinem Pressebericht auf die sehr ernste Lage in Oesterreich hin, wo sich in allernächster Zukunft entscheiden werde,

ob im Zusammenleben zivilisierter Menschen die Demokratie oder die Gewalt das letzte Wort

habe. Die österreichische Arbeiterschaft wolle das erstere und sie gebe die Gewähr und alle Garantien dafür. Das Bürgertum spiele jedoch offen mit dem Feuer der Gewalt. Die Lage sei ähnlich wie 1914. Wie damals mit dem verbrecherischen Ultimatum an Serbien angeblich österreichische Angelegenheiten erledigt werden sollten, das Resultat dann aber ein Weltbrand war, so gehe es heute angeblich nur um eine Verfassungsänderung, in Wirklichkeit aber um Dinge, die

für ganz Europa von größter Tragweite

seien. Die Ruhestörer seien die gleichen wie 1914. Sie seien damals die Stütze einer korrupten Monarchie gewesen, heute verfolgten sie ohne Monarchie als Faschisten die gleichen Ziele.

Ungestörte Republikfeier.

Wien, 12. November. (Eigenbericht.)

Der Staatsfeiertag ist nach den bis Dienstagabend vorliegenden Meldungen überall ruhig verlaufen.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft veranstaltete überall große Kundgebungen. In Wien wurde eine gewaltige Massendemonstration auf der Ringstraße durchgeführt. Vor dem Burgtheater vereinigten sich zwei große Züge. Von hier marschierten sie gemeinsam auf den Rathausplatz. Dann ging es nach Hause.

Der Vorbeimarsch vor dem Rathaus dauerte volle drei Stunden.

Die Beteiligung war so groß, daß zwei Züge nebeneinander marschieren mußten. Es war die machtvollste Demonstration, die Wien in den letzten Jahren gesehen hat. Am Burgtor versuchten einige Heimwehrleute, die letzten Gruppen des Zuges zu provozieren. Sie wurden jedoch mit größter Energie abgewiesen. Ein kommunistischer Aufmarsch war von der Polizei verboten worden. Am Nachmittag gab es sportliche, am Abend künstlerische Veranstaltungen.

In Graz, wo die Heimwehr in provokatorischer Absicht zu gleicher Zeit mit der Feier der Sozialdemokratie einen Aufmarsch veranstaltete und dazu aus ganz Oesterreich ihre Formationen zusammengetrommelt hatte, wurde die Ruhe bis auf einige kleinere Zwischenfälle nicht gestört. Die Plätze der beiden Demonstrationen waren von der Polizei durch Drahtverhaue von einander getrennt. Außerdem war ein riesiges Polizeiaufgebot bereitgestellt und das Bundesheer in Bereitschaftsdienst. Die Beteiligung an der sozialdemokratischen Veranstaltung war so groß, daß der Hauptplatz völlig überfüllt war und die uniformierten Schutzbündler teilweise in den Nebenstraßen stehen mußten. Am Nachmittag, als die Heimwehrleute Graz zum großen Teil wieder verlassen hatten, kam es zu kleineren Zusammenstößen mit mehreren angetrunkenen Heimwehrlern.

Auch in Innsbruck große Feier verbunden mit Umzug und Versammlung. Etwa 300 Heimwehrleute waren in voller Ausrüstung mit Gewehr und aufgepflanztem Bajonett aufmarschiert. Zwischenfälle waren nicht zu verzeichnen.

Für Rückgabe des Eigentums!

Eine überparteiliche Aktion im Unterhaus.

London, 12. November.

Der liberale Abgeordnete Macpherson hat in seinem eigenen Namen und in dem des konservativen Abgeordneten Lord Hughes Cecil, des Labour-Abgeordneten Wedgewood und des Liberalen Sir Robert Hutchinson an die Mitglieder des Unterhauses ein Schreiben gerichtet, in dem um Unterstützung einer an den Ministerpräsidenten, den Schatzkanzler Snowden und den Handelsminister Graham zu richtenden Anfrage wegen der verweigerten Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums gebeten wird.

Kämpft für eure Sportplätze!

Am Sonntag, dem 17., schießt jeder Arbeiter sein Tor!

Was wollte Pletschkaitis?

Eine Zuschrift aus dem Insterburger Gefängnis.

Vom ehemaligen Führer der litauischen Emigranten Hyronimus Pletschkaitis erhalten wir aus dem Insterburger Gefängnis nachstehende Zuschrift:

Nach meiner Verhaftung verbreitete ein Teil der deutschen Presse die Nachricht, daß ich ein Attentat gegen den früheren Diktator Litauens, Woldemaras, in Ostpreußen auszuführen im Sinne hatte und daß ich polnischerseits dazu veranlaßt sei. Diese unbegründete Beschuldigung ist von der Presse bis auf den heutigen Tag als eine selbstverständliche Tatsache wiederholt. Um nur ein Beispiel hier vorzuführen, nehme ich nur noch einen Satz aus dem Artikel „Deutschland, Litauen und der Baltische Bund" des Herrn Dr. Exner, der in der Nr. 243 der „Ostdeutschen Volkszeitung", Insterburg, vom 15. Oktober erschien. Der obengenannte Aufsatz befaßt sich mit den Zielen der deutschen Politik im Osten. Zum Beweis dafür, daß die der deutschen Politik rivalisierende polnische Politik vor keinem Mittel zurückschreckt, weist Autor auf meinen Fall hin, indem er sagt:

„Zu welch verwerflichen Mitteln es (Polen. H. P.) in diesem Kampfe greift, beweist wohl am besten das geplante Attentat des Polenfreundes Pletschkaitis in Ostpreußen."

Um die weitere Fortsetzung derartiger grundloser Beschuldigungen zu vermeiden, erkläre ich folgendes:

1. Ich plante in Ostpreußen kein Attentat, weder gegen Woldemaras noch gegen eine andere Person.

2. Niemand von den verantwortlichen Männern der polnischen Regierung oder Regierungsstellen hat mit mir je über ein Attentat gegen Woldemaras oder gegen ein anderes Mitglied der faschistischen Regierung Litauens gesprochen, geschweige von einem derartigen Vorschlag.

Ueber meine „Ziele" will ich hier nur soviel sagen, daß sie mit der auswärtigen Politik Polens auch nicht im entferntesten etwas zu tun hatten."

Es ist eine Pflicht der Loyalität gegenüber Pleschkaitis, als einem früheren leitenden Mitglied der litauischen Sozialdemokratie, diesen Zeilen im „Vorwärts" Raum zu gewähren, zumal er in seiner jetzigen Lage nur sehr beschränkte Möglichkeiten besitzt, sich gegen in der Oeffentlichkeit erhobene Anschuldigungen zu verteidigen.

Was Pletschkaitis beabsichtigte, als er und seine Helfer schwerbewaffnet mit Revolvern, Gewehren und Bomben die litauische Grenze zu überschreiten versuchten, das geht freilich aus seiner Zuschrift nicht hervor. Er bestreitet Attentatsabsichten und stellt ferner in Abrede, daß ihm jemals von verantwortlicher polnischer Seite ein Attentat auf Woldemaras nahegelegt worden sei. (Liegt etwa das Schwergewicht dieses Dementis auf das Wort „verantwortlicher"?) Man mag also gespannt sein, wie er sich vor dem deutschen Gericht rechtfertigen wird. Leider ist eine solche Aufklärung in nächster Zeit nicht zu erwarten. Eine Kownoer Meldung des „Berliner Tageblattes" besagte, daß die Gerichtsverhandlung noch in dieser Woche in Insterburg stattfinden würde; aber auf telegraphische Anfrage in Insterburg erfahren wir, daß der Prozeß vor Ende dieses Jahres nicht stattfinden wird.

Eine Klärung tut um so mehr not, als die Rolle, die Pletschkaitis in den letzten Jahren gespielt hat, gelinde ausgedrückt, mit bedenklichen Unklarheiten belastet ist. Die sozialistische Emigrantenorganisation hat ihn vor langer Zeit ausgestoßen, und wir haben kürzlich aus ihren Reihen eine Zuschrift erhalten, die förmlich den Vorwurf der Lockspitzelei im Dienste von Woldemaras erhob und mit einer ganzen Reihe zumindest von Indizien belegte. Wir haben diesen schweren Anschuldigungen bisher keinen Raum gewährt, eben mit Rücksicht darauf, daß sich Pletschkaitis in einem Untersuchungsgefängnis befindet, von dem aus er sich schwer rechtfertigen kann. Da er sich aber mit der obigen Zuschrift an uns wendet, ist es wohl auch notwendig, bei dieser Gelegenheit auf die Beurteilung hinzuweisen, die ihm in den Kreisen der von der Sozialistischen Arbeiterinternationale einzig anerkannten litauischen Emigrantenorganisation zuteil wird.

Neuer oder alter Kurs?

Wir berichteten kürzlich auf Grund einer von litauischer Seite stammender Meldung, daß zwei litauische Emigranten, die aus Wilna kamen, auf litauischem Boden verhaftet worden seien. Sie seien schwer bewaffnet gewesen und hätten demnach Gewalttaten geplant und sogar eingestanden. Daraus konnte wohl geschlossen werden, daß es sich um Anhänger von Pletschkaitis handle, da sich dieser stets zum Gegenterror bekannt hat.

Inzwischen erfahren wir von der litauischen Emigrantenorganisation in Wilna, die mit Pletschkaitis jede Verbindung entschieden ablehnt, daß die Verhafteten zwei Mitglieder ihrer Organisation sind, die Genossen Bielliauskas und Wischnickis, die sich völlig unbewaffnet und lediglich zu dem Zweck nach Litauen begeben hatten, „illegale" Literatur herüberzubringen. Die Darstellung der litauischen Behörden, wonach die Verhafteten zugegeben hätten, daß sie den Kownoer Offiziersklub „Ramove" (in dem das Parlament tagt) sprengen wollten, ist daher offenkundiger Unsinn. Die polizeioffiziöse Behauptung läßt aber vermuten, daß solche „Geständnisse" durch polizeiliche Foltermaßnahmen schlimmster Sorte erpreßt worden sein könnten, wie sie unter dem Régime Woldemaras' gang und gäbe waren. Es besteht sogar die Befürchtung, daß man diese angeblichen Geständnisse — die unmöglich stimmen können, da die beiden Genossen ausschließlich Literatur einschmuggeln wollten — dazu benutzen will, um eine standrechtliche Aburteilung und Erschießung vorzubereiten.

Die litauische Regierung möge wissen, daß die öffentliche Meinung des Auslandes nunmehr hinreichend über den Fall informiert wird und schon jetzt gegen etwaige neue Bluturteile schärfsten Protest erhebt. Seit dem Sturz von Woldemaras ist das neue litauische Kabinett bestrebt, vor der übrigen Welt als eine liberalere Regierung in Erscheinung zu treten. Die klare Kampfstellung, die sie gegen Woldemaras bezogen hat und neuerdings verfügte Maßnahmen ließen sogar die Hoffnung aufkommen, daß sich eine allmähliche Rückkehr zur Demokratie anbahnt. Sollten aber etwa in der litauischen Polizei Kräfte wirken, die den alten Kurs auf eigene Faust weitersteuern? Die Behandlung der Angelegenheit Bielionskas und Wischnickis läßt diesen Verdacht begründet erscheinen — es sei denn, daß der ganze liberalere Kurs nur ein Manöver wäre, um das Ausland über die wahren Verhältnisse in Litauen zu täuschen.

Das letztere wollen wir allerdings zunächst nicht annehmen. Aber wir erwarten von der neuen litauischen Regierung überzeugende Taten. Eine solche Tat wäre vor allem in einer allgemeinen Amnestie zu erblicken, sowie in einer Einstellung der Verfolgungen der sozialistischen Arbeiterschaft. Denn erst die durch den Putsch von Woldemaras eingeführten faschistischen Methoden der Unterdrückung der Meinungs- und Organisationsfreiheit haben die litauischen Sozialisten gezwungen, ihrerseits Methoden der illegalen Propaganda im In- und Ausland anzuwenden. Es läge im allgemeinen Interesse, wenn die neue litauische Regierung in dieser Hinsicht baldigst einen wirklich neuen Kurs einschlagen würde: man gebe den litauischen Sozialisten die Möglichkeit, für ihre Ansichten und Ziele frei zu wirken, die mit denen der in Deutschland und England regierenden Parteien verwandt sind, dann wird auch der ganze Emigrantenkampfer mit allen seinen trüben Begleiterscheinungen sofort und ganz von selbst aufhören.

Lonsdale: „Zur gefl. Ansicht".

Erstaufführung in den Kammerspielen.

Zwei Paare führen drei Wochen lang Probeehe und verlieren dabei gründlich den Geschmack aneinander. Daß die Idee neu, das Lustspiel amüsant oder der Theaterabend lohnend wäre, das zu sagen wäre übertrieben. Zur gefälligen Ansicht mit bestem Dank zurück.

Dgr.

Demonstrationen in Polen für das Parlament hat es in Warschau und vielen anderen Städten gegeben. In Lemberg gingen außer der Polizei auch Panzerwagen und Ulanen gegen das Volk vor. — Der deutschsozialistische „Landbote" in Lodz ist wegen mehrerer Artikel, die die Zensur selbst in der „Lodzer Volkszeitung" des gleichen Verlags nicht beanstandet hatte, konfisziert worden!

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 13. 11.
Staats-Oper
Unter d. Linden
A.-V. 248
20 Uhr
Schöpfung
Salat
Der König

Mittwoch, 13. 11.
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus IV
19½ Uhr
Die lustigen Weiber von Windsor

Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
Vorst. 83
20 Uhr
Iphigenie auf Tauris

Staatl. Schauspb.
am Gendarmenmarkt
A.-V. 219
20 Uhr
Don Carlos

Staatl. Schiller-Theater, Charlb.
20 Uhr
Des Kaisers Soldaten

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Frühlings Erwachen

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Des Kaisers Soldaten

Staatsoper am Platz der Republik
8 Uhr
Iphigenie auf Tauris

Theater am Schiffbauerdamm
8¼ Uhr
Pennäler

SCALA
Tägl. 2 Vorstell.
5 und 8½ Uhr
Barbarossa 9256
Preise 1–6 M. Wochentg.: 5 U. 50 Pf. –3 M.
Geraldine u. Joe, Etté, Power usw.

PLAZA
Tägl. 5 u. 8¼
Sonnt. 2, 5 u. 8¼
Alex. E. 4. 8064
INTERNAT. VARIETE

Winter Garten
8 Uhr • entr. 281½ • Rauchen erlaubt
Jlse Bois, Jrvin Sisters etc.

Deutsches Theater
D. 1. Norden 12310
8¼ Uhr
Der Kaiser v. Amerika
von Bernard Shaw
Reg.: Max Reinhardt

Die Komödie
J1, Bismck. 2414/7516
8¼ Uhr
Vom Teufel geholt
von Knut Hamsum
Regie:
Max Reinhardt

Kammerspiele
D. 1. Norden 12310
7½ Uhr
Zur gefl. Ansicht
Lustspiel von
Frederik Lonsdale
Regie:
Gustaf Gründgens
Bühnenbilder:
Franz Dworsky.

Renaissance – Theater
8¼ Uhr
(Heute zum 150. Mal)
Krankheit der Jugend
von Ferdinand Bruckner.
Regie: Gust. Hartung.
Steinplatz C 1. 0901 u. 2563/64.

Th. a. Nollendorfplatz
Vorvk. 10–2. Kf. 2601
Täglich 8¼ Uhr
Gastspiel des Deutschen Theaters
Die Fledermaus
Regie: Max Reinhardt.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
8 Uhr:
3 Musketiere
Regie: ERIK CHARELL.
3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

Direktion
Dr. Robert Klein
Deutsches Künstler-Theat.
Barbarossa 3937
¼8 Uhr
Seltsames Zwischenspiel
v. Eugene O'Neill
Regie: Heinz Hilpert
Sonntag, 17. Nov.
3.15 Uhr
Die andere Seite
in der Premierenbesetz.
Preise 0,80–6 M

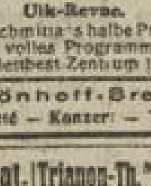
CASINO-THEATER
Lothringer Straße 37
Neu! Täglich 8¼ Uhr Neu!
Vertagte Hochzeitsnacht!
und ein erstklassiger bunter Teil
Für unsere Leser
Gutschein für 1–4 Personen
Fauteuil nur 1.25 M., Sessel 1.75 M.,
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Berliner Theater
Dönhoff 170 8¼ U.
Zwei Krawatten
von Georg Kaiser
Musik Spoliansky
Sonntag,
17. November
3¼ Uhr
Zwei Krawatten
Preise 0,50–8,00 M.

ROSE -THEATER Gr. Frankfurter Straße 132
Teleph.: Alexander 3422 u. 3 94
Täglich 8¼ Uhr
(Sonntags 5¼ und 9 Uhr)
Die leichte Isabell
jeden Sonnabend 5 Uhr nachm.
u. jeden Sonntag 2¼ Uhr
Frau Holle
Großes Ausstattungsmärchen
jeden Mittwoch 5 Uhr
Das tapfere Schneiderlein
Das lustigste aller Märchen.

Zentral-Theater
Alte Jakobstr. 32
Gastspiel d. Th. d. Westens
Täglich 8¼ Uhr
Stg. 4 u. 8¼ Uhr
Friederike
Der Welterfolg von Franz Lehár

Reichshallen-Theater
Abends [8] Sonntag nachm. [3]



„Bei de Stettiner"
Ulk-Revue.
Nachmittags halbe Preise, volles Programm!
Billettbest. Zentrum 11263.
Dönhoff-Brettl
Familien-Varieté — Konzert — Tanz.

Barnowsky-Bühnen
Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8¼ Uhr
Die erste Mrs. Selby
mit
Fritzi Massary

Komödienhaus
Täglich 8¼ Uhr
Der Hühnerhof
v. Tristan Bernard

Theat. d. Westens
Tägl. 8¼ Uhr
Marietta
Musik v. Oskar Straus
Käthe Dorsch
Michael Bohnen

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236
Bergmann 2922
Täglich 8¼ Uhr
Grand Hotel
Lustspiel von
Paul Frank

Metropol-Th.
8¼ Uhr
Lehár dirigiert
Das Land des Lächelns
Vera Schwarz,
Richard Tauber

Kleines Theat.
Merkur 1624
Täglich 8¼ Uhr
Max Adalbert
als
Nante
am Flügel
Rudolf Nelson

Trianon-Th. Merkur 2391
8¼ Uhr
Elisabeth Strickrodt
in
„Die Ballerina des Königs"
Heute 4 Uhr
Schneewittchen

Planetarium am Zoo
Vorläuf. Jochimsthaler Straße
B. 5 Barbarossa 5371
16½ Uhr Herbstabend am Sternenhimmel
18½ Uhr Rätsel der Sternenwelt
20½ Uhr ... an den Grenzen der Welt
Eintritt 1 Mark,
Kinder 50 Pf.
Mittwochs halbe Kassenpreise.

Lessing-Theater
Norden 10846
Gruppe junger Schauspieler
Täglich 8¼ Uhr
Cyankali
Heute 4 Uhr
Sonntag 4 Uhr
Märchenvorst.
Hans Urian geht nach Brot

Geschenke bei JUERGENS
Alexanderplatz
Neue Königstr. 48

Tanzp. a. Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr
Sonnt. 5 Uhr
nachm. 3 U.

Elite-Sänger
Die Welt geht unter!
Eintritt unentgeltlich

DAS WAHRZEICHEN FÜR BILLIG UND GUT

Spielwaren! Sprechmaschinen!

WaltershäuserBabys
mit Haar, Schlafaugen und genähter Perücke,
ca. 58 cm ....Stück 4⁵⁰

WaltershäuserBabys
mit Stimme, Haar, Schlafaugen und genähter Perücke, ca. 58 cm Stück 5⁰⁰

Lederbälge, Köpfe, sowie Kleider, Wäsche, Strickwäsche, Schuhe, Strümpfe in grosser Auswahl

Die neue Volksplatte
„Truso"
18 cm Durchmesser
Stück **50** Pf.

Haubenapparate
Eiche, Schlangentonarm
Stück
42⁰⁰

Metall-Puppenwiege
weiss lackiert, mit Himmel, in zarten Farben garniert, mit Bettchen und Puppe. Höhe ca. 59 cm, Länge ca. 34 cm, Stück
2⁹⁰

Waltershäuser Kugelgelenkpuppe (Abb. 1), im Hemd, m. Haar, Schlafaugen, Wimpern und genäht. Perücke, ca. 60 cm. Stück 3⁸⁰

Waltershäuser Baby (Abb. 2) mit Stimme und Haar, ca. 45 cm 6⁷⁵ ca. 50 cm 8⁵⁰

Waltershäuser Baby (Abb. 3), mit Stimme, Haar, Schlafaugen und genähter Perücke, ca. 50 cm Stück 2⁹⁰

Waltersh. Kugelgelenkpuppe Abb. 4), im Hemd, m. Haar, Schlafaugen, Wimpern, genäht. Perücke, ca. 70 cm, St. 5⁷⁵

Babys im Hemd, mit Haar u. Schlafaugen, ca. 33 cm ....Stück 95 Pf.

Kugelgelenkpuppen
im Hemd, mit Haar und Schlafaugen, für Bescherungen geeignet, ca. 38 cm Stück .... 95 Pf.

Kugelgelenkpuppen
im Hemd, mit Haar und Schlafaugen, einfache Ausführung, ca. 60 cm ...Stück 2⁹⁰

Puppenreparaturen
werden promptausgeführt. Wir bitten höflichst, uns die Aufträge bald zugeben zu lassen, damit wir für schnellste Lieferung Sorge tragen können.

Besondere Gelegenheit
Tanzplatten
Orig.-englische Aufnahmen,
25 cm Durchmesser
Stück **95** Pf.

Haubenapparate
Eiche, Lautsteller, Schlangentonarm, Stück
46⁰⁰

Schrank-apparat
Eiche, grosses Format, mit ganzer Saxophontonführung, Doppelfederschneckenwerk
98⁰⁰
Derselbe mit halber Saxophontonführung
92⁰⁰

Electro Hertie

Koffer-apparat
(wie Abbildung) **28⁷⁵**
Derselbe mit Einfederschneckenwerk **35⁰⁰**

Unsere neue Schallplatte **„Elektro Hertie" 2⁵⁰**
aus reinem Schellackvollmaterial .... Stück
Verlangen Sie den neuerschienenen Katalog (gratis)

Auf Wunsch **Kredit** durch **KAUFKREDIT**
A.-G. Zürich
Zweigniederlassung Berlin
Markgrafenstr. 28

HERMANN TIETZ
Das Warenhaus Berlins in allen Stadtteilen

Spielwaren-Ausstellungen in allen Häusern!

Leipziger Strasse:	Alexanderpl.:	Frankfurter Allee:	Wilmersdorfer Strasse:	Belle-Alliance-Str.:	Kottbuser Damm:	Brunnenstr.:	Andreasstr.:
Familie Dackel fährt zum Weihnachtseinkauf in Berlin	Die drei Weisen aus dem Morgenlande	Im Zaubergarten	10 kleine Negerlein	Der Wanderzirkus	Eine Märchenrevue in 5 Bildern	Die Heinzelmännchen	Berliner Kinderfreuden

Verkäufe

Tapeten. Eulitz, Koloniestraße 9

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre, seit 1882 nur Oranienstraße 158, gewährt Zahlungserleichterung ohne Aufschlag. Keinerlei Beziehungen zu ähnlich klingender Firma.

Bettfedern ab Fabrik, graue Rupffedern Pfund 50 Pfennig an. Bettfedern-Dampfreinigung. Neu: Bettfedern-Wäsche. Bettfedernfabrik Schwan, Brunnenstraße 132, Fabrikgebäude

Möbel

Möbelkäufer merkt Kredit und bar Möbelbasar, große Auswahl, kleine Preise! Beispielsweise.

Schlafzimmer 433. Speisezimmer 317. Herrenzimmer 368. Spiegelschränke 118. Dielengarnituren 38. Anrichteküchen 98. Messingbettstelle 64. Kleiderschränke 48. Chaiselongues 38. Metallbettstelle 18. Auflegematratzen 13. Sonstige Möbel entsprechende Preise. Teilzahlung zuschlagfrei. Wochenraten. Monatsraten ... Anzahlungen ... auch ohne Anzahlungen Kredite bis zwei Jahre. Mäßige Zinsen. ... straße 107: 2. Geschäft Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft ... Straße 93, Untergrundbahn; 4. Spezial-Abteilung Neukölln, Hermannplatz 4; 5. Geschäft, Kottbusser Straße Nr. 20, am Tor. Katalog franko.

Metallbetten — Chaiselongues. Einlegebödden für Holzbetten. Eigene Polsterei. Teilzahlung. Spezialgeschäft Zingel, Moabit, Bremerstraße 71.

Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten, verkauft spottbillig gutlackierte Anrichteküchen 128.—, 148.—, 195.—, lackierte Küchen 195.—, 275.— usw., Bücherschränke 48.—, 78.— usw., Diplomatenschreibtische 79.—, 98.—.

Speisezimmer, wundervolles Bitinenbüfett, Kredenz, schwerer Ausziehtisch, echte Lederstühle 375.—, 485.—, 675.— usw. Badstraße 34.

Herrenzimmer, Bibliothek, Diplomat mit englischen Zügen, runder Tisch, Ledersessel, Lederstühle, 285.—, 375.—, 495.— usw. Badstraße 34.

Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten, verkauft spottbillig Ankleideschränke mit Spiegel 98.—, 125.—, 185.— usw., moderne Bettstellen 38.—, 48.—, 58.—, Patentmatratzen 18.—, 15.—, Auflegematratzen 10.50, 25.—, 38.—, Marmor-Waschtoiletten mit Spiegel 98.—, 125.—, Nachttische 19.50, 29.—.

Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten, verkauft spottbillig Plüschsofas 68.—, 125.—, 148.—, Ruhebetten, prima Arbeit, 35.—, 48.—, Ausziehtische 39.—, 48.—, 65.—, Rohrstühle 4.95, 7.50, 9.50, Flurgarderoben 29.50, Rohrsessel 7.50, 9.50, 14.—.

Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten, verkauft spottbillig Schlafzimmer mit großem Ankleideschrank, Marmortoilette, Bettstellen, Nachttische, Stühle, 375.—, 495.—, 650.— usw.

Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten, verkauft nur reelle Tischlerarbeit, auch gegen Teilzahlung bei mäßiger Zinsberechnung. Freie Lieferung, auch nach außerhalb

Möbel-Kamerling, Kastanienallee 56. Herrenzimmer, Gobelingarnituren, Klubtische, Armlehnsessel. Riesenauswahl. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Wochenend-Chaiselongues 34.—, 38.—, 55.—. Pappelallee nur 12; Pankow, Schmidtstraße 1

Ohne Anzahlung! Möbel, komplette Einrichtungen sowie Aufziehschränke, Bettstellen, Ruhebetten, Küchen, Korbmöbel usw. Ubisch u. Co., Kaiserstraße 6–7, Alexanderplatz. Ubischhaus. Lieferung nach auswärts.

Wochenendbetten, komplett 24.—. Pappelallee nur 12; Pankow, Schmidtstraße 1.

Musikinstrumente

30.— monatlich. Pianos 175.—, 275.—, 375.—, gebrauchte, neue. Große Auswahl. Thile, Kottbuser Damm 64, I (am Hermannplatz).

Pianos, neu und gebraucht, mit herrlicher Tonfülle, ohne Anzahlung, kleine Raten, sehr preiswert. Langjährige Garantie. Pianohaus, Königgrätzerstraße 61

Hoffmann Pianos. Stammhaus gegründet 1887. Pianos, Flügel, Harmoniums, 100 Instrumente. Auswahl, anerkannte Tonschönheit. Preiswürdigkeit, günstige Teilzahlungen. Neue Pianos 900 Mark, gebrauchte 400 Mark an. Erste Gelegenheitskäufe. Alle Instrumente Gegenrechnung. Pianofortefabrik Georg Hoffmann G. m. b. H., Berlin SW. 19, Leipzigerstraße 57 (Spittelmarkt)

Bandonions, Lange, übliche, weltberühmt Fabrikfabrikpreise. Teilzahlungen, kleine Anzahlung. Musikwelt, Adalbertstraße 91

Trompeten, Hörner preiswert. Piano-Fabrik Link, Gneisenaustraße 25

40 000 Schallplatten, 25 Zentimeter, Stück 0.95 M., Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Radio

Audion, Sechsläger 3.—, Neunsläger 4.40, Dreisläger 4.90. Sparröhren 2.50. Apparate Teilzahlung. Schönleinstraße 2, Filiale Dresdenerstraße 118.

Fahrräder

300 gebrauchte Fahrräder 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Riesenauswahl. Schleuderpreise, alle Sorten. Motorradhaus, Schönhauser Allee 40a.

Laternen 1.50, Fahrraddecken 2.20, Schläuche 1.20, Pedalen 1.50, Bereifung 3.50. Schönleinstraße 2, Filiale Dresdenerstraße 118.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Lötzinn, Blei, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20 (Halteselle Adalbertstraße).

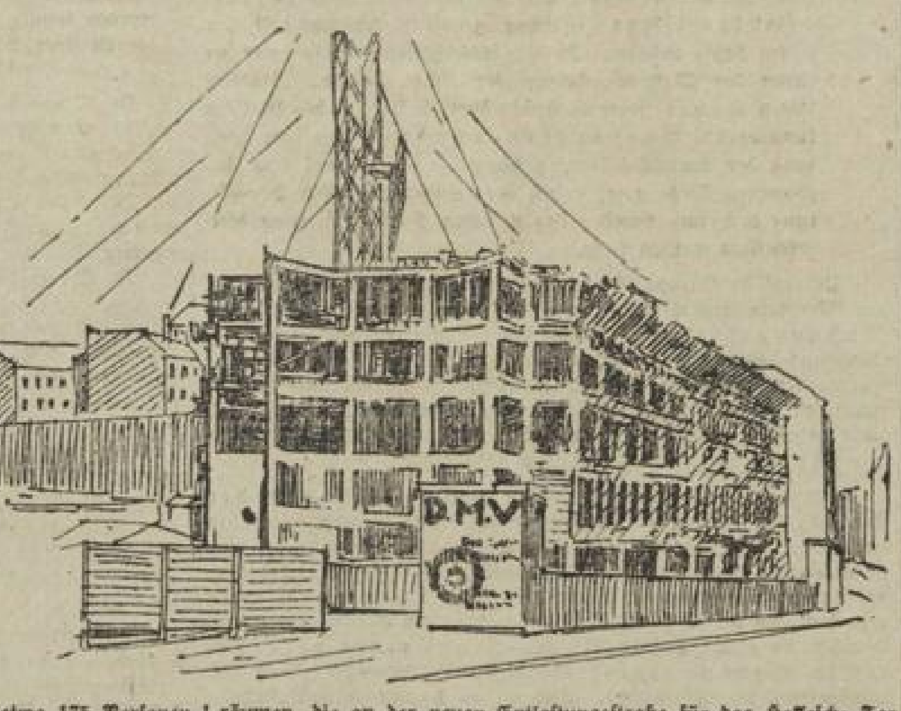
Unterricht

Schnellfördernde Privatzirkel, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchhaltung. Führerrollor Aulich, Seydelstraße 1, Spittelmarkt

Mietgesuche

Sozialistischer Student aus dem Rheinland sucht gemütliches, nicht zu teures Zimmer im Westen, möglichst bei Parteigenossen, zum 15. November. Angebote mit Preis unter G. 25 an den Vorwärts.

Der Neubau der Metallarbeiter.



Unser Bild zeigt den Neubau des Verbandshauses der Metallarbeiter in der Alten Jakobstraße gegenüber dem Reichspatentamt. Dieses Gebäude, das nach den Entwürfen der Architekten Reichel und Mendelsohn errichtet wird, soll, entsprechend der Größe und Bedeutung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, ein imposanter und doch zugleich schlichter Zweckmäßigkeitsbau werden. Er wird als Eisenrahmen-Betonbau aufgeführt, hat eine Straßenfront von 100 Meter, und in dem sechs- bzw. siebenstöckigen Hauptgebäudetrakt eine Höhe von 27 Meter. Der die Baustelle überragende 66 Meter hohe Gießturm befördert mittels der schwenkbaren Gießrinne den in gewaltigen Mischmaschinen zubereiteten Beton ohne jede menschliche Zwischenarbeit an die Verwendungsstelle. Welche gewaltigen Mengen von Material zur Aufführung eines solchen Baues benötigt werden, geht schon daraus hervor, daß bis jetzt etwa 30 000 Quadratmeter Schalbretter verbraucht wurden, um die Form für den Gußbeton herzustellen. Neben den Bureauräumen und mehreren kleineren Sitzungszimmern soll das Gebäude einen großen Sitzungssaal enthalten, der etwa 175 Personen faßt. In den Parterreräumen wird unter anderem eine Druckerei mit einer 64seitigen Rotationsmaschine und mehreren Schnellpressen zur Herstellung der „Metallarbeiter-Zeitung“ und der übrigen Druckschriften des Verbandes eingerichtet. In den übrigen Parterreräumen, die an der neuen Entlastungsstraße für das Hallesche Tor liegen, sollen Läden eingerichtet werden, in denen die Verlagsbuchhandlung und andere Wirtschaftsbetriebe des Verbandes untergebracht werden sollen. Mit der Fertigstellung des Baues ist in den ersten Sommermonaten des nächsten Jahres zu rechnen.

Auto fährt auf Schutzinsel.

Eine Person getötet, eine weitere schwer verletzt.

Am Dienstag abend ereignete sich auf dem Kurfürstendamm ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem eine Person getötet und eine weitere erheblich verletzt wurde.

Auf dem Kurfürstendamm, an der Ecke der Uhlandstraße wechselte das Lichtsignal von freier Fahrt auf Halt. Der Führer eines Privatautos, der noch die Kreuzung passieren zu können glaubte, mußte sehr scharf bremsen. Dabei geriet sein Wagen infolge des durch den starken Regen schlüpfrig gewordenen Asphalts ins Schleudern und fuhr mit großer Wucht auf die dort befindliche Schutzinsel, auf der sich zahlreiche Passanten befanden. Während es den meisten von ihnen, die die Gefahr rechtzeitig erkannt hatten, gelang, sich durch Zurückspringen in Sicherheit zu bringen, wurden der 69jährige Malermeister Wilhelm Köster aus der Marburger Str. 12 und die 18jährige Verkäuferin Erna Dombrowski aus der Frankfurter Allee 25 von dem Auto erfaßt und überfahren.

Die Verunglückten wurden durch Rettungswagen der alarmierten Feuerwehr in das Wilmersdorfer Krankenhaus in der Achenbachstraße gebracht. Köster, der außer schweren Kopfverletzungen innere Verletzungen erlitten hatte, starb einige Zeit nach seiner Aufnahme. Die Verletzungen des jungen Mädchens stellten sich glücklicherweise als nicht sehr gefährlich heraus.

Also selbst auf den „Schutzinseln“ ist der Fußgänger schutzlos.

Was geht im Eisenbahnprozeß vor?

Gefärbte Zeugenaussagen der Reichsbahnbeamten.

Fürth, 12. November.

Bei der weiteren Zeugenvernehmung bezeichneten verschiedene Reichsbahnbeamte, die sich als Passagiere in dem beschleunigten Personenzug BP 851 befunden hatten, die Zugerschütterungen als wesentlich schwächer als die übrigen Zeugen. Ein sehr starker Widerspruch kam bei der Vernehmung des Reichsbahnassistenten Möttingdörfer zum Ausdruck. Er bekundete, die Erschütterungen des vorletzten Wagens, in dem er sich befand, seien nicht sehr stark gewesen; er habe auch von Mitreisenden nichts gehört. Diese Aussage stand im krassen Gegensatz zu den Aussagen der Mitreisenden und den früheren Angaben des Zeugen vor der Polizei. Möttingdörfer gab auf Vorhalt schließlich zu, daß seine früheren Angaben richtig seien. Der Staatsanwalt ließ durchblicken, daß er die Aussagen der Reichsbahnbeamten für gefärbt halte und bemerkte, daß er auf die Frage des Sachverständigen zurückkommen werde. Das Gericht beschloß dann, am Donnerstag vormittag in der Nürnberger Betriebswerkstätte eine Besichtigung der beschlagnahmten Maschinenteile der Unglückslokomotive vorzunehmen.

Verschiedene Zeugen, die sich in dem beschleunigten Personenzug befanden und sich selbst bei der Staatsanwaltschaft gemeldet hatten, waren der Auffassung, daß die Gleisanlagen an dem Schwanken des Zuges und an dem Unglück schuld sein müßten.

Brückeneinsturz auf Java.

200 Pilger werden mitgerissen.

Amsterdam, 12. November. (Eigenbericht.)

In Madjalenka im Preanger Gebiet auf Java stürzte eine eiserne Hängebrücke von 38 Metern in die Tiefe, als sich auf ihr eine Pilgergesellschaft von 200 Personen befand. Alle 200 Personen stürzten in das Flußbett, das in der jetzigen Jahreszeit fast trocken ist. Vier Personen wurden auf der Stelle getötet, 75 schwer bzw. leicht verletzt.

Neue Mordtat in Düsseldorf?

Die Bevölkerung in großer Erregung.

Düsseldorf, 12. November.

Die Montag von Düsseldorfer und Berliner Blättern gebrachte Meldung, wonach der Mörder an die Düsseldorfer kommunistische „Freiheit“ in einem Brief den Fundort der Leiche der kleinen Gertrud Albermann vorher mitteilte, wird nun von der Kriminalpolizei bestätigt. Der Mörder hat also am Freitag an das Blatt einen Brief abgesandt, der bei diesem am Sonnabend morgen vor der tatsächlichen Auffindung der Leiche eingetroffen ist.

Weiter wird erst jetzt bekannt, daß vor ungefähr drei Wochen bei der Düsseldorfer Kriminalpolizei schon einmal ein Brief eingegangen ist, der auf gleichem Papier und ebenfalls mit Blaustift, genau wie der jetzige, geschrieben ist. Er stellte genau wie der letzte Brief lediglich eine Skizze mit kurzen Beschriftungen dar. Nach ihm will der Mörder hinter Gerresheim, östlich anschließend an die Mordplätze in Flingern und im Torfbruch in der Nähe eines Bauernhofes 1½ Meter tief eine Leiche verscharrt haben. Dieser Brief wurde damals von der Kriminalpolizei als eine Vortäuschung betrachtet und ihm keine weitere Bedeutung beigemessen. Heute gewinnt dieser Brief erhöhte Bedeutung, und man hat schon mit Nachgrabungen auf dem betreffenden Gelände begonnen. Im übrigen durchschwirren seit Montag nachmittag die tollsten Gerüchte die Stadt, die von neuen Ueberfällen und von neuen Morden wissen wollen. Wie die Kriminalpolizei hierzu mitteilt, bestätigen sich diese Gerüchte glücklicherweise nicht.

15 Jahre Zuchthaus für Raubmörder.

Prenzlau, 12. November.

Vom Prenzlauer Schwurgericht wurde am Dienstag nach zehnstündiger Verhandlung der Arbeiter Johann Damitz aus Eberswalde, der am 9. September 1929 die Zigarrenhändlerin Ellebrandt in Eberswalde ermordet und beraubt hatte, wegen qualifizierten Totschlages zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

„Arbeitnehmer und Gemeinden.“

Ueber dieses Thema spricht am heutigen Mittwoch, dem 13. November, 19 Uhr, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, Genosse Erich Flatau, im Berliner Rundfunk. Stadtschulrat Genosse Nydahl wird am Donnerstag, dem 15. November, durch den Deutschlandsender über das Thema „Zum Ausbau der Volksschulen“ reden.

Johann Komáromi:

28]

He, Kosaken!

Aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch

Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

Ich begann bitterlich zu weinen. Denn ich wußte bereits, daß es mit dem Oberkosaken ein schlechtes Ende nehmen würde. Der Lärm, das Geschrei und das Gejammer der Glocken wuchs an und plötzlich schlug von weitem in der Gegend des jenseitigen Endes des gräflichen Gartens ein zweites Feuer hoch, dort wo die Heuschober standen . . . Schwarz brach der Qualm hervor und durch den Qualm wogten bereits blutrote Flammenbüschel . . . Zwei Flintenschüsse knatterten aus der Richtung der Heuschober herüber und ein dumpfes Dröhnen war in ihrem Gefolge . . .

Der Oberkosak stand dort am Gipfel des Misthaufens und hinter ihm schlug das Feuer schon bis zu den Baumkronen hinauf. Aber er stand hier, reglos wie ein Verfluchter. Er weidete sich an der Zerstörung.

Weinend schlich ich in die Stube zurück und halb erstarrt schlief ich ein.

Zeitlich in der Frühe huschte ich in die Vorhalle hinaus. Die Tenne war vermutlich schon niedergebrannt, denn hinter den dichten Bäumen stieg nur mehr dünner Rauch zum Himmel. Die Straße war tot und alle Häuser waren erstorben. Von den Heuschobern her qualmte der Rauch noch als dicke, übelriechende Säule und Ruß und Asche schwebten über die Häuser.

Den Oberkosaken sah ich nirgends.

Laufend eilte ich zum Hause meines anderen Großvaters. Als ich gerade in den Wirtschaftshof einbiegen wollte, rannte mir mein kleiner Kamerad Bandi entgegen. Er war übernächtigt und schlotterte.

„Was ist geschehen, Bandi?“

„Ach, ach . . . Meine Mutter wird gleich sterben . . .“

„Was fehlt ihr denn?“

„Weißt du's noch nicht?“ und er streifte mich mit einem wichtigen Blick. „Meine Schwester ist gestern abend verschwunden . . .“

„Fräulein Emmi?“

„Nun freilich. Und meine Mutter stirbt fast, denn es ist sicher, daß Onkel Geza sie holen kam und sie entführt hat. Jetzt suche ich meinen Vater, aber ich weiß nicht, wo er sein mag, denn seit den Brandstiftungen finden wir ihn nicht. Weißt du schon, daß mein Vater Josef Paczal erschossen hat?“

„Wann? Wo?“

„Wann? Heute nacht! Denn er sah, daß er den Schober anzündete und da schoß er zweimal auf ihn wie auf einen Hund. Und der eine Knecht hat gesehen, daß dein Großvater die Tenne anzündete, die dein anderer Großvater erbaut hat.“

Die Sonne ging gerade über dem Horizont auf und ich stand vor Bandi und sah und hörte nichts mehr.

Männer und Frauen kamen mit verschmierten Gesichtern, rußig von den Heuschobern zurück. Sie plauderten zankend, andere drohten oder fluchten laut. Ich ging mit ödem Kopf weiter zum Hause meines Großvaters und erst jetzt dachte ich daran: ob ich den heiligen Alten noch lebendig antreffen würde? Bandi folgte mir ohne zu wollen.

Das Haus war voll. Hier sah ich meine Großmutter mit übernächtigten Augen, meine beiden Tanten und auch meine Mutter waren schon eingetroffen. Ich sehe ihr mildes, bleiches Gesicht noch heute, wie sie still in ihre Schürze schluchzte. Sie bemerkte mich, beugte sich über mich und nahm mich in ihre Arme, während die heißen Tränen über mein erschrockenes Antlitz niederperlten. Urgroßvater saß auf der Ofenbank und nickte für sich, er schien irgend etwas gutzuheißen. Urgroßvater war nicht schläfrig, denn er war so bejahrt, daß er in Wahrheit eigentlich nie schlief. Vor sich hindämmernd, kauerte er in der Ecke, Tag und Nacht in gleicher Weise.

Mein Vater und mein Onkel standen in der inneren Stube vor dem Bett des alten Mannes. Dort lag mein Großvater lang ausgestreckt. Seine Farbe war bereits gelb, vollkommen gelb. Er lag reglos im Bett und bewegte nur in großen Pausen die Finger seiner rechten Hand. Als erwartete er jemanden.

Nachts hatte er noch mit seiner Umgebung gesprochen. Er erfuhr noch von Josef Paczals hundeelendem Ende, von der Brandstiftung des Oberkosaken und der Verführung des Verwalterfräuleins . . . Nachsinnend starrte er den Deckenbalken an und flüsterte seinem Sohne vernehmlich zu, man möge den Pfarrer und den Verwalter rufen. Der Pfarrer war seither gekommen, reichte ihm die letzte Oelung und ging fort. Aber Brugos verspätete sich. Ihn erwartete er so sehnsüchtig, der Arme.

Plötzlich entstand Bewegung im zweiten Zimmer. Im gleichen Augenblick trat der Verwalter ein.

Wir erkannten ihn kaum wieder. Sein Rock war an zwei Stellen zerrissen, er hatte dunkle Ringe unter den Augen, sein Haar war zerrauft. Er trat an das Bett, ergriff meines Großvaters Hand und sagte zu ihm mit viel Traurigkeit:

„Balogh, Balogh, mein bravster Mann . . . Wollen auch Sie mich verlassen?“

Seine Stimme bebte, während er dem Alten die Hand drückte. Mein Großvater sah auf. Das Licht einer anderen Welt leuchtete schon in seinen Augen. Er sagte ruckweise und schwer:

„Danke, gnädiger Herr . . . Denken Sie . . . an meine Familie . . .“

„Balogh, Balogh, mein bravster Mann,“ seufzte der Verwalter.

Mein Großvater sah ihn lange an. Sein Mund bewegte sich schwer.

„Die Tenne war . . . meine Arbeit . . . Mein Sohn wird sie . . . von neuem . . . aufbauen . . . Verzeihen Sie . . . allen Ihren Feinden . . . gnädiger Herr . . .“

Sein Kopf fiel seitwärts in die Kissen.

Der Verwalter sah seinen treuesten, toten Mann mit tiefem Kummer an und er stand nur da neben dem Bett, lange stand er so. Ich lief hinaus, als ich sah, daß meines Großvaters Kinn herabfiel. Ein großes Weinen und Wehklagen brach im Hause los. Erst auf der kleinen Brücke machte ich halt, denn ich fürchtete mich vor toten Menschen.

Die Straße war voller Menschen, die mit furchtbarer Anstrengung beide Feuer gelöscht hatten. Vom oberen Dorfende her trat plötzlich atemloses Schweigen ein.

Zwei Burschen brachten dort auf einer Karre Josef Paczal. Seine Beine baumelten am Ende der Karre herab, seine Arme hingen seitwärts herunter. Sein Gesicht konnte man nicht sehen, weil sie sein krempenloses verwegenes Hütchen darüber gebreitet hatten.

So brachten sie ihn in tödlichem Schweigen zum Hause seiner Mutter.

Und dann ergriff mich eine neuerliche und noch stärkere Beklemmung. Denn die Dorfstraße herunter kamen vier Gendarmen mit aufgepflanztem Bajonett in soldatischer Doppelreihe. Im gleichen Augenblick eilte meine Großmutter, die Frau des Oberkosaken, aus dem Hause zu mir mit verwüstetem alten Gesicht. Sie nahm mich bei der Hand.

„Heute bleibst du bei uns.“

Und flüsternd sagte sie noch:

„Heilige Mutter Gottes, nur das eine Mal erbarme dich noch . . .“

(Fortsetzung folgt.)

Für großzügige Schulpolitik.

Pionierarbeit wird in Berlin geleistet.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer hatte zu einer Kundgebung: Schule und Kommunalwahlen! eingeladen. In den überfüllten Sophiensälen sprach zunächst Stadtschulrat Nydahl über die Schulpolitik in der Gemeinde Berlin. Er bezeichnete die Kommune als den Ort, in dem die Bestimmungen der Reichsverfassung über das Schulwesen realisiert werden können. Der Tätigkeit der Sozialdemokratie ist es zu danken, wenn in den letzten drei Jahren der Schuletat von 40 Millionen auf 120 Millionen erhöht worden ist. Die Schülerzahl der einzelnen Klassen ist herabgesetzt worden, betrug sie früher 41 bis 53, so sind heute durchschnittlich 33 Schüler in einer Klasse. Für die Durchführung von Schülerwanderungen und für die Weiterbildung der Lehrer werden große Summen ausgeworfen. Eine soziale Schulgeldstaffelung macht es vielen Arbeiterkindern möglich, die höhere Schule zu besuchen, in besonderen Fällen werden Wirtschaftsbeihilfen gegeben. Vor allem dürfe die Jugend nur Lehrern anvertraut werden, die überzeugt auf dem Boden der neuen Staatsform stehen. — Regierungsdirektor König wies darauf hin, daß die Arbeit in Berlin wie in Preußen Kompromißarbeit ist. Wenn wir aber unsere Ideen durchsetzen wollen, dann müssen wir zunächst im bisherigen Sinne fortfahren. Mit der Alles-oder-nichts-Politik der Kommunisten ist überhaupt nichts zu erreichen. Reichstagsabgeordneter Dr. Löwenstein stellte die Auswirkung der Berliner Schulpolitik auf Preußen und das Reich in den Vordergrund seiner Ausführungen. Er bezeichnete Berlin als den Pionierboden der Schulpolitik, die Aufbauschulen und weltlichen Schulen sind lediglich Berlin zu verdanken. — Schulrat Kreuziger behandelte unter anderem die Schwierigkeiten, die uns von den Kommunisten im Stadtparlament gemacht werden. Er schilderte noch einmal die Arbeit, die von der Sozialdemokratie gerade für die Lehrerschaft und die Schule geleistet worden ist und forderte die Lehrerschaft zur Mitarbeit auf, und am 17. November der Sozialdemokratie die Stimme zu geben.

*

In einer Versammlung des Mieterverbandes Schöneberg sprach Stadtrat Czeminski. Bei der Berliner Kommunalpolitik müßte man unterscheiden, daß sich hier zwei Welten im Kampf gegenüberstehen, die freie Wirtschaft und die Kommunalwirtschaft. Die Mieter müssen die Leistungen, die Berlin in den letzten Jahren vollbracht hat, einmal betrachten. Wäre das in der freien Wirtschaft zu erreichen gewesen? Der Redner ging auf die näheren Umstände ein, die ein großzügiges Wohnungsbauprojekt zurzeit nicht vollenden lassen wollen. Der Kampf der Hausbesitzer gegen die gemeinnützigen Bauten würde indirekt gestützt durch die eigenartige Stellung des Wohlfahrtsministers und durch die ablehnende Haltung der preußischen Regierung Berlin gegenüber. Immer weiter griffen die Versuche, die Zwangswirtschaft zu lockern. Trotz aller Schwierigkeiten habe Berlin sich in den letzten zehn Jahren außerordentlich entwickelt. Niemand könnte die Miete einer Wohnung bezahlen, wenn die Wohnungen frei bewirtschaftet werden; wer möchte unter solchen Ausblicken die wichtigste Existenzfrage des Großstädters der Spekulation ausliefern? Zum Schluß beleuchtete der Redner nochmals die Taktik der Gegner, die darauf ausgingen, das großzügige Werk Berlins in seinem Wohnungsbauprogramm zu zerschlagen. Man brauche sich ja nur die alte Bauweise und die Elendsviertel des Berliner Nordens vor Augen zu halten, und dagegen die gesunden, schönen und lichtvollen neuen Wohnungen. Der 17. November wäre der Entscheidungstag, an dem die Mieter bestimmen müssen, ob die Erwerbstätigen ihre Interessen der freien Wirtschaft und der Spekulation überlassen. Nur die Sozialdemokratische Partei, die sich voll und ganz für das Wohnungsbauprogramm der Gemeinnützigkeit einsetzt, sei zu wählen. Der Landesverbandsvorsitzende Gramse des Mieterverbandes unterstrich diese Ausführungen.

Eine stattliche Anzahl junger Parteigenossen aus dem Bezirk Mitte hatte sich zu einer überaus wirkungsvollen Radfahrerdemonstration zusammengefunden. Die Fahrt ging um die Zeit des Geschäftsschlusses durch die Verkehrsstraßen des Zentrums. Die zahlreichen Beifallskundgebungen der vielen Angestellten war der Dank, den unsere jungen Freunde für ihre Werbearbeit mit nach Hause nehmen konnten.

Nationalistische Rowdys.

Auf eine sozialdemokratische Wählerversammlung in Waidmannslust, in der Reichstagsabgeordneter Litke referierte, verübten nationalsozialistische Rowdys einen Ueberfall. Nachdem sie bereits am Morgen von ihrem Plane erzählt hatten, erschien während der Versammlung ein Trupp von 25 Burschen, die von einem älteren Burschen geführt wurden. Während der Ausführungen des Genossen Litke verhielten sie sich, bis auf einige geistlose Zwischenrufe, anfangs ruhig. Plötzlich gab der „Anführer" durch Erheben eines Stuhles das Zeichen zum Angriff. Nun begann eine wüste Schlägerei. Die Burschen hatten sich jedoch verrechnet. Nach kurzer Zeit gelang es unseren Genossen und einigen Reichsbannerleuten, die ganze Gesellschaft an die Luft zu setzen. Hier wurden sie von einigen Schutzpolizisten empfangen. Zehn der Rowdys wurden zwangsgestellt. Man fand bei ihnen u. a. Schlagringe und auch einen Revolver. Die Versammlung wurde dann in voller Ruhe und ohne weitere Zwischenfälle zu Ende geführt.

Eine Siebzigjährige erstickt.

Weil der Schornstein verstopft war.

Am Dienstag abend wurde die 70jährige Witwe Klara Krüger in der Wohnung ihrer Schwiegertochter, im Hause Hannoversche Straße 14, erstickt aufgefunden. Die Greisin, die in der Veteranenstraße 8 wohnt, besuchte gestern mittag ihre Schwiegertochter und blieb mehrere Stunden allein in der Wohnung. Gegen 18 Uhr bemerkten Mieter plötzlich eine starke Verqualmung des Treppenhauses und stellten fest, daß der Rauch aus der Wohnung des Handwerkers K. drang. Da niemand öffnete, wurde die Feuerwehr gerufen, die sich gewaltsam Einlaß verschaffte. In dem völlig mit Rauch angefüllten Schlafzimmer fanden die Beamten die Greisin bewußtlos auf dem Fußboden liegend auf. Alle Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Von der Feuerwehr wurde sogleich eine Untersuchung über die Ursache des Unglücks festgestellt. Dabei wurde ermittelt, daß der Hausschornstein, der zurzeit umgebaut wird, verstopft war. Der Rauch, das heißt die giftigen Kohlenoxydgase, fand dadurch keinen Abzug und wurde durch eine Ofenklappe in das Zimmer hineingedrückt, in dem sich die Greisin aufhielt. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Der Kampf um die Wohnung.

Was die Wiener über den Berliner Wohnungsbau sagen.

Wir haben gestern gezeigt, wie ausländische „gut bürgerliche" Kommunalpolitiker über die in Berlin unter sozialdemokratischer Führung geleistete Aufbauarbeit der letzten Jahre urteilen. In dem nachstehenden Aufsatz gibt der Leiter des Wohnungswesens der Stadt Wien, Stadtrat Anton Weber, seine Eindrücke über die Erfolge des Berliner kommunalen Wohnungsbaues wieder. Von dem Ausgang der Kommunalwahlen hängt es ab, ob auf dem begonnenen Wege zum Nutzen der minderbemittelten Bevölkerung und zum Schaden des privaten Spekulantentums fortgeschritten werden kann.

Ueberall in Europa ist nach dem Krieg, scheinbar ganz plötzlich, ein Problem aufgetaucht: das Problem der modernen Wohnungsfürsorge. Man hat diesen plötzlichen ungeheuren Wohnungsbedarf zuerst darauf zurückgeführt, daß während der ganzen Kriegsjahre die private Bautätigkeit überall, auch in den neutralen Ländern, versagt hat, daß eben soundsoviel Jahre hindurch nicht gebaut worden ist. Man hat die aktuelle Wohnungsnot als eine Nachkriegserscheinung klassifiziert.

Die Ursachen liegen tiefer. Es sind die Sünden der Väter, die sich an den Kindern rächen. Das ist nicht schwer zu beweisen. Man braucht nur einmal die Elendsquartiere zu studieren, die es in jeder Stadt heute noch in großer Zahl gibt, in Berlin und Wien, in Brüssel, Paris und London. In ihnen offenbart sich die Wohnungspolitik der früheren Zeiten erschreckend deutlich; sie sind der furchtbare Zeuge einer verderblichen Wohnungspolitik, die viele Jahrzehnte lang fast unwidersprochen üblich war. Und da es damals kein Auflehnen gegen diesen Wohnungsjammer gab — kaum eine Klage fand den Weg in die Oeffentlichkeit zu den verantwortlichen Stellen —, waren alle diese hunderttausend Klagen über die Wohnungsunkultur stumm, ohne Widerhall, für den äußerlichen Betrachter somit nicht vorhanden. Aber dieses Wohnungselend war da. Und es äußerte sich plötzlich mit ungeheurer Vehemenz, als der Zusammenbruch des Krieges und die politischen Neugestaltungen einen anderen, sozialen Kurs der Menschheit wies. **Heute ist das Wohnungsproblem in allen modernen Staaten unumstritten ein Kulturproblem ersten Ranges,** obwohl viele Leute es nur für ein Geldproblem halten. Der erschreckende Einfluß einer schlechten Wohnung auf die seelische, sittliche und körperliche Entwicklung und auf die Einstellung ihrer Bewohner zur Gesamtheit der Gesellschaft ist ebenso bekannt wie der wohltätige und fördernde Einfluß einer modernen und gesunden Wohnung. Mit den Elendswohnungen früherer Generationen restlos aufzuräumen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaft jeder Stadt und jedes Landes. Sie wird, wenn sie zu Ende geführt ist, eine bedeutende soziale und kulturelle Tat geworden sein. Die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien hat die Wohndichte von 4,2 (1914) auf 3,2 (1929) verringert.

Daß in Berlin trotz der enormen jährlichen Bevölkerungsvermehrung die Wohnungsdichte von 3,6 auf 3 verringert werden konnte, ist ein gewaltiger Erfolg und ein Beweis, daß die Berliner Stadtverwaltung auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge Vorbildliches geleistet hat.

Es ist mir sehr gut bekannt, daß die Wohnungsnot in Berlin noch lange nicht behoben ist, ja daß noch genug Elendswohnungen existieren und noch immer vermietet werden. Aber die Berliner Stadtverwaltung hat, wie ich mich bei meinem letzten Aufenthalt im Juni überzeugen konnte, mit großer Energie und prächtigen Erfolgen durch ihre Wohnbaupolitik Wege beschritten, die aus der Wohnungsnot herausführen.

In Wien hat die Gemeindeverwaltung, in der die Sozialdemokraten die überwiegende Majorität haben, die Wohnbauaktion auf eine besondere Basis stellen können, indem die Stadtverwaltung selbst aus Steuermitteln baut und so auf eine Kapitalsverzinsung und Amortisation verzichten konnte. Dadurch kann der Mietzins so niedrig gehalten werden, daß er sich nur aus den Instandhaltungskosten des Gebäudes, den Betriebskosten, den Verwaltungskosten und der verhältnismäßig niedrigen Wohnbausteuer zusammensetzt. In Berlin ist eine andere Methode angewendet worden, nach allen Erfahrungen aber eine Methode, die sich auch bewährt hat, wie die vielen schönen Siedlungen mit ihren vielen tausend, allen Anforderungen entsprechenden Wohnungen beweisen.

Keine private Bautätigkeit vor dem Kriege hätte das leisten können, was hier durch die Stadt mit Hilfe der Wohnungsfürsorgegesellschaften, den Genossenschaften und der freigewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgegesellschaft geleistet worden ist.

Die Berliner Wohnbautätigkeit stellt nicht nur eine sehr beachtenswerte quantitative und qualitative Leistung dar. Darüber hinaus weist sie neue Wege, welche allein die Spekulation mit einem der wichtigsten Gebrauchsgüter der Menschheit verhindern können.

Freilich ist die Arbeit, die zur endgültigen Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungselends noch zu leisten ist, ungeheuer groß. Der Weg zu diesem Ziel ist erst zum Teil begangen. Die Aufgabe aller Stadt- und Staatsverwaltungen ist es, die Wohnungsfürsorgebewegung durch geeignete Gesetze und vor allem durch Bereitstellung finanzieller Mittel zu fördern und auszubauen, damit dieses traurige Erbe der Vorkriegszeit verschwinde, mit ihm das schädliche Schlafgängerwesen, die Enge und Gedrücktheit tausender, hunderttausender armer Familien. Die Wohnung der Zukunft ist auf dem Weg. Ihren Wert für die Gesellschaft, für die Leistung in jeder Arbeit, für die Produktion und die Wirtschaft wie für die körperliche und geistige Ertüchtigung des Volkes wird sie in der nächsten Generation erweisen. Arbeiten dieses Umfanges und dieser sozialen Bedeutung schütten ihren vollen Gewinn erst nach Menschenaltern aus.

Bezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Berlin

Theatervorstellung

Sonntag, 8. Dezember, nachm. 3 Uhr, im Staatl. Schillertheater, Charlottenburg

2×2=5

Satyrspiel in vier Akten von Gustav Wied

Preis 1,50 Mk. einschl. Garderobe und Programm.

Karten sind bei den Bildungsobleuten in den Kreisen und Abteilungen zu haben; außerdem in d. Vorwärtsbuchhandlung, Lindenstr. 2; bei Horsch, Engelufer 24/25, Verband der graph. Hilfsarbeiter, Ritterstr. 1; Zentralverband der Angestellten, Oranienstr. 40/41 und Belle-Alliance-Straße 7-10, in den Vorwärtsspeditionen;

Drigalskis Sorgen.

„Schwesternschaft darf nicht politisch beunruhigt werden."

Der Herr Stadtmedizinalrat ist von seiner Amerikareise zurückgekehrt und hat wieder sein Steckenpferd bestiegen — er sorgt dafür, daß die „Schwesternschaft nicht beunruhigt wird".

Der Beamtenrat des Virchow-Krankenhauses wollte im Schwesternsaal eine Versammlung abhalten mit dem Thema: „Die Stellung der Frau als Staatsbürgerin in der Deutschen Republik". Wahrlich ein neutrales Thema, das jede Frau und vor allem jede Beamtin interessieren muß. Es war gelungen, eine Referentin zu gewinnen, die in der ganzen Frauenwelt als Vorkämpferin für die Frauenrechte hochgeschätzt wird und die auf Grund ihrer eingehenden Sachkenntnis in erster Linie berufen ist, Aufklärung darüber zu geben, was in der Republik für die Frauen erreicht worden ist und was noch in Zukunft erstrebt werden muß! Die Reichstagsabgeordnete Genossin Bohm-Schuch hatte sich bereit erklärt, diese wichtigen Fragen vor der Schwesternschaft des Virchow-Krankenhauses zu erörtern! Wer die Republik bejaht — und das darf man wohl von jedem republikanischen Beamten erwarten — müßte es begrüßen, wenn den weiblichen Beamten Gelegenheit gegeben wird, Einblick in den Aufbau des Staates zu erhalten und die Verfassung kennen zu lernen. Der leitende Beamte des Berliner Gesundheitswesens nimmt einen anderen Standpunkt ein. Er fürchtet, daß „die Schwesternschaft beunruhigt wird und die Gemüter aufeinanderprallen könnten". Aus diesem Grunde verweigerte er die Erlaubnis dazu, die Versammlung im Virchow-Krankenhause abhalten zu lassen! Belehrung und Aufklärung hält auch das Hauptgesundheitsamt für erwünscht — aber praktisch wird eben nur Belehrung von der Oberin darüber zugelassen, daß Schwestern keine Bubiköpfe und helle Strümpfe tragen dürfen.

Verfügungen des Stadtmedizinalrates tragen den Stempel: „Deputation für das Gesundheitswesen". Der Stadtmedizinalrat ist in diesem Falle nicht im Zweifel darüber gelassen worden, daß ein großer Teil der Deputation seinen Standpunkt ablehnt. Aber in der Wahlwoche finden keine Sitzungen mehr statt und daher konnte ein Beschluß nicht mehr herbeigeführt werden!

Die Versammlung wird trotzdem stattfinden, wenn auch nicht im Krankenhause, wo die Schwestern zwangsläufig wohnen müssen, so doch in unmittelbarer Nähe, und zwar am Freitag, dem 15. November, abends 8 Uhr, in der Turnhalle der 262. Gemeindeschule, Lütticher Straße 4. Die Schwestern werden sich durch die kleine Unbequemlichkeit nicht vom Besuche der Versammlung abhalten lassen! Eine überfüllte Versammlung muß Zeugnis davon ablegen, daß die Schwestern sich ihrer Staatsbürgerrechte und -pflichten bewußt sind, und daß sie den Vorkämpfern für ihre Rechte Dank wissen!

Dr. Käthe Frankenthal.

Der kommunistische Korruptionssumpf.

Gäbel unter dem Einfluß Degners?

Die Untersuchung in der Sklarek-Affäre hat jetzt Tatsachen ergeben, die eine Wendung in der Sklarek-Affäre bedeuten würden. Während es bisher immer den Anschein hatte, als ob die Verlängerung des Sklarekschen Monopolvertrages bis zum Jahre 1935 hauptsächlich auf Veranlassung des Kommunisten Gäbel stattgefunden habe, läßt das Ergebnis der neuen Ermittlungen es wahrscheinlicher erscheinen, als ob Gäbel durch seinen ebenfalls verhafteten Parteigenossen Degner vom Bezirk Prenzlauer Berg zu dieser Maßnahme angestiftet worden ist. Stadtrat Degner scheint zuerst den Sklarekschen Beeinflussungen erlegen zu sein und dann seinerseits seinen Parteigenossen Gäbel für die von der KVG. gewünschte Vertragsverlängerung gewonnen zu haben.

Die Ermittlungen des Disziplinaruntersuchungskommissars, Oberregierungsrat Tapolski, in dem Disziplinarverfahren gegen den Stadtamtsrat Sakolofsky, dem Oberrechnungsrevisor in der Hauptprüfungsstelle des Magistrats, haben jetzt dazu geführt, daß durch den Oberpräsidenten durch Beschluß vom 6. d. M. die Amtssuspension dieses Magistratsbeamten verfügt worden ist. Sakolofsky wird bekanntlich zum Vorwurf gemacht, daß er bei den Prüfungen der Belege zugunsten der Sklareks sein Amt nachlässig ausgeübt haben soll, und zwar nicht ohne entsprechende Vergünstigungen.

Die Sozialdemokratie für Ledigenwohnungen.

Von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit wird uns geschrieben:

Anläßlich der Kommunalwahlen fragte die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit in einem Memorandum über die Wohnungsnot der ledigen erwerbstätigen Frauen bei dem Zentrum, der Deutschen Demokratischen Partei, der deutschen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei, ob sie gewillt sei, ihren Einfluß in den Kommunen gegen die Wohnungsnot der ledigen Frau geltend zu machen. Nur die Sozialdemokratische Partei hat geantwortet, und zwar: **„Die Forderungen der Frauenliga entsprechen unseren eigenen. — Wir können Ihnen mitteilen, daß die Sozialdemokratische Partei schon lange in gleicher Weise wie Sie bemüht ist und auch weiter bemüht sein wird, die Wohnungsnot der Ledigen zu heben.** Das Stillschweigen der anderen befragten Parteien muß von uns als „auch eine Antwort" gedeutet werden."

Ein alter Berliner. In voller geistiger und körperlicher Frische feiert Herr Conrad Dünger in der Straßmannstr. 28 am 14. November seinen neunzigsten Geburtstag. Unseren herzlichsten Glückwunsch!

Die schöne Farbe

allein macht noch keine gute Daunendecke. Auf das Innere kommt es an. Grünfeld-Daunendecken werden ohne Einschütte (Inlett) gearbeitet: sie sind leicht und schmiegsam. Grünfeld-Daunen werden nach einem Patentverfahren vorbereitet: sie sind verbürgt daunendicht. Von M. 80.— an erhalten Sie solche Decken mit vorzüglicher weißer Daune im größten Sonderhaus für Leinen und Wäsche, der

Landeshuter Leinen- und Gebildweberei

F. V. Grünfeld

Leipziger Straße 20-22. Kurfürstendamm 231.

Hatzky und Schmutzky.

Zwei gestürzte deutschnationale Kommunalsäulen.

In einer öffentlichen Kommunalwählerversammlung in Zehlendorf rechnete der Redner Stadtrat Genosse Holz sehr energisch mit Kommunisten und Deutschnationalen ab.

Unter vielen treffenden Beispielen, die die Ungeeignetheit der Kommunisten und der Deutschnationalen zum Amt eines „Reinigers" bewiesen, führte er noch ein besonderes Beispiel aus Zehlendorf an. In der Bezirksversammlung gab es den deutschnationalen Fraktionsführer Selmar Hatzky, Regierungsbaumeister a. D. Dieser Herr Hatzky redete sich einmal in einer Bezirksversammlung, gelegentlich einer Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion wegen der Nichtbeflaggung der städtischen Gebäude, in so große moralische Entrüstung über die angebliche „republikanische Jämmerlichkeiten" hinein, daß er wegen der Beschimpfung der Reichsfarben vom Amtsgericht Lichterfelde zu einer Geldstrafe von 1400 Mark verurteilt wurde. Später wurde es still um Selmar Hatzky. Der Führer der Deutschnationalen verschwand. Eines Tages rückte der Ersatzmann nach — das heißt, eigentlich nicht. Denn der nächste Mann auf der Liste der Deutschnationalen Volkspartei wäre Herr Schmutzky aus Wannsee gewesen. Aber Schmutzky hatte Gelder der Ortskrankenkasse nicht für die Kranken, sondern nach seinen Aussagen vor Gericht für recht gesunde und muntere Jungs verwendet, und hat dafür noch heute mit den Gerichten zu tun. Mit Herrn Schmutzky war es also auch nichts. So rückte also ein anderer Kandidat nach. Wo aber war Selmar Hatzky geblieben? Es hieß, er sei nach der Schweiz verzogen. Ja, er hatte sich verzogen. Warum? Der „Zehlendorfer Anzeiger" vom 2. November 1929 bringt in folgender Bekanntmachung des Finanzamtes Zehlendorf des Rätsels Lösung:

> Durch rechtskräftigen Strafbescheid vom 12. März 1929 ist der Regierungsbaumeister a. D. Selmar Hatzky, früher Zehlendorf, jetzt in Zürich-Rüschlikon, Alpenstr. 16, wegen vollendeter und versuchter Hinterziehung der Umsatz-, Einkommen- und Vermögenssteuern für die Jahre 1924 bis 1928 zu einer Geldstrafe von insgesamt 600 000 M. (in Worten sechshunderttausend Mark) verurteilt worden. Kann die Strafe nicht beigetrieben werden, so wird sie in Freiheitsstrafe umgewandelt.

Die Deutschnationalen bewerfen die Sozialdemokraten mit Schmutz und begeifern sie mit ihrem Haß. Die Fälle Schmutzky und Hatzky beweisen aber, daß im eigenen deutschnationalen Haus genug Schmutz und Haß vorhanden sind, die man zuerst auskehren möge.

31,5 Millionen Rundfunkgebühren.

Der Bericht des Rundfunkkommissars.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost genehmigte in der Sitzung vom 8. November den Wirtschaftsbericht des Rundfunk-Kommissars von 1928. Danach betrugen die Einnahmen der 10 Rundfunk-Gesellschaften aus Gebührenanteilen rund 31,5 Millionen Mark, aus sonstigen Quellen 500 000 Mark. Die Ausgaben aller Rundfunk-Gesellschaften, in denen auch die Aufwendungen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft enthalten sind, beziffern sich zusammen auf 28,8 Millionen Mark. Davon entfallen auf Verwaltungskosten 6 Millionen Mark, Steuern 1,7 Millionen Mark, Betriebskosten der 27 Rundfunk-Sender und für elektrische Kraft 4,8 Millionen Mark, Programmkosten (Honorare für festangestellte und vorübergehend beschäftigte Künstler, Schauspieler, Orchester- und Chormitglieder, Vortragende, musikalische und literarische Lizenzen, Theater-Uebertragungen, Nachrichtendienste usw.) 12,2 Millionen Mark, Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, Betrieb des Deutschlandsenders, allgemeine technische Ausgaben, Unterhaltung wissenschaftlicher Institute, Werbung, Ausstellungen und dergleichen 4,1 Millionen Mark. Die laufenden Abschreibungen erforderten 1,7 Millionen M., an Dividenden wurden 282 000 Mark (7,5 Prozent des Aktienkapitals) und an Tantiemen insgesamt 114 000 Mark ausgeschüttet. Der verbleibende Rest von etwa 1,1 Millionen Mark wurde für Rückstellungen, gesetzliche Reserve und Vortrag auf neue Rechnung verwendet. Im Privatbesitz befinden sich etwa 25,5 Prozent des Aktienkapitals, während 74,5 Prozent in den Händen der Reichspost, der Landesregierungen, Kommunen und öffentlichen Körperschaften sind.

Schüsse auf Reichsbannerleute.

Der Ortsverein Neukölln des Reichsbanners unternahm am Sonntag eine Landagitationsfahrt mit vier vollbesetzten Lastwagen. Auf der Rückfahrt durch die Bergstraße in Neukölln wurden die Reichsbannerleute mit Steinen beworfen und beschossen. Die Reichsbannerleute sahen die Attentäter in das Lokal Berg- Ecke Wallerstraße laufen. Sie besetzten alle Eingänge und alarmierten das Ueberfallkommando. Im Lokal waren die Jalousien heruntergelassen. Am Saaleingang standen etwa 30 Reichsbannerleute, in die hinein aus dem Lokal herausgeschossen wurde. Alle drei Schüsse gingen aber glücklicherweise fehl. Die Polizei durchsuchte das ganze Lokal. Aus den Kellern und Nebengelassen wurden etwa 20 Mann herausgeholt und verhaftet.

Abendlicher KPD.-Spuk am Luther-Denkmal.

Einen jämmerlicheren Reinfall als gestern abend hat die KPD. mit ihren regelmäßig wiederkehrenden Erwerbslosendemonstrationen noch nie erlebt. Trotz aller Reklame und vor allem trotzdem es nur noch ein paar Tage bis zu den Stadtverordnetenwahlen sind, fand sich nur ein kleines Häuflein Erwerbsloser auf dem Neuen Markt ein. Von 180 000 Erwerbslosen in Berlin waren knappe achthundert dem Rufe der Drahtzieher aus dem K.-L.-Haus gefolgt und standen nun, beladen mit allen möglichen Pappkarikaturen und blutrünstigen Transparenten, auf dem kurzen Fahrdamm zwischen dem Luther-Denkmal und der Marienkirche. Wo sie alle sehr bequem Platz hatten. Darauf entledigten sich ein paar gutbezahlte KPD.-Angestellte ihres Tagespensums, indem sie eine Rede hielten. Zehn Minuten vor 6 Uhr begann so etwas wie ein „Abmarsch", der drei Minuten dauerte. Dann war der Spuk aus.

Bank für Deutsche Beamte öffnet noch nicht.

Entgegen der von einem Teil der Presse gebrachten Nachricht, daß die Schalter der Bank für Deutsche Beamte für Rechnung des neuen Beamtengeldinstitutes, dessen Gründung unter Mitwirkung der Dresdner Bank unmittelbar bevorsteht, bereits morgen wieder eröffnet werden sollen, teilt die Bank für Deutsche Beamte mit, daß dies für morgen noch nicht in Aussicht genommen ist. Die Eröffnung der Schalter werde aber schnellstens erfolgen.

Der Deutsche Beamtenbund drückte gestern in einer Vorstandssitzung sein Befremden darüber aus, daß die Beamtenschaft bei der Gründung der neuen Bank offenbar vor eine vollendete Tatsache gestellt werden sollte.

Arbeiter, wie wird es dir ergehen?

Das wahre Gesicht der faschistischen Arbeiterpartei.

Es gibt eine Partei, die den Parlamentarismus der anderen erbittert bekämpft, sich selber aber für berechtigt hält, Vertreter in die von ihr bekämpften Parlamente zu entsenden. Das ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Auch an den Berliner Kommunalwahlen will sie sich beteiligen. Sie betont, daß sie eine Arbeiterpartei ist. Sie rechnet ihren Lesern vor, daß 41 Proz. der Berliner Bevölkerung Arbeiter sind. In ihrem Blatt veröffentlicht sie eine Aufstellung von 35 Kandidaten für die Stadtverordnetenlisten und von 60 Spitzenkandidaten für die Bezirksverordetenwahlen. Auf der Stadtverordnetenliste stehen an absolut aussichtsloser Stelle drei Arbeiter. Unter den 60 Bezirksverordnetenkandidaten findet man mit Mühe und Not 11 Arbeiter heraus, zusammen 14 Arbeiter. 41 Proz. von insgesamt 95 Kandidaten wären aber 39. Die 14 Kandidaten würden einem Arbeiterbevölkerungsanteil von nur 15 Proz. entsprechen. So sieht also in Wirklichkeit die Arbeiterfreundlichkeit der antisemitischen Arbeiterpartei aus, die außerdem nicht eine einzige Frau als Kandidatin aufgestellt hat. Man höre, was diese Kümmerlinge dann als kommunale Forderungen aufstellen: Der Magistrat ist für uns da, nicht wir für den Magistrat! Juden heraus! Deutsche an ihre Stelle! Als funkelnagelneue Forderung: Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Logik dieser Leute erhellen die Punkte 5 und 6 ihrer Forderungen zur Gesundheitspflege. Punkt 5 fordert systematischen Kampf der Stadtverwaltung gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten, und Punkt 6 Entfernung der sexuellen Aufklärung aus städtischen Schulen und anderen öffentlichen Anstalten, die als pestilenzartige jüdische Aufklärung beschimpft wird. Was man in Punkt 5 fordert, lehnt man im nächsten Punkt sofort wieder ab. In dem ganzen Programm nicht eine Spur von Sozialismus. Außerordentlich beachtenswert ist bei dieser Liste der 95 der Umstand, daß eine ganze Reihe aktiver Berliner Magistratsbeamten und Lehrer Mitglieder dieser Umsturzorganisation sind, ein Beweis für ungewöhnlich große Langmut und Geduld, die man in der Berliner Stadtverwaltung und der städtischen Schulverwaltung hat. Wie es aber mit der Arbeiterfreundlichkeit der Hakenkreuzler in Wahrheit bestellt ist, dafür liefert das berüchtigte Ehrhardtlied den Beweis. Darin heißt es: „Arbeiter, Arbeiter, wie wird es dir ergehen, wenn die Brigade Ehrhardt wird unter Waffen stehen." Und in der nächsten Strophe: „Die Brigade Ehrhardt schlägt alles kurz und klein. Wehe dir, wehe dir, du Arbeiterschwein."

Nur die allergrößten Kälber wählen am 17. November ihren nationalsozialistischen Metzger selber. Mögen die Wähler dafür sorgen, daß Dr. Goebbels und seinem Klüngel der Eintritt in das rote Haus verwehrt wird.

Wichtig für den Wahltag.

Wie Kranke ihr Wahlrecht ausüben können.

Nach den Bestimmungen der Wahlordnung vom 26 August 1925 kann ein Wähler bei den Wahlen der Stadtverordneten und Bezirksverordneten am 17. d. M. seine Stimme nur abgeben, wenn er sich am Wahltage in der Zeit von 9—18 Uhr persönlich in dem Wahlraum einfindet, der für den Abstimmungsbezirk bestimmt ist, in dessen Stimmliste der Wähler entsprechend seiner Wohnung eingetragen ist, oder für den er einen Wahlschein nach § 13 Ziffer 1 und 2 der Wahlordnung erhalten hat.

Auch für die in Kranken- und ähnlichen Anstalten befindlichen Wähler besteht keine andere Möglichkeit zur Ausübung des Wahlrechts. Sie können somit ihre Stimme nur abgeben, wenn sie zu diesem Zweck von der Anstaltsleitung nach dem zuständigen Wahlraum beurlaubt werden. Das Hauptwahlamt hat deshalb die Deputation für das Gesundheitswesen gebeten, die Anstaltsleiter sämtlicher Berliner Anstalten, in die Wähler unserer Stadt krankheitshalber aufgenommen sind, zu ermächtigen, Anträgen auf Beurlaubung zum Zwecke der Ausübung des Wahlrechts in Berlin nach Maßgabe der ärztlichen Verantwortung tunlichst zu entsprechen.

Massenfallschirmabsprung. Aus einer Höhe von 700 Metern sprangen in Rooseveldfield in den Vereinigten Staaten von Amerika zu gleicher Zeit sechzehn Personen mit Fallschirm aus einem Riesenflugzeug. Ihre Landung erfolgte ohne Zwischenfall.

Der Fall Halsmann und seine politischen Hintergründe. Im Rahmen einer Sonderveranstaltung der Deutschen Liga für Menschenrechte wird der Fall Halsmann und seine politischen Hintergründe behandelt unter Mitwirkung von Schauspieler Fritz Kortner, Dr. Hans Margulies, der als Berichterstatter dem Halsmann-Prozeß von Anfang bis Ende beigewohnt hat und Rudolf Olden. Die Veranstaltung findet im Künstlerhaus Bellevuestr. 3 (nähe Potsdamer Platz) am Donnerstag, dem 14. November, 20 Uhr, statt.

Warum auch Steuererhöhungen?

Die Steuer„geschenke" in den Vorschlägen Stolpers.

Der Young-Plan wird der Reichskasse in den nächsten Jahren eine Entlastung von jährlich rund 700 Millionen Mark im Vergleich mit der Belastung nach dem Dawes-Plan bringen. Ein Teil dieser Entlastung wird ausreichen, um eine neue Steuererhöhung vermeiden zu können, so daß man den übrigen Teil für eine Steuersenkung verbrauchen kann. Indessen wird in allen Finanzreformplänen nicht bloß eine Steuersenkung, sondern auch eine Erhöhung gewisser Steuern vorgeschlagen. Man will auf diese Weise, das heißt durch eine Umgruppierung der Einnahmen,

den Spielraum für die Finanzreform erweitern.

Ein solches Verfahren ist auch notwendig, wenn man eine wirkliche Finanzreform machen will, weil unter Finanzreform eine Aenderung des Finanzsystems, eine wesentliche Verschiebung seines Schwergewichts von den einen Einnahmen zu den anderen, zu verstehen ist. Durch die Ermäßigung gewisser Steuern um etwa 400 Millionen vollzieht sich eine solche Verschiebung noch nicht; anders würde es sein, wenn einige Steuern, sagen wir um insgesamt eine Milliarde ermäßigt, während einige andere gleichzeitig um 600 Millionen erhöht oder zum Teil auch neu eingeführt werden. Die gesamte finanzielle Entlastung würde in beiden Fällen die gleiche bleiben, und es kann nicht anders sein, weil man durch keine Umgruppierungen der Einnahmen die Gesamtsumme der Young-Entlastung erhöhen kann. Sie beträgt, wie gesagt, rund 700 Millionen. Wenn, wie wir beispielsweise annehmen, durch die Verwendung von 300 Millionen aus dieser Entlastung der dauernd bestehende Fehlbetrag im vorhandenen Finanzsystem gedeckt und damit die Steuererhöhung zur Deckung dieses Fehlbetrages vermieden wird, so bleiben für die Ermäßigung der Steuer in allen Fällen 400 Millionen Mark übrig.

Wie weit können Steuer„geschenke" gehen?

Durch diese an sich sehr einfache Ueberlegung wird auch die notwendige kritische Einstellung zu manchen Reformplänen gegeben. Wenn zum Beispiel Herr Stolper behauptet, daß sein Finanzplan „Geschenke verteilt", und seine Geschenke in Milliarden berechnet, so ist das eine vollkommen falsche und irreführende Darstellung der Sachlage. „Geschenkt" können nach unserer Ansicht nur rund 400 Millionen und: nach der stark übertriebenen Annahme von Stolper selbst, rund 750 Millionen Mark werden. Jede Ermäßigung der Steuer über diese Größen — nach unserer Annahme, die wir für ungefähr der Sachlage entsprechend halten, über 400 Millionen — hinaus, kann nur auf Kosten irgendwelcher zusätzlichen Belastung geschehen.

Wenn diese Ermäßigung ein Geschenk an gewisse Schichten darstellen soll, so muß dieses Geschenk von anderen Schichten bezahlt werden. Auf dem demokratischen Parteitag in Mannheim sagte Herr Stolper: „Ich schätze den Betrag, den wir in Deutschland brauchen, um zu halbwegs vernünftigen Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt zu gelangen, auf jährlich rund zwei Milliarden. . . Ich behaupte, daß wir diese zwei Milliarden jährlich unserem Kapitalfonds durch die Steuerreform zuführen können." Eine Behauptung ist natürlich noch kein Beweis. Wenn aber diese Behauptung von Stolper richtig wäre, so müßte man, um der Wirtschaft durch die Finanzreform 2 Milliarden für die Kapitalbildung zuführen zu können, mehr als 1½ Milliarden zu diesem Zweck wiederum der Wirtschaft, nur an anderen Stellen, wieder entnehmen.

Die Einschränkung des Konsums zugunsten der Kapitalbildung,

wie sie von Stolper empfohlen wird, kann doch nur auf Kosten bestimmter Zweige der Wirtschaft geschehen, nämlich derjenigen, von welchen die in Frage kommenden Konsumgüter erzeugt werden. Es handelt sich also keineswegs um die Verteilung von „Geschenken", sondern um eine Reihe von Verschiebungen innerhalb der Wirtschaft, die — zum Teil wenigstens — noch durch verschiedene Formen der Abwälzung der Lasten durchkreuzt werden.

Dies festzustellen heißt auch die primitive Art, in welcher Herr Stolper hier die Dinge betrachtet, abzulehnen, heißt aber nicht, daß auch alle solche Verschiebungen und insbesondere alle einzelnen Vorschläge von Stolper und anderen Aehnlichdenkenden von vornherein abzulehnen sind. Der Gedanke, daß man durch die Aenderung des Finanzsystems die günstige Auswirkung der Young-Entlastung in der Wirtschaft verstärken kann, ist an sich richtig. Insbesondere können wir uns dem Gedanken anschließen, den auch Stolper vertritt, daß eine Maßnahme wie die Einführung des Tabakmonopols, durch welche Mehreinnahmen auch ohne Mehrbelastung des Konsums zu erzielen sind, in erster Linie wünschenswert sind. Es ist nur sehr bedauerlich, daß Herr Stolper durch seine viel zu großzügigen Berechnungen auch diese seine Gedanken geschädigt hat. Auch in diesem Falle ist er zum Opfer seines Wunsches „Geschenke zu verteilen" geworden. Wir sind uns dessen bewußt, daß jede über die oben erwähnte Grenze hinausgehende Entlastung an einer Stelle eine Mehrbelastung an irgendeiner anderen Stelle bedeutet, und wir sind bereit, eine solche Mehrbelastung in Kauf zu nehmen, wenn dadurch vordringliche wirtschaftliche und soziale Bedürfnisse befriedigt werden können.

Soziale und volkswirtschaftliche Zielsetzung der Reform.

Es wird im einzelnen zu prüfen sein, auf welchen Gebieten größere Reserven für eine eventuelle Erhöhung der Einnahmen vorhanden und welche Steuerermäßigungen als wirtschaftlich und sozial vordringlich anzusehen sind. Man kann nicht ohne solche Prüfung von vornherein sagen, ob eine bestimmte Steuererhöhung zulässig oder nicht zulässig sei. Immer muß die Frage gestellt werden, was die Alternative dieser Steuererhöhung ist, oder was man durch sie gewinnen kann. Eine solche Fragestellung braucht nur an einigen Beispielen erläutert zu werden.

Nehmen wir den Vorschlag der Erhöhung der Biersteuer. In diesem Falle handelt es sich ohne Zweifel um eine zusätzliche Belastung des Massenkonsums. Müssen wir diese Belastung von vornherein ablehnen oder dürfen wir sie unter bestimmten Bedingungen akzeptieren, ja vielleicht sogar befürworten? Die Meinungen gehen in dieser Frage sehr weit auseinander. Von einer Seite wird die Erhöhung der Biersteuer schlechthin deswegen empfohlen, weil sie die Besteuerung eines „entbehrlichen" Konsums darstellt, von der anderen Seite wird sie als eine unzweifelhafte Massenbelastung abgelehnt. Das gleiche gilt für die Erhöhung der Tabaksteuer.

Wir glauben, daß wir die Antwort auf die Frage nach der Zulässigkeit solcher Steuererhöhungen davon abhängig machen müssen, wie sie verwendet werden sollen. Wir sind bereit, solchen Steuererhöhungen zuzustimmen, bei denen erstens auf diese und nur auf diese Weise wichtige soziale Maßnahmen ermöglicht werden, zum Beispiel, wenn dadurch der Bestand der Arbeitslosenversicherung mit ausreichenden Leistungen gesichert werden kann, oder aber zweitens, wenn durch diese Form der Massenbelastung eine andere Massenbelastung, deren Beseitigung uns als besonders vordringlich erscheint, wegfallen kann.

Nehmen wir an, daß durch die Erhöhung der Besteuerung des „entbehrlichen" Konsums die Heraufsetzung des steuerfreien Lohneinkommens ermöglicht wird. Es handelt sich dabei um eine ohne Zweifel sozial sehr wünschenswerte Sache. Das Bedenken dagegen bestünde nur darin, daß durch die Erhöhung von Bier- oder Tabaksteuern auch diejenigen getroffen würden, die schon jetzt keine Lohnsteuer zahlen, die also nur neu belastet und in keiner Form entlastet würden. Es wäre deshalb zu prüfen, ob nicht erstens als Folgen der Reform der Einkommensteuer eine bessere Beschäftigung und damit indirekt eine Entlastung aller Schichten der Arbeiterschaft zu erwarten ist, und zweitens, ob nicht eine direkte Entlastung auch der ärmsten Schichten möglich wäre.

Eine gewisse günstige wirtschaftliche Wirkung der Reform der Einkommen- und auch der Gewerbesteuer ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, ihr Ausmaß läßt sich aber im voraus nicht beurteilen. Wenn aber festgestellt wird, daß auf Kosten der erhöhten Besteuerung des „entbehrlichen" Konsums nicht nur die untere Grenze der Lohnbesteuerung herabgesetzt, sondern auch die Zuckersteuer abgeschafft werden kann, so werden wir diese letzte Alternative wählen müssen, da die Beseitigung der Zuckersteuer allen Schichten der Bevölkerung, und namentlich der ärmeren, zugute kommen wird.

Auf ähnliche Weise — in anderen Fällen unter Berücksichtigung verschiedener anderer Wirkungen — muß unseres Erachtens bei der Prüfung aller Möglichkeiten der Finanzreform vorgegangen werden.

Die neue Beamtenbank.

In Verbindung mit der Dresdner Bank. — Sie heißt „Spar- und Kreditanstalt".

Das Bestreben des privaten Bankkapitals, die lukrative Seite der Beamtengeldwirtschaft sich anzugliedern, hat schnell zu einem Erfolge geführt. Gestern mittag ist die Gründung einer neuen Beamtenbank, und zwar im Anschluß an die Dresdner Bank erfolgt. Es dürfte zu dieser Gründung deshalb so schnell gekommen sein, weil die Konkurrenz unter den privaten Großbanken offenbar nicht gering war. Es verlautet, daß an der Gründung auch die Darmstädter und Nationalbank beteiligt sein soll.

Die neue Beamtenbank hat die Bezeichnung als „Beamten"bank aus ihrem Namen gestrichen; sie heißt „Spar- und Kreditanstalt" und ist als solche der Dresdner Bank angeschlossen, die ohnehin durch ihre große und ausgedehnte Genossenschaftsabteilung für den gewerblichen Mittelstand das kleinere Einlagen- und Kreditgeschäft in erheblichem Umfang pflegt und auch mit den entsprechenden Revisionsabteilungen ausgestattet ist. Man wird die Unterlassung der Bezeichnung als Beamtenbank nicht nur deshalb vorgezogen haben, weil das Wort Beamtenbank jetzt und vielleicht auch in der Zukunft auf die Beamten selbst keine allzu große Anziehungskraft mehr ausüben wird. Die Weglassung ist von symptomatischer Bedeutung insofern, als damit auch die Unzweckmäßigkeit solcher Sondergründungen unterstrichen wird.

Das Kapital der Bank wird vorläufig auf 1 Million Mark bemessen. An diesem Kapital sollen die Beamtenorganisationen und Beamtenwirtschaftsverbände mit 40 Proz. beteiligt sein, so daß der Einfluß des privaten Bankkapitals stark überwiegt. Wie wir vorausgesagt haben, wird nur das Einlagen- und das Kreditgewährungsgeschäft der Bank für deutsche Beamte und der Reichsbundbank übernommen, nicht aber das übrige Geschäft, in dem die Verluste entstanden sind, was selbstverständlich auch für die Einleger bedeutet, daß sie sich mit der Masse zufriedengeben müssen, die bei der Liquidation der beiden Banken nach Abzug der Schulden und Verluste als verteilbar übrigbleibt. Demgegenüber bedeutet es nur eine Erleichterung einer etwa vorhandenen Notlage, daß sobald wie möglich Vorschüsse auf die erwartete Verteilungsmasse gewährt werden sollen. Vorläufig soll die neue Bank nur in Berlin tätig sein; die Filialen der Bank für Deutsche Beamte bleiben zunächst mit ihrem Personal in Tätigkeit.

Für die Dresdner Bank dürfte das Geschäft sich lohnen. Sie hat bereits den erforderlichen Apparat, kann durch ihre Depositenkassen in ganz Deutschland noch andere Beamtenbanken auffangen und nach einem Monopol in der Beamtengeldwirtschaft streben. Wenn dann in großem Umfange an jedem Monatsende die Gehälter von den Behörden überwiesen würden, so wird die Zahlungsflüssigkeit der Dresdner Bank gerade in einem Augenblick erhöht, in dem die Flüssighaltung schwierig und teuer ist. Das Risiko, das in der Gewährung von Beamtenkrediten steckt, ist gering. So dürften die nicht umfangreichen neuen Kosten der Dresdner Bank sich bald bezahlt machen.

Ein Fortschritt in volkswirtschaftlichem und gemeinwirtschaftlichem Sinne liegt nicht vor. Fortschrittlich gesonnene Beamte müssen Wert darauf legen, die Verwaltung ihrer Einlagen öffentlichen oder Arbeiterbanken anzuvertrauen. Das Gros aller Beamten lebt proletarisch, die Beamten haben ein Interesse, daß ihre Rücklagen auch in der Richtung ihrer Interessen verwendet werden. Ein Fortschritt liegt nur insofern vor, als die Beamtengeldwirtschaft selbst als selbständiger Bankenzweig immer eine sehr zweifelhafte Sache war.

Der Sitz der Reparationsbank.

Im Haus zum Kirchgarten in Basel.

Die Reparationsbank soll nach dem Beschluß des Organisationskomitees, das in Baden-Baden tagte, ihren Sitz in der Schweiz, und zwar in Basel, haben. Die Baseler Kantonalregierung hat als künftiges Bankgebäude das Haus zum Kirchgarten in der Elisabethenstraße in Basel zur Verfügung gestellt, eines der schönsten älteren Gebäude Basels, ja, der Schweiz überhaupt. Es wurde in den Jahren 1782/85 von dem Architekten J. U. Büchel für den Kunstfreund Oberst Johann Rudolf Burckhardt erbaut, der später wegen politischer Vergehen ins Ausland fliehen mußte und in englische Dienste trat. Das Haus macht den Eindruck eines kleinen Palastes und man nimmt an, daß die Räume auf längere Zeit genügen werden.

Mit Kunstsinn und schöner Architektur werden die Geschäfte der Reparationsbank allerdings sehr wenig zu tun haben.

Kapitalistische Phantasie.

Das „Berliner Tageblatt", Grillparzer und die Finanzreform

Das „Berliner Tageblatt" hat kürzlich in seinem Handelsteil einen Artikel zur Finanzreform veröffentlicht, mit dem Titel „Das Hauptmotiv der Steuerreform" und den beiden Untertiteln „Eine „neue Chance" für die Kapitalwirtschaft", „Vielleicht nicht gerecht — aber notwendig". Wir haben gegen den Artikel selbst nicht allzu viel einzuwenden, denn die Interessenten an der deutschen Kapitalbildung, um die es hier im Zusammenhang mit der Finanzreform geht, werden mit den Zielsetzungen des Artikels auch nicht sonderlich zufrieden sein. Der Verfasser meint nämlich: „. . . auf geeigneten Punkten einsetzend, können selbst geringere Ersparnisse doch einen großen Effekt zeitigen. Denn nicht in der Ersparung von Steuern, sondern in der „Phantasie", die eine jede fühlbare Steuerverminderung der Unternehmertätigkeit gibt, liegt ihre eigentliche Bedeutung."

Wir glauben in der Tat nicht, daß die deutschen Unternehmer mit der Beflügelung ihrer Phantasie bei der Finanzreform zufriedengestellt werden können. Wir halten das höchstens dann für möglich, wenn die Unternehmerphantasie — was im Wesen der Phantasie liegt — eine möglichst schrankenlose Steuersenkung erreichen könnte. Was eine Finanzreform volkswirtschaftlich bringen soll, das gehört sicher nicht in das Phantasievermögen der deutschen Unternehmer. Bei ihnen stimmt hinsichtlich dieser Funktion der Finanzreform sicher der Vers, den Grillparzer vorahnend an den Verfasser des Artikels im „B. T." gerichtet hat:

Die Deutschen hätten keine Phantasie?
Ein Satz, der sich selbst zerstört!
Die Deutschen haben überall Phantasie,
Wo sie nicht hingehört!

Uebrigens ist der zweite Untertitel „Vielleicht nicht gerecht — aber notwendig" vielleicht als eine Anleihe aus dem Polnischen anzusehen, wo ein geflügeltes Wort in der deutschen Uebersetzung lautet: „Nicht ehrenhaft — aber gesund."

Und das mag denn freilich für die von den deutschen Unternehmern erstrebte Kapitalbildung auf Kosten der arbeitenden Massen noch besser stimmen.

Energische Reform des Aktienrechts.

In Dänemark. — Vorratsaktien verboten.

Der dänische Handelsminister hat dem dänischen Reichstag einen Gesetzentwurf zur Aktienreform vorgelegt, dessen Schärfe in Deutschland Beachtung finden wird. Danach darf ein Kapitalerhöhungsbeschluß in das Gesellschaftsregister nur eingetragen werden, wenn mindestens Einzahlungen in Höhe von 25 Prozent tatsächlich erfolgt sind. Eigene Aktien darf eine Aktiengesellschaft nur erwerben, wenn die Herabsetzung des Aktienkapitals herbeigeführt werden soll, oder wenn im Falle einer Zwangsauktion Forderungen der Gesellschaft gesichert werden sollen. Die Aktiengesellschaft darf auch eigene Aktien oder Zertifikate von Aktien nicht als Sicherheiten annehmen. **Die bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen eigenen Aktien müssen von den Verwaltungen der Aktiengesellschaften im Laufe von zwei Jahren verkauft werden.** Bis dahin müssen die vorhandenen eigenen Aktien in einem besonderen Konto der Bilanz ausgewiesen werden.

Damit hat Dänemark praktisch — wenn das Gesetz angenommen wird — die Vorratsaktien beseitigt, deren Existenz den Verwaltungen nicht nur eine besondere Macht gegenüber den Aktionären sichert, sondern auch eine, von dem Willen der Aktionäre in der Regel fast unabhängige Politik. Der dänische Gesetzentwurf hat aber noch weitere, sehr eingreifende Bestimmungen. In den Bilanzen muß erkenntlich sein, wie hoch vorgenommene Verpfändungen sowie übernommene Kautions- und Garantieverpflichtungen sind. Diese Vorschrift ist besonders interessant, wenn man sich daran erinnert, daß das Unbekanntsein solcher Verpflichtungen den Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs A.-G. zum mindesten sehr gefördert hat. Die Tantiemebeträge müssen auf einem besonderen Konto ausgewiesen werden mit Angaben darüber, was Verwaltung oder Aufsichtsrat und andere tantiemeberechtigte Personen erhalten. Es wird gesetzlich vorgeschrieben werden, daß die Dividende nicht höher sein darf als 6 Prozent und die Tantieme nicht höher als 2 Prozent, wenn der gesetzliche Reservefonds von 10 Prozent noch nicht erreicht ist. Aufsichtsräte und Verwaltungsmitglieder werden mit einer Geldstrafe bis zu 10000 Kronen belegt, wenn sie sich an Spekulationsgeschäften in Aktien ihrer eigenen Unternehmungen beteiligen. Die Gewinne aus solchen Spekulationsgeschäften können zugunsten des Staates beschlagnahmt werden.

Deutschland wird diese dänischen Gesetzesvorschläge für die Durchführung seiner eigenen Aktienrechtsreform sehr zu beachten haben. Die Mißstände sind in Deutschland nicht kleiner als in Dänemark.

Von A—Z erfunden.

Ein Berliner Blatt hatte die Nachricht gebracht, die Stadt Halle werde zur Erlangung einer Kommunalanleihe die Geldgeber an den Erträgnissen ihrer Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Verkehrsunternehmungen beteiligen. Wie der Magistrat der Stadt Halle und die Verwaltung der Werke mitteilen, ist die Nachricht von A bis Z erfunden. Sie dürfte in der Tat nur einer Stimmungsmache entsprungen sein, die den Privatisierungswunsch des Privatkapitals gern zum Vater des Gedankens — hier der falschen, aber dem Privatkapital willkommenen Nachricht — werden läßt.

Ermäßigte Autozölle in Amerika. Der amerikanische Senat hat ohne Debatte den Zusatzantrag der Finanzkommission auf Herabsetzung der Einfuhrzölle von 25 auf 10 Proz. angenommen. Amerika hält offenbar den eigenen Markt durch die amerikanische Leistungsfähigkeit für genügend geschützt.

STAATL. FACHINGEN
Natürliches Mineralwasser
Heilwirkend!
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8268-61

KPD. und Reaktion.

Das Zusammenspiel gegen die organisierte Arbeiterschaft.

Das Zusammenspiel zwischen Kommunisten und bürgerlicher Reaktion gegen Sozialdemokratie, das sich jetzt zu sehr durchsichtigen Wahlzwecken demaskiert, ist nicht neu. Seit es eine Kommunistische Partei gibt, hat sie immer die Funktion gehabt, „das Uebermächtigwerden der Sozialdemokratischen Partei zu verhindern".

Man könnte einwenden, daß es sich hier um die Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten handelt, denn die Kommunisten hätten eine andere Auffassung von der Führung des Klassenkampfes und von der Besitzergreifung der politischen Macht.

Wir wollen gar nicht den Einwand erheben, daß die Kommunisten ihre politische „Meinung" von Moskau fix und fertig geliefert bekommen, daß es sich also schon deshalb nicht um die Austragung von politischen Meinungsdifferenzen handeln kann. Wir wollen vielmehr an einem konkreten, besonders aktuellen Beispiel, das beliebig vermehrt werden könnte, den Nachweis erbringen, daß der Kampf der KPD., der an Niedrigkeit, Gemeinheit und Infamie ohne Beispiel ist, einzig gerichtet ist

gegen die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse,

also gegen den Kern jeder erfolgreichen Kampfführung, ob sie bolschewistische oder sozialdemokratische Ziele verfolgt.

Man kennt den Verleumdungsfeldzug, den die KPD. gegen unseren Genossen Brolat führt, seit er Personaldirektor der Verkehrs-A.-G. ist, also schon lange vor der Sklarek-Affäre. Führt die KPD. etwa den Kampf gegen Brolat, weil ihr die Interessen des Personals besonders am Herzen liegen? Weil er nun einmal der Direktor ist und sie sich als die Vertreterin des Personals fühlt?

Man könnte dies zur Not gelten lassen, ohne deshalb die Auswüchse dieses Verleumdungsfeldzuges zu billigen, wenn es immer so gewesen wäre. Brolat ist Direktor der Verkehrs-A.-G. seit dem 1. Januar 1929. Er hat also bei der Straßenbahn, der Aboag und der Hoch- und Untergrundbahn Vorgänger gehabt. Hat die KPD. gegen diese Vorgänger in der gleichen Weise gekämpft? Hat sie diese Direktoren überhaupt bekämpft?

Die KPD. hat weder das eine noch das andere getan. Nun glaube man nicht, daß jene Direktoren etwa Arbeiterfreunde waren. Es liegt uns nicht, einen persönlichen Kampf zu führen, auch nicht nachträglich die Personen der früheren Direktoren unter die kritische Lupe zu nehmen. Wir wollen uns nur andeutungsweise mit einer Feststellung begnügen. Auch

vor dem Eintritt Brolats

wurden zwischen den Verkehrsgesellschaften und den Gewerkschaften Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Personals geführt. Es ist ja noch nicht so lange her, als daß die Verkehrsarbeiter sich nicht der höhnischen und herausfordernden Verhandlungsmethoden der sehr weit rechts stehenden Direktoren erinnern könnten. Jedesmal gab es Krach. Mit zu gleich verteilten Rollen wurden die Verhandlungen verschleppt. Schlichtungsausschuß, Reichsarbeitsministerium wurden in Anspruch genommen. Es wurde gestreikt — oder man gestand sich in ohnmächtiger Wut, daß die große Masse der Unorganisierten die Führung eines aussichtsreichen Streiks unmöglich machten.

Gegen wen hat damals die KPD. gekämpft? Gegen die reaktionären Scharfmacher in den Direktorien? Keine Spur! Ausschließlich gegen die Gewerkschafter, denen z. B. Herr Bante als Vertreter der Straßenbahngesellschaft höhnisch sagte: „Was wollen Sie denn? Die Arbeiter wollen ja gar nichts von Ihnen wissen. Streiken Sie doch!" Denn Herr Bante wußte, daß damals nur 30 Prozent der Straßenbahner gewerkschaftlich organisiert waren. Niemals hat die KPD. diesem Direktor sein Gehalt vorgerechnet.

Ihr ganzer Haß galt den „Gewerkschaftsbureaukraten."

Nicht etwa obwohl, sondern weil dieser Direktor die Unorganisierten und die Gelben bevorzugte. Denn diese Unorganisierten drapierten ihre Feigheit in ein scheinrevolutionäres Mäntelchen, indem sie bei der Betriebsratswahl risikolos einen „oppositionellen" Stimmzettel abgaben und so der KPD. zu einem „revolutionären Sieg" verhalfen.

Seit Brolat Direktor ist, wird auch verhandelt. In diesem Jahre haben sogar schon mehrmals Verhandlungen stattgefunden. Wir wollen nicht behaupten, daß immer alles glatt und nach Wunsch gegangen ist. Zuviel ist in der Vergangenheit an dem Personal gesündigt worden. Zuviel galt es nachzuholen, auszumerzen, auszugleichen. Denn wenn es bis zum 1. Januar 1929 drei verschiedene Direktoren gab, so verstanden sie sich allesamt ausgezeichnet darauf, das Personal gegeneinander auszuspielen, es zu differenzieren.

Was war vom ersten Augenblick das Bestreben Brolats? Diese Differenzen, diese künstlich genährten Eifersüchteleien, diesen Unfrieden zu beseitigen. Vereinheitlichen und damit vereinigen.

Immer und nur mit den Gewerkschaften sich verständigen.

Die Gelben, die Unorganisierten, hörten auf Liebkind zu sein. Bei Neueinstellungen wurden nicht frisch aus Hinterpommern oder Ostpreußen zugereiste Indifferente bevorzugt. Ganz im Gegenteil.

Das hat sich ausgewirkt. Nicht nur in der Mitgliederzahl der Gewerkschaften. Auch im Geist der Belegschaft. Diese bekam nach und nach das Bewußtsein, Mitarbeiter an einem Werk der Gemeinschaft zu sein. Nicht nur Ausgebeuteter.

Wir sind weit entfernt, behaupten zu wollen, daß Löhne und Arbeitszeit der Verkehrsarbeiter bereits ideale seien.

Auch die Verkehrsarbeiter wissen, daß es hier Hindernisse gibt, die nicht von heute auf morgen übersprungen werden können. Die riesig und riesig schnell wachsende Stadt hat ungeheure Verkehrsprobleme zu lösen. Zehn Jahre lang wurden die Verkehrsanlagen so gut wie gar nicht ausgebaut. Und heute werden der Stadt die Ankiebewege versperrt. Sie muß also aus laufenden Betriebsmitteln bauen. Und sie muß, will sie ihren sonstigen Aufgaben gerecht werden — man denke nur an die Viertelmilliarde Jahresausgaben für Wohlfahrtspflege, an den Wohnungsbau —, noch Ueberschüsse herauswirtschaften. Denn Berlin kann nicht nach Belieben die Steuern erhöhen.

Immerhin, die Löhne der Verkehrsarbeiter bestehen heute den Vergleich mit denen in den meisten Privatindustrien. Daneben haben die Verkehrsarbeiter in bezug auf Krankengeld, Altersversorgung usw. Vorteile, um die sie alle Arbeiter, ohne Unterschied beneiden.

Das ist das Werk einer verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Direktion. Deshalb und nur deshalb der infame Kampf der KPD. gegen Brolat, derselben KPD., die die deutschnational-hakenkreuzlerisch orientierten Herren der früheren Direktorien ungeschoren ließ. Denn diese Direktoren waren Feinde der Gewerkschaften. Brolat aber fördert diese. KPD. und Reaktion verstehen einander sehr gut; denn beide hassen den organisierten Aufbau des Sozialismus.

„Saisonarbeitslosigkeit."

112 000 Unterstützte mehr in der 2. Oktoberhälfte.

Amtlich wird gemeldet: Die alljährlich im Herbst einsetzende Belastung des Arbeitsmarktes hat in der zweiten Oktoberhälfte begonnen sich deutlicher auszuprägen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist von 784 000 auf 889 000, also um rund 105 000 oder 13½ Proz. gestiegen. An der Zunahme sind dieses Mal auch die Frauen — und zwar mit rund 12 000 — beteiligt, während die männlichen Unterstützten um rund 94 000 zugenommen haben. Die Gesamtzahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung liegt zurzeit um mehr als 200 000 Personen höher als zur entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung ist in der zweiten Oktoberhälfte von 165 000 auf 172 000, also um rund 7000 oder 4 Proz. gestiegen.

*

Die Zahl der Unterstützten betrug also Ende Oktober bereits wieder über eine Million — ungerechnet die aus der Wohlfahrtspflege oder überhaupt nicht unterstützten Arbeitsuchenden. Hier prägen sich deutlich die Rationalisierung

Mittwoch Kindertag

Machen Sie sich keine Sorgen!

Gewiß, Kinder zerreißen viel und es ist nicht leicht, alles immer so rasch wieder neu heranzuschaffen, besonders, da es ja auch nett und gut sein soll.

Aber an unserem Kindertag können Sie wirklich ganz entzückende, vollwertige Kinderkleidung so

fabelhaft billig

kaufen, daß Sie wenigstens dieser Frage leichten Herzens gegenüber stehen können.

Ein Versuch wird Sie restlos überzeugen – machen Sie ihn! Mittwoch ist da – – nehmen Sie Ihre Kinder bei der Hand – – und

GEHEN SIE ZU

C&A BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40 Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Beim Stettiner Bahnhof

Königstraße 33 Am Bahnhof Alexanderplatz

Herren- bezw. Knaben-Kleidung in den beiden Geschäften: Chausseestraße und Königstraße

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Schriftliche Bestellungen auf die obigen Angebote können nicht berücksichtigt werden

und die Kreditsperre aus. Wenn auch in der Landwirtschaft die Zunahme der Arbeitslosigkeit jahreszeitlich bedingt ist, in der Bauwirtschaft fehlt es an der Finanzierung des Wohnungsbaues. Sonst aber fehlt es an der Kaufkraft, die gesagerte Produktion aufzunehmen. Es fehlt an einer entsprechenden Verkürzung der Arbeitszeit, um die Arbeitslosen wieder unterzubringen.

Kandidaten der KPD. als Gewerschafter

„Alte Klassenkämpfer"

Vom Deutschen Baugewerksbund wird uns geschrieben:

Nach den Veröffentlichungen im „Amtsblatt der Stadt Berlin", enthaltend die eingereichten Wahlvorschläge der Parteien, sind 30 Kandidaten der Kommunistischen Partei den Berufsgruppen zuzurechnen, die im Baugewerksbund organisiert sind. Eine Aufgliederung dieser Kandidaten nach der Dauer der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation ergibt folgendes:

Mitglied der Gewerkschaft vor 1914 waren 5 Kandidaten, seit 1917 und 1919 je 1 Kandidat, seit 1924 2 Kandidaten, seit 1925 6, seit 1926 4, seit 1928 3, ausgeschlossen aus der Organisation 2, ohne Gewerkschaftszugehörigkeit im Baugewerksbund 6 Kandidaten.

Daraus ergibt sich folgendes: Soweit die Kandidaten der Kommunistischen Partei überhaupt freigewerkschaftlich organisiert sind, ist die Hälfte der Kandidaten erst seit 1924 oder später der Gewerkschaft beigetreten. Jeder tritt irgendwann einmal der Organisation bei. Daß aber ausgerechnet diejenigen, die vor wenigen Jahren erst entdeckt haben, daß der klassenbewußte Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sein muß, die geeignetsten „revolutionären Vorkämpfer" sein sollen, kann nur bei der KPD. vorkommen. Dazu die sechs „revolutionären Unorganisierten".

Es wäre interessant, wenn auch die übrigen Gewerkschaften einmal nachprüfen wollten, ob und seit wann die Kandidaten der Kommunistischen Partei, die bei ihnen Mitglied sind oder sein müßten, organisiert sind. Es versteht sich von selber, daß die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei, soweit sie dem Baugewerksbund angehören, sämtlich bereits vor 1914 organisiert waren und noch sind.

Arbeitslosennot und Gemeinwirtschaft.

KPD. und Reaktion vereint gegen die Arbeiter.

Von Mitgliedern der Lindcar-Belegschaft wird uns geschrieben:

Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen steht im Mittelpunkt die Fürsorge für die Erwerbsunfähigen und Erwerbslosen sowie die Wirtschaftsform der öffentlichen Betriebe. Beide Probleme stehen in engster Verbindung zueinander. Privatkapitalistische Wirtschaftsweise und Arbeiterelend sind untrennbar miteinander verbunden. Erst mit der Beseitigung der ziel- und planlosen privaten Profitwirtschaft wird das Arbeitslosenproblem gelöst werden.

Die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen haben nur ein wirtschaftliches Ziel: Profit, Profit! Bei ihren Anhängern und Mitläufern wird „Verdienen" groß geschrieben und sie verteidigen ihren Egoismus in skrupelloser Weise. Man lese nur ihre Wahlflugblätter, wie sie mehr oder weniger offen den Profit verteidigen, indem sie auf die „rote" (gemeint ist die kommunale) Wirtschaft schimpfen. Soll die aufgehende Saat wieder vernichtet werden? Das darf nicht geschehen!

Gelingt es den vereinten Reaktionären mit Hilfe ihrer kommunistischen Judasse die Sozialdemokratie auch nur vorübergehend auf ihrem Vormarsch zu hemmen, so wird der Versuch gemacht werden, der kommunalen Wirtschaft die Gurgel zuzudrücken. Stillstand im Ausbau der städtischen Unternehmungen, Arbeitszeitheraufsetzung für die Belegschaften (statt der so notwendigen Herabsetzung) Verkümmerung der Existenzlage — Lohn, Urlaub, Pensionen, Renten — wird die Folge sein.

Die bedauerlichste Zeiterscheinung ist, daß es immer noch eine Anzahl irregeführter Arbeiter gibt, die den gewissenlosen Menschen, die zurzeit die Führung in der KPD. haben, Glauben schenken. Gewiß, der Gesundungsprozeß schreitet fort, aber die Erkenntnis des arbeiterschädigenden Verhaltens dieser bei jeder Gelegenheit mit Gelben und Deutschnationalen Arm in Arm gehenden sogenannten Kommunisten kostet viel Lehrgeld. In ihrem Haß gegen die sozialistische Arbeiterschaft zertrümmern sie nicht nur die Organisationen der Arbeiterschaft, wo sie es können, sie gehen auch gegen die Kommunalbetriebe mit einer Gehässigkeit vor, wie man es selbst von den Kapitalisten nicht gewohnt ist.

Ja, sie übertrumpfen die anderen noch, indem sie selbst gegen die Eigenbetriebe der Arbeiterschaft, ob Konsumgenossenschaft, Arbeiterbank, Bauhütten u. a., in schändlichster Weise zu Felde ziehen, zumal wenn diese von Sozialdemokraten geleitet werden. Der Kommunist Repschläger, der Hauptspalter des Zimmererverbandes, hat es am 6. November d. J. in den Sophiensälen offen ausgesprochen, daß die Kommunisten für die Errichtung und Erhaltung von Arbeiterbetrieben, wie Bauhütten und Fahrradfabriken (gemeint sind hier die Lindcar-Fahrradwerke, ein Unternehmen der freien Gewerkschaften in Berlin-Lichtenrade) keine Gelder zur Verfügung stellen. Die vorbildlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesen Arbeiterbetrieben sind den Kommunisten ein Dorn im Auge.

Das ist keine Verkennung der geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterschaft und deren Organisationen mehr, sondern bewußte Schädigung des vorwärtsstrebenden Proletariats, Liebesdienst für den Profitkapitalismus.

Am 17. November geben wir diesen Schädlingen an der Arbeitersache die Quittung. Wir wählen alle die Liste 1 der Sozialdemokratie.

Die Holzarbeiter rüsten!

Der Manteltarif gekündigt.

Die Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter am Montag im Gewerkschaftshaus hatte eine wichtige Entscheidung zu treffen, und zwar über die Kündigung oder Nichtkündigung des Manteltarifvertrages für die Berliner Holzindustrie. Der Tarif ist seit dem 24. März 1925 in Kraft. Schon mehrmals ist von den Funktionären die Frage der Kündigung erwogen worden, um eine Verbesserung der Arbeitszeit-, Urlaubs- und sonstigen sozialen Bestimmungen durchzusetzen.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen haben die Funktionäre immer wieder von der Kündigung des Manteltarifvertrages Abstand genommen. Am Montag haben sie nun, nachdem sich die Verbandsinstanzen auch eingehend mit dieser Frage beschäftigt hatten, in geheimer Abstimmung mit 295 gegen 14 Stimmen, bei 2 ungültigen Stimmen, die Kündigung zum 15. Februar beschlossen.

Neben der Verbesserung der Arbeitszeit- und Urlaubsbestimmungen für die erwachsenen Arbeiter soll in erster Linie die tarifliche Regelung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen der Lehrlinge gefordert werden.

Der Tarifkampf wird also hauptsächlich um ideelle Forderungen gehen. An der Bewegung sind unmittelbar etwa 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt, wozu noch einige tausend Arbeiter anderer Branchen kommen, die nur indirekt daran beteiligt sind.

Die Versammlung war sich mit der Organisationsleitung vollkommen klar darüber, daß es bei der bekannten Einstellung der Berliner Holzindustriellen wegen dieser Forderungen zu einem erbitterten Kampf kommen wird, weshalb es jetzt schon gilt, für diese Auseinandersetzung alle Kräfte zu mobilisieren.

Daß die Redner der „Opposition", die nun einmal auftragsgemäß eine andere „Meinung" als die Ortsverwaltung und die „reformistischen" Delegierten bekunden mußten, den größten Unsinn verzapften und sich wie hilflose Kinder am Rednerpult benahmen, war nicht weiter verwunderlich. Ihnen war vorher nicht bekannt, daß sich die Generalversammlung mit der Tarifkündigung beschäftigen würde, so daß sie sich nicht das passende Manuskript aus dem Liebknecht-Haus besorgen konnten.

Der Bevollmächtigte, Genosse Freigang, hatte zuerst einen Bericht über das dritte Quartal gegeben. Danach herrschte in der Berliner Holzindustrie eine geradezu erschreckende Arbeitslosigkeit. Zu Beginn des dritten Quartals waren in Berlin 11 165 Arbeitslose auf dem Nachweis eingetragen; kurz vor Schluß des Berichtsquartals waren es noch 10 387.

Gemessen an der Arbeitslosigkeit im Gesamtverbande stand die Berliner Zahlstelle an erster Stelle. Während im Gesamtverband in den Monaten Juli, August, September durchschnittlich 14,85 bis 15 Proz. der Mitglieder arbeitslos waren, hatte Berlin eine Arbeitslosigkeit von 24 bis 25,55 Prozent der Verbandsmitglieder. Trotz dieser großen Arbeitslosigkeit ist es der Organisation gelungen, für einige Branchen, wie z. B. die Karosseriebranche, die Modelltischlereien usw. Lohnerhöhungen durchzusetzen.

In der Mitgliederzahl ist ein kleiner Rückgang um 246 eingetreten, so daß die Zahlstelle am Schluß des dritten Quartals insgesamt 27 946 Mitglieder zählte.

Die Kassenverhältnisse haben sich günstiger als im zweiten Quartal entwickelt. Die Lokalkasse hatte am 1. Oktober einen Bestand von 144 086 M. Die Generalversammlung bekundete durch den Verzicht auf jede Diskussion über den Geschäftsbericht ihr Einverständnis damit. Als Revisoren für die Hauptkasse des Verbandes wurden die bisherigen drei Revisoren wiedergewählt.

Otto Wels

erklärte in einer großen Werbekundgebung der Berliner Sozialdemokratie im Arbeiterbezirk Wedding: „Die Wahlen vom 17. November sind von höchster politischer Bedeutung. Eine erneute Stärkung der Sozialdemokratie in diesem Augenblick ist auch für die zukünftige Gestaltung der deutschen Außenpolitik entscheidend".

Wähler Berlins

denkt auch an diese Auswirkungen der Kommunalwahlen. Der Schaden, den Hugenberg der Friedenspolitik durch das Inflationsbegehren zugefügt hat, gilt es wieder gut zu machen. Es geht in diesem Wahlkampf um entscheidende Dinge! Ein jeder werbe deshalb mit aller Kraft weiter für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Führt auch der Parteipresse neue Leser zu.

Werbt für den „Vorwärts"

das Kampforgan der Berliner Hand- und Kopfarbeiter. Unterstützt den „Vorwärts" in seinem Kampfe gegen Reaktion und Katastrophenpolitik. Gemeinsam wollen wir den Berlinern immer wieder zurufen:

Wählt Liste 1

die Liste der Sozialdemokratie!

Das englische Bergbauproblem.

Verhandlungen mit der Regierung.

London, 12. November. (Eigenbericht.)

Der Versuch der Regierung, die schwierigen Bauverhandlungen über die geplante Bergbaugesetzgebung zu einem befriedigenden Abschluß zu führen, ist am Dienstag durch das Eingreifen Ramsay Macdonalds in ein neues Stadium getreten. Der Ministerpräsident hatte am Vormittag eine längere Aussprache mit den Bergbauunternehmern, der am Nachmittag eine Unterredung mit den Vertretern der Bergarbeiter folgte. Bei sämtlichen Verhandlungen war auf Wunsch Macdonalds auch Außenminister Henderson anwesend. Es verlautet, daß im Mittelpunkt der Verhandlungen der Versuch stand, die Unternehmer zu einem Kompromiß in der Frage des Reichsmanteltarifs für den Bergbau zu gewinnen. Die Regierung soll den Unternehmern als Alternative zu den von den Unternehmern hartnäckig abgelehnten zentralen Lohnverhandlungen im Bergbau die Schaffung eines Schiedsgerichtshofs für den Bergbau vorgeschlagen haben. Dieses Schiedsgericht ist als eine Art von zentralem Appellationsgericht in Lohnfragen gedacht und soll nach dem Muster des bereits bestehenden Schiedsgerichts im Eisenbahnwesen, das sich in der Vergangenheit außerordentlich bewährt hat, aufgebaut werden.

Wie das Abendblatt „Star" wissen will, ist der Rücktritt Herbert Smiths von seinem Posten als Präsident des Bergarbeiterverbandes für nächste Woche mit Sicherheit zu erwarten.

143 amerikanische Lehrer streiken.

Kein Gehalt, weil die Reichen keine Steuern zahlen.

In Plaine Township (Pennsylvania) sind 143 Lehrer und Lehrerinnen in den Streik getreten. Die Gemeinde schuldet ihren Lehrkräften bereits seit sechs Monaten das Gehalt, weil — die großen Kohlengesellschaften in der Gegend 22 Prozent ihrer Steuern für 1927 und 1928 abgezogen haben und in diesem Jahre nur 55 Prozent aller Steuerbeträge eingekommen sind.

Der Deutsche Hutarbeiterverband führt die Invalidenunterstützung wieder ein. Vorstand, Ausschuß und Beirat haben auf ihrer vor kurzem stattgefundenen Tagung in Altenburg eine Vorlage ausgearbeitet, die nun den Mitgliederversammlungen des Verbandes zur Annahme empfohlen wird.

Angestellte des AEG.-Konzerns! Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, große allgemeine Konzernversammlung in den Sophiensälen, Sophienstraße 17–18. Tagesordnung: Der Abbau der Angestellten im AEG.-Konzern. Referent: Kollege Gottfurcht. Aussprache. Angestelltenausweis ist mitzubringen. Die Obmannschaft der Angestelltenräte.

Verband der Maler usw. Morgen, Donnerstag, 19½ Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 4), Engelufer 24–25, Mitgliederversammlung. Sozialversicherung und Wahlen. Referent: Reichstagsabgeordneter Litke. Erscheinen ist Pflicht. Ohne Verbandsbuch kein Zutritt. **Der Vorstand.**

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Neukölln:** Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Lichtbildervortrag „Vorarlberg in Wort, Bild und Lied". — **Süden, Südwesten:** Gruppenheim, Städt. Jugendheim, Yorckstraße 11 (Fabrikgebäude). Vortrag: „Karl Legien". — **Zentrum:** Jugendheim Zehdenicker Str. 24–25. Vortrag: „Unsere Lehrverhältnisse". — **Weißensee:** Gruppenheim Weißensee, Parkstr. 36. Vortrag: „Der 9. November 1918". — **Neukölln:** Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 20. Vortrag: „Was heißt Gemeinschaft". — **Ostkreis-Kursus:** Jugendheim Lichtenberg, Scharnweberstr. 29. „Wirtschaftswerden — Wirtschaftswesen."

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1 (Schlosserheim). Wir halten Kurzreferate. — **Osten:** Jugendheim der Schule Litauer Str. 18. Kunterbuntes. — **Norden:** Jugendheim Danziger Str. 62 (Baracke 3). Vortrag: „Dichter aller Länder — Maxim Gorki". Referent: Wilhelm Lewicki. — **Südost:** Jugendheim der Schule Görlitzer Str. 61. Vortrag: „Kulturformen der Gegenwart". Referent: Arthur Radow. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1–4. Allerlei Unterhaltungen. — **Südost:** Jugendheim Wrangelstr. 128. Berliner Humor. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Vortrag: „Unsere Stellung im Staat und in der Gesellschaft". Referent: Redakteur Lesinsky. — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge Nowawes, Priesterstraße. Vortrag: „Mensch und Technik". Referent: Kurt Meyer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeigen.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Wilhelm Schubert

geboren 23. Dezember 1860, am 10. November gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 14. November, 17 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Am 10. November starb unser Kollege, der Monteur

Otto John

geboren 28. August 1886.
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 15. November, 13¾ Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Steglitz, Bergstraße, aus, statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands
Ortsverwaltung Berlin

Todesanzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Buchbinder

Richard Pasch

wohnhaft Mittenwalder Straße 51, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 13. November, nachmittags 2¾ Uhr, auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Von der Reise zurück:
Dr. med. Frieda Bernhard
prakt. Aerztin
Neukölln, Delphinstraße 14
gegenüb. Bhf. Köllnische Heide
bei allen Kassen zugelassen, Höhensonne — Quarzlampe usw.

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Auflage des Vorwärts und trotzdem **billig!**

DIE HOSE
wird von allen Kleidungsstücken am meisten strapaziert
Größte Haltbarkeit ist daher Bedingung
Kaufen Sie nur B. S. Hosen
sie sind unverwüstlich und trotzdem billig!
B. S. Hosen für jeden Bedarf:

Streifenmuster	18.—	10.—	**3.50**
Blau und schwarz	24.—	18.—	**13.50**
Breeches u. Knickerbocker	20.—	15.—	**7.50**
Manchester u. Kord	18.—	13.—	**9.—**
Pilot	7.50	6.—	**4.50**
Loden	22.—	15.—	**10.—**

Burschen- u. Knabenhosen besonders preiswert
Verlangen Sie kostenlos unseren Katalog
BAER SOHN AG
BERLIN N 4, CHAUSSEESTR. 29-30 UNTERGRUND: STETTINER BAHNH.

Buck / Erzählung von Jack London

Als Buck damals seinem Herrn in wenigen Minuten achtzehnhundert Dollar verdient hatte, stand der langersehnten Reise nach dem Osten nichts mehr entgegen. Es gingen über eine gewisse Gegend allerhand Gerüchte von einer fabelhaften wertvollen Mine. Viele waren schon ausgezogen, sie zu suchen, aber nur wenige hatten sie gefunden; die meisten waren überhaupt nicht mehr zurückgekommen. Die geheimnisvolle Mine hatte manchen Mannes Leben gekostet. Keiner wußte, wer sie entdeckt hatte. Die ältesten Ueberlieferungen reichten so weit nicht zurück. Aber ihr Dasein hatten noch manche im Sterben beschworen und ihre Worte mit Goldklümpchen bewiesen, wie sie sonst nie und nirgends gefunden wurden. Es sollte auch eine Hütte in der Gegend liegen, aber keines Lebenden Auge hatte sie gesehen, und die Toten waren tot; von ihnen war keine Auskunft zu holen.

Da galt es also nun, auf gut Glück auf die Suche zu gehen, und das taten John Thornten, Hans, Peter, Buck und noch ein halbes Dutzend andere Hunde. Erst fuhren sie mit ihren Schlitten siebzig Meilen den Yukon hinauf, wandten sich dann rechts auf den Stewartfluß und verfolgten ihn bis hinauf zu seiner Quelle.

Die Monate kamen und gingen. Einmal stießen sie auch auf menschliche Spuren. Es war auf einem Weg mitten im Urwald, und sie dachten, daß die Hütte, nach der ihr ganzes Trachten stand, nun wohl nicht weit sei. Aber der Weg fing nirgendwo an und hörte nirgendwo auf und blieb geheimnisvoll wie der Mann, der ihn angelegt hatte, und der Grund, warum es geschehen war. Dann trafen sie eine verlassene Jagdhütte, und zwischen den verfaulten Decken eines Lagers, lag eine langschäftige Flinte. John Thornten kannte das Fabrikat aus seiner Jugend, als diese Waffen noch mit Gold aufgewogen wurden. Das war alles, sonst war nirgends eine Spur von dem ehemaligen Bewohner zu finden.

Als der Frühling wieder in das Land zog, fanden sie zwar nicht die gesuchte Hütte, aber in einem weiten Tal ein flaches Becken, auf dessen Grunde das reine Gold zwischen dem Sande glänzte.

Nun hatte die Reise ein Ende. Jeden Tag arbeiteten die drei, und jeden Tag fanden sie wohl für fünftausend Dollar kleine Goldkörnchen. Sie wurden in Säcke von Elchfellen gefüllt, fünfzig Pfund in jeden. Diese stapelten sie neben dem Zelte auf, wie zu Hause das Feuerholz. Tag für Tag arbeiteten sie, und die Tage flogen dahin, so schnell wie die Träume einer Nacht.

Für die Hunde war nichts zu tun; höchstens halfen sie Thornten bei der Beschaffung des Fleisches. Buck hatte nun wieder Zeit zum Träumen, und stundenlang konnte er am Feuer liegen. Dann erschien ihm auch wieder der kleine, kurzbeinige, behaarte Mann, und er folgte ihm in eine andere Welt.

Wenn er ihn beobachtete, wie er am Fenster saß, den Kopf zwischen die Knie gedrückt, die er mit den Armen umschloß, dann sah er ihn oft im höchsten Schrecken auffahren. Er schien in beständiger Angst zu leben, starrte spähend in das Dunkel des Waldes und warf dann frisches Holz auf das glimmende Feuer. Wenn er am Ufer des Sees entlang ging, wo er fischte und die Beute gleich verzehrte, als ob er stets bereit sei, zu flüchten. Geräuschlos kroch er durch den Wald dahin, und Buck immer dichter hinter ihm; stets waren sie auf der Hut, stets wachsam auf jedes Geräusch und aufmerksam auf jeden Geruch. Der haarige Mensch konnte so scharf hören und riechen wie der Hund. Er konnte auch auf die Bäume klettern und sich von Zweig zu Zweig, von Baum zu Baum schwingen; niemals fiel er, niemals tat er einen falschen Griff. Er war sogar geschickter in den Bäumen als auf den Boden, und Buck erinnerte sich an Nächte, wo er am Stamme eines mächtigen Baumes hing und schlief. Ganz frei hing er da, und auch im Schlaf fiel er nicht herunter.

Und ebenso deutlich wie an diese merkwürdige Menschenerscheinung erinnerte er sich an einen Ton, einen Ruf. Er hörte ihn deutlich, klang noch in seinen Ohren. Ein eigenartiges Glücksgefühl überkam ihn dann und eine Sehnsucht nach irgend etwas, worüber er sich selbst keine Rechenschaft geben konnte. Manchmal sprang er dann auf und lief dem Rufe nach, als ob er nicht im Traum, in seiner Erinnerung, sondern in Wirklichkeit erklungen wäre. Wenn er dann so durch den Wald strich dann bellte er laut oder winselte leise vor sich hin, je nachdem ihm zumute war. Er steckte die Nase in das kühle Moos und sog glückselig den Geruch der frischen Erde ein. Halbe Tage lang lag er oft im Walde hinter dicken Stämmen oder im hohen Grase versteckt, ganz Auge und ganz Ohr, damit ihm nichts entgehen konnte. Er wollte den Ruf belauschen, der immer erscholl, und von dem er nicht wußte, woher er kam.

Eines Nachts sprang er mitten aus dem Schlafe auf; er zitterte am ganzen Körper, jedes Haar seines Felles sträubte sich. Er hatte ihn wieder gehört, den Ruf, und diesmal so deutlich, wie nie zuvor; ein langanhaltendes Heulen war es gewesen, ähnlich wie dem eines Hundes, aber doch anders. Und er kannte die Stimme; er hatte sie schon früher gehört. Wie gehetzt rannte er ihr nach, und erst als er ihr ganz nahe gekommen war, schlich er langsam und vorsichtig vorwärts, bis zu einem offenen Platze unter den hohen Bäumen. Da sah er aufrecht sitzend und die lange, spitze Schnauze dem Nachthimmel zugewendet einen großen, mageren Wolf.

Buck war ganz geräuschlos gekommen, aber der Wolf hatte ihn doch bemerkt und hörte auf zu heulen. Buck schlich näher, den Körper eng an die Erde gedrückt mit weitausgestreckter Rute, einen Fuß vorsichtig vor den anderen setzend. Jede Bewegung sprach eine Drohung aus, untermischt mit Freundlichkeit. Es war die Versicherung des Waffenstillstandes, wie Raubtiere ihn gegenseitig auszudrücken pflegen, aber der Wolf sprang auf und suchte das Weite. Buck folgte ihm in großen Sätzen. Er hetzte ihn in einen Hohlweg und versperrte ihm den Rückzug. Da wandte der Wolf sich um, erhob sich auf die Hinterbeine wie Joß und alle anderen halb wilden Eskimohunde, knurrte, fletschte die Zähne und biß um sich, genau wie jene.

Buck aber nahm den Kampf nicht auf. Er ging mit freundlichen Knurren ganz nah um ihn herum. Der Wolf aber war argwöhnisch und ängstlich; denn Buck war wohl dreimal so groß wie er; sein Kopf reichte kaum an Bucks Schulter. Mit aller List suchte er zu entschlüpfen. Endlich gelang es, und die Jagd begann wieder, bis er von neuem gestellt wurde. Endlich merkte er aber doch, daß Buck ihm freundlich gesinnt war, beschnüffelte ihn und folgte sich spielend mit ihm herum. Nach einer Weile setzte sich der Wolf in Trab, zeigte deutlich, daß er irgendeinem Ziele zustrebte, und forderte Buck auf, mitzukommen. So liefen sie Seite an Seite im dämmerigen Licht der Nacht, weit hinaus bis die Quelle des Flusses und weiter noch.

Als sie an einem der Flüsse stillstanden, um sich zu erfrischen, da erst fand Buck Zeit, an John Thornten zu denken. Er setzte sich und stierte vor sich hin. Der Wolf aber lief weiter. An den Ruf, dem er folgen wollte, dachte jener jetzt nicht mehr. Da kam der Wolf zurück, beschnüffelte ihn und forderte ihn auf, mitzukommen. Doch Buck kehrte um und trabte langsam zurück. Wohl eine Stunde lief seiner wilder Bruder winselnd neben ihm her. Dann setzte er sich hin, streckte seine Nase gegen den Abendhimmel und heulte. Es war ein klägliches Geheul, und Buck hörte es noch lange, bis es sich endlich in der Ferne verlor.

John Thornten war gerade beim Mittagessen im Zelt, als Buck heranstürmte und mit solcher Wucht gegen ihn sprang und ihn so ungestüm liebkoste, daß er hintenüberfiel. Er leckte ihm quer über das Gesicht, stieß kurze, schrille Freudenschreie aus und spielte, wie Hans und Peter sich ausdrücken, den richtigen Hansnarren.

Zwei Tage und zwei Nächte ließ Buck seinen Herrn nicht aus den Augen, folgte ihm auf Schritt und Tritt bei der Arbeit, sah ihm zu, wenn er aß, setzte sich vor sein Nachtlager und schaute ihn an bis zum andern Morgen. Am dritten Tage aber erklang wieder der Ruf aus dem Walde. Eine Unruhe kam über ihn, deren er nicht Herr werden konnte: er dachte an den wilden Bruder und das sonnige Land hinter den dunklen Bäumen. Und wieder rannte er fort, aber diesesmal fand er den Wolf nicht, und hörte auch seine Stimme nicht, so sehr er auch lauschte.

Nun blieb er oft tagelang fort und kam auch einmal wieder in das Land, in dem der glänzende Strom floß. Dort suchte er wohl eine Woche lang herum, fischte nach Lachsen und jagte das Wild. Einmal tötete er einen Bären, den die Moskitos geblendet hatten, als er fischte, und der nun hilflos durch die Wälder lief. Es war ein harter Kampf, aber er erfüllte Buck mit Genugtuung. Zwei Tage, nachdem er ihn erlegt hatte, fand er wohl ein Dutzend Wölfinnen, die sich um den Rest seiner Beute zankten. Er blies das Rudel auseinander wie Kaff, und die beiden, die auf dem Kampfplatz blieben, mußten wohl Frieden halten.

Nun wurde er blutdürstiger als je zuvor. Er war ein Raubtier. Und ihm gehörte alles, was lebte, das Gesetz des Stärkeren schrieb es ihm zu. Es lebte ein Stolz, ein Hochmut ihn ihm auf, der sich in jeder seiner Mienen, in jeder seiner Bewegungen ausdrückte und seinem prachtvollen, glänzenden Fell womöglich noch einen glänzenderen Schimmer verlieh. Hätte er nicht die weiße Schnauze gehabt und die schneeweißen Locken auf der Brust, man hätte ihn für einen riesigen Wolf halten können. Von seinem Berhardiner-Vater hatte er die Größe und das Gewicht geerbt, und seine Schäferhund-Mutter hatte ihm die Leichtigkeit und die Schönheit vermacht. Seine Schnauze war lang wie die eines Wolfes, und sein Kopf, wenn auch breiter, hatte viel Aehnlichkeit mit dem eines Wolfes.

Im Laufe des Jahres mit dem kälteren Wetter zogen sich auch die Elche tiefer in das Land. Schon einmal hatte Buck ein Schmaltier gerissen, aber er wünschte sich würdigere Gegner. Am liebsten hätter er ein starkes Stück gehabt, und das trat ihm in der Morgendämmerung einst in den Weg. Ein Sprung von zwanzig Elchen kam aus der Flußgegend herauf, und unter ihnen ein starker Schaufler. Er war entsetzlich aufgeregt, und als das wohl sechs Fuß hohe Tier dem Hunde gegenüberstand, war es sicherlich ein so würdiger Gegner, wie er ihn sich nur wünschen konnte. Nach allen Seiten stieß das mächtige Tier seine Schaufeln, die wohl sieben Fuß Durchmesser hatten; die kleinen Augen blickten scharf und drohend, und es schnaubte vor Wut beim Anblick des Hundes.

(Schluß folgt.)

Dr. K. Weitzel: Seit wann haben wir es?

In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts konnte man am Eingang zur Börse in Königsberg einen ärmlich gekleideten Mann sehen, der, um sein Leben zu fristen, englische Stahlfedern feilbot. Es war niemand anders als der Erfinder der Stahlfeder, der Königsberger Schreiblehrer Bürger. Als Opfer niedriger Gehässigkeiten hatte er seinem Lehrerberuf entsagen müssen, war verarmt und ein Engländer hatte sich seine Erfindung zu eigen gemacht, diese patentieren lassen und in Birmingham eine Stahlfederfabrik angelegt. Gewiß hatte schon 1544 ein Nürnberger eine Anweisung zur Anfertigung metallener Federn herausgegeben, und 1748 führte beim Aachener Friedenskongreß der Schreiber Janssen eine von ihm erfundene Stahlfeder vor; doch waren alle diese Vorläufer noch nicht brauchbar. Bürger sowie Aloys Senefelder, dem Erfinder der Lithographie, der auch Federn aus härtbarem Stahl herstellte, gebührt das Verdienst, die Herrschaft des Gänsekiels gebrochen zu haben.

Verwenden wir die Stahlfeder somit erst seit einem Jahrhundert, so sind andere von unseren täglichen Gebrauchsgegenständen weit älter!

Bis auf die Urzeit geht der Kamm zurück, und schon in vorgeschichtlichen Gräbern haben sich Kämme aus Horn oder Bronze gefunden. Eine Erfindung der Germanen ist das Federbett. Es fand auch bei den Römern Eingang, obgleich strenger denkende wie Plinius die Benutzung mit Gänsefedern gefüllte Bettstücke als verweichlichend bekämpften. Unser Bettgestell dagegen ist erst später üblich geworden; denn die Germanen breiteten ihre Bettstücke noch auf dem Fußboden aus. In spätere Zeit weist auch die Bürste; sie taucht seit dem 12. Jahrhundert als Kopfbürste, seit dem 14. auch als Kleiderbürste auf und wurde, wie das Wort andeutet, aus Schweinsborsten hergestellt. Ebenso wie die Bürste ist bekanntlich die Taschenuhr eine deutsche Erfindung. Sie wird dem Nürnberger Schlosser Peter Henlein (um 1500) zugeschrieben und sah unförmig dick aus, weshalb diese Uhren „Nürnberger Eier" hießen. Bis ums Jahr 1000 hatte man sich mit Sonnenuhren, Wasseruhren und Sanduhren beholfen; um diese Zeit erfand Papst Sylvester II. die Räder- und Gewichtsuhren, die man schon sehr bald mit Schlagwerken und Glocken versah. Erst seit dem 16. Jahrhundert haben wir die Gabel. Als Messer und Löffel längst bekannte Dinge waren, führte vornehm und gering die festen Speisen noch mit den Fingern zu Munde. Der Gebrauch der Gabel als Eßgerät kam in Zusammenhang mit mannigfachen italienischen Tischsitten aus Südeuropa zu uns.

Daß wir die Brille von den Chinesen hätten, hat sich als Irrtum herausgestellt. Im Anschluß an die kurze Mitteilung des Plinius, Kaiser Nero habe sich eines geschliffenen Smaragds bedient, um die Gladiatorenkämpfe zu beobachten, hat man ferner gefolgert, Nero wäre kurzsichtig gewesen und hätte somit eine Art „Monokel" benutzt. Doch haben wir nirgends einen anderen Hinweis, daß das Altertum die Wirkung von konvexen und konkaven Glaslinsen gekannt bzw. ausgenutzt habe. Dazu führten erst die optischen Entdeckungen des englischen Mönchs und Oxforder Universitätslehrers Robert Bacon (um 1250), der sich deshalb sogar eine Anklage wegen Zauberei zuzog. Der florentinische Edelmann Salviano degli Armati (gestorben 1317) erfand dann die eigentliche Brille. Von China haben wir aber das Papiergeld und den Regenschirm. Papiergeld kam dort um 1000 n. Chr. in Umlauf. Es waren Holztafeldrucke mit unbegrenzter Umlaufszeit und mit dem bezeichnenden Aufdruck: „Papiergeld mit kaiserlichem Siegel ist in Zahlung zu nehmen wie Metallgeld. Wer nicht gehorcht, wird geköpft." In Europa war Schweden das erste Land, das (1656) Banknoten ausgab; 1694 folgte die Bank von England und nach und nach alle anderen europäischen Staaten. Dem Engländer Jonas Hanway gebührt das Verdienst, bei seiner Rückkehr aus dem Orient den chinesischen Schirm 1750 in den Straßen Londons trotz allen Spottes von seiten des Publikums die Daseinsberechtigung erkämpft zu haben. Wir finden den Schirm bereits 1754 in Paris, 1755 in Nürnberg. Mitte des 19. Jahrhunderts suchte man ihn mannigfach zu verbessern: es gab Schirme mit Regenrinnen, mit einem Kranz von Schwämmen, um das Herabtropfen zu verhindern, ja mit eingesetzten Fensterscheiben — alles Einfälle, die Kuriositäten blieben.

Und seit wann haben wir Seife, Taschentuch, Zigarette und Seidenstrumpf? Liebig hat einmal den Verbrauch an Seife als ein Barometer der Kultur bezeichnet. Wir brauchen uns in dieser Hinsicht nicht zu schämen: Gallier und Deutsche haben sich wahrscheinlich in die Ehre der Erfindung der Seife zu teilen. Orientalen, Griechen und Römer bedienten sich ja zur Reinigung des Körpers in erster Linie des Oels. Plinius spricht von der Seife als einer nordischen Erfindung, und es ist gewiß, daß die Römer der Kaiserzeit aus Deutschland Seife bezogen haben; in Pompeji ist ein ganzer Seifenladen mit wohlerhaltenen Vorräten blogelegt worden. Deutsche Seifensieder sind dann seit der Zeit Karls des Großen nachweisbar. Aus Italien dagegen stammt das Taschentuch; es wird dort unter dem Namen Fazoletto im Mittelalter zuerst erwähnt und kam im 16. Jahrhundert nach den übrigen europäischen Ländern. Daß man damit bald Luxus trieb, ist aus einer Magdeburger Kleiderordnung von 1583 ersichtlich: „Der Bräutigams und anderer Mannspersonen von adligem Geschlecht Schnüffeltücher sollen nicht über anderthalb Taler wert sein, die der gemeinen Bürger einen halben Taler und die der Dienstboten einen halben Gulden bei Strafe einer Mark." Während die Zigarre sich um 1800 einbürgerte und die Zigarette seit 1834 von Paris aus Eingang fand, nachdem dort zum erstenmal eine Schauspielerin auf der Bühne gewagt hatte, ein „Stäbchen" zu rauchen, taucht der Seidenstrumpf schon im 16. Jahrhundert auf, und zwar am Fuße Heinrichs II. von Frankreich, der damit ungeheure Bewunderung erregte. Triumphe feierte der Seidenstrumpf aber erst im Zeitalter des Rokoko, als der kurze Rock herrschte. Dann ist er zurückgetreten, bis er in unseren Tagen zu neuem Leben erweckt wurde.

Zur Kalenderreform

Ueber 400 Vorschläge zur Reform des Gregorianischen Kalenders sind dem Völkerbund zugegangen. Vor kurzem noch ein amerikanisches Projekt, das eine Teilung des Jahres in 13 Monate zu je vier Wochen vorsah, zu denen jährlich ein sogenannter „blanker Tag", im Schaltjahr deren zwei, treten sollte, Tage, an denen die amerikanischen Erfinder Friedensfeste gefeiert wissen wollten. Dieser Vorschlag, für den sich die meisten der befragten amerikanischen Organisationen ausgesprochen hatten, wurde jedoch in Europa in erster Linie von den Kirchen, dann aber auch von allen Kreisen abgelehnt, denen an der traditionellen Einteilung des Jahres in zwölf Monate und an der wirtschaftlich günstigen Unterteilung in Halb- und Vierteljahre gelegen ist.

Nunmehr hat ein deutsch-siebenbürgischer Baron Bedeus dem Völkerbund ein Projekt eingereicht, das in seiner Einfachheit verblüffend ist, und deshalb von Sachverständigen auf dem Gebiet der Kalenderreform als das „Ei des Kolumbus" bezeichnet wird. Bedeus behält die Zwölfmonatsjahre bei, teilt sie jedoch in Monate zu vollen Wochen ein, und zwar erhalten Januar, April, Juli und Oktober, also die ersten Monate eines jeden Vierteljahres, fünf Wochen, während sämtliche anderen Monate je vier Wochen umfassen. Auf diese Weise würde das Vierteljahr seine bisherige Durchschnittslänge von 91 Tagen behalten. Die durch den neuen Vorschlag eintretende Verkürzung des Jahres auf rund 52 Wochen oder 364 Tage wird in jedem sechsten Jahre durch Einfügung einer „Schaltwoche" ausgeglichen, die dem Dezember angehängt wird. Außerdem wird jedes 45. von 90 Jahren außer dem jeweils 2994. Jahr ein Schaltjahr sein. Durch diese Einfügung wird das mathematische Jahr mit dem astronomischen Jahr, die sich beide unter dem Gregorianischen Kalender ebenfalls nicht decken, wieder in Einklang gebracht. Die Rechenzeinheit des neuen Jahres für die Lohn-, Gehalts-, Zins- und statistischen Rechnungen wird die Woche als gleichbleibende Größe. Sämtliche Monate beginnen am Montag und alle Monatstage fallen auf den gleichen Wochentag. Durch diese Einteilung würde auch der richtige Termin für die Festlegung des Osterfestes, der 7. April, stets auf einen Sonntag und sämtliche von Ostern abhängige Feiertage dementsprechend auf einen Sonntag oder auf einen Sametag bzw. Montag fallen, so daß die Arbeitswoche selber nie zerrissen würde. Der mathematische Ausgangspunkt für das neue Jahr bleibt der 1. Januar des ersten Jahres nach Christi Geburt. Als Tag des Inkrafttretens schlägt Bedeus den 1. Januar 1934 vor, weil dieser auf einen Montag fällt und sich so alte und neue Zeitrechnung lückenlos einander anschließen würden.

Alle Arbeiter, Angestellte und Beamte stimmen am kommenden Sonntag, dem 17. November, für die Partei der Arbeit und des Aufbaues, für die Sozialdemokratische Partei!

Oeffentliche Wählerkundgebungen

Heute, Mittwoch, den 13. November:

Kreuzberg 44. Abt. 19½ Uhr in der Schulaula, Mariannenstraße 47. Filmvorführung: Freie Fahrt. Referent: Franz Künstler, M. d. R.

Mitte 1. und 5. Abt. 19½ Uhr an Stelle der Mitgliederversammlung gemeinsame Wählerkundgebung im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41. Vortrag: Der Kampf um das Rathaus. Referent: Stadtrat Ernst Reuter.

Wedding. Filmvorführung für Arbeitersportler um 19½ Uhr in der Schulaula, Grünthaler Str. 5/6. „Soziale Arbeit, Spiel und Sport im Bezirk Wedding." Vortragender: Stadtrat Kulisch.

Tempelhof. 19½ Uhr im Lokal Happel, Gottlieb-Dunkel-Straße Ecke Germaniastraße. Referent: Adolph Hoffmann, M. d. L.

Tegel, Heiligensee, AEG.- und Borsig-Siedlung. 19½ Uhr in der Kantine. Referent: Bezirksverordneter Gustav Kreutlein.

Rosenthal. 20 Uhr im Lokal Manthey, Hauptstr. 1. Referent: Stadtverordnetenvorsteher Johannes Haß.

Staaken. Werbeumzug durch Staaken. Antreten um 18½ Uhr vor dem Sportpalast von Reschke u. Sohn. — Fahnen mitbringen. — Fackeln werden dort ausgegeben. — Anschließend Filmvorführung: „Freie Fahrt" bei Reschke. Ansprache Stadtrat Gottlob Münsinger.

Morgen, Donnerstag, den 14. November:

Britz-Buckow. Antreten zum Werbeumzug mit Musik um 18½ Uhr. Treffpunkt: Hannemannstr. Ecke Chausseestraße in Britz. Anschließend Wählerkundgebung im Lokal „Buschkrug", Rudower Str. 49. Referent: Bürgermeister Dr. Ostrowski.

Köpenick. Treffpunkt zum Werbeumzug um 18¾ Uhr am Stadtpark, Alte Fürstenwalder Straße. Anschließend Wählerkundgebung im Stadttheater, Friedrichstr. 6. Referent: Otto Meier, M. d. L.

Charlottenburg 52. und 53. Abt. 19 Uhr in der Aula der Gemeindeschule Wiebestraße Eingang Neues Ufer. Refernet: Stadtrat Georg Wendt, M. d. R.

Friedrichsfelde. 19½ Uhr in Tempels Festsälen, Prinzenallee 45. Vortrag: Privatwirtschaft und Gemeindewirtschaft.

Neu-Lichtenberg. 20 Uhr in der Turnhalle, Lückstr. 63. Referent: Bürgermeister Paul Mielitz.

Adlershof. 19½ Uhr im Saal von Wöllstein, Bismarckstraße 73/75. Referent: Stadtverordneter Max Urich.

Schmargendorf. 20 Uhr im Lokal Forsthaus. Referent: Erich Kuttner, M. d. L.

Alt-Glienicke/Falkenberg. 19½ Uhr im Deutschen Haus, Alt-Glienicke, Grünauer Str. 55. Referent: Wilhelm Strieder.

Bohnsdorf. 20 Uhr im Parkrestaurant, Inhaber: Max Schulz. Referent: Stadtverordneter Hermann Lempert.

Marienfelde. 20 Uhr im Lokal Lindenpark, Berliner Str. Ecke Dorfstraße. Referent: Stadtverordneter Gustav Hädicke.

Niederschöneweide. 19½ Uhr in der Schulaula, Berliner Straße 31. Referent: Stadtrat Karl Wermuth.

Lankwitz. 20 Uhr bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 29/31. Referent: Stadtverordneter Siegfried Kawerau.

Lichtenrade. 20 Uhr im Lokal Rohrmann, Hilbertstr. 19. Referent: Stadtverordneter Alfred John.

Lichterfelde. 19½ Uhr in der Aula der Oberrealschule, Ringstraße. Referent: Stadtrat Franz Czeminski.

Dahlem. 20 Uhr im Lokal Schilling, Königin-Luise-Str. 40. Referent: Robert Breuer.

Rudow. 20 Uhr im Lokal Grümmer, Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 47. Referent: Stadtverordneter Robert Rohde.

Tegel. 20 Uhr im Strandschloß, Uferstraße. Referent: Franz Künstler, M. d. R.

Reinickendorf-West. 20 Uhr in Müllers Festsälen, Scharnweberstraße 14. Referent: Stadtverordneter Bruno Krause.

Reinickendorf-Ost. 20 Uhr im Schützenhaus, Residenzstr. 1. Referent: Dr. Julius Moses, M. d. R.

Beamtenversammlung des Kreises Wedding. 19 Uhr in den Pharussälen, Müllerstr. 142. Thema: Was erwarten wir von der neuen Stadtverordnetenversammlung? Referent: Stadtverordneter Gustav Blaschzik.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

13. **Abt.** Ab 16½ Uhr wichtige Flugblattverbreitung **in der Spedition, Wilhelmshavener Str. 48.**
21. **Abt.** Flugblattverbreitung von den Zahlabendlokalen **aus.**
33. **Abt. Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen.** 19 Uhr im Zeichensaal der Schule, Ehrenbergstr. 24. Vortrag: „Erziehungsschwierigkeiten und ihre Ueberwindung". Referent: Otto Müller-Main.
34. **Abt.** Alle Genossinnen und Genossen treffen sich zur Flugblattverbreitung um 18 Uhr im Lokal Cabiner Str. 10.
43. **Abt.** Flugblattverbreitung von den Zahlabendlokalen **aus.**
51. **Abt. Charlottenburg.** Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.
88. **Abt. Mariendorf.** 18 Uhr Flugblatt- und Handzettelverteilung. Danach beteiligen sich die Genossen an der öffentlichen Versammlung in Marienfelde.
106. **Abt. Johannisthal.** 19½ Uhr bei Gobin, Roonstr. 2, Flugblattverbreitung.
119. **Abt. Lichtenberg.** 20 Uhr bei Bart, Möllendorffstraße, Flugblattverbreitung.
127. **Abt. Bezirk „Weiße Taube", Siedlung der Kinderreichen. 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Ruski, Dingelstedter Str. 85. Vortrag: „Die kommenden Kommunalwahlen". Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.**

Frauenveranstaltungen.

4. **Kreis Prenzlauer Berg.** Donnerstag, 14. November, 19½ Uhr, in der Schule Gleimstr. 49, Film- und Vortragsabend: „Die da unten" (Zille). Ansprache der Genossin Klara Bohm-Schuch, M. d. R. Karten sind an der Abendkasse noch zu haben. Die Funktionärinnen treffen sich bereits in der Aula, Gleimstr. 49, zwecks Abrechnung der Karten und Einteilung der Arbeit.

128. **Abt. Pankow.** Die Frauenflugblätter sind von Kober, Berliner Ecke Prinz-Heinrich-Straße, abzuholen.
129./130. **Abt. Pankow.** Die Genossinnen werden gebeten, die Frauenflugblätter von der Vorwärts-Spedition Rißmann, Mühlenstraße, abzuholen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, 15. November, beteiligen sich alle Roten-Falken-Gruppen geschlossen an der Berliner Musikkursstunde von 17 bis 19 Uhr in der Schule Wehrmeisterstraße. **Sonnabend, 16. November,** von 17 bis 19 Uhr, in der Schule Danziger Str. 28, Chor- und Volkstanzabend. **Gruppe Roter Adler,** Heute, Mittwoch, 13. November, Danziger Str. 62, Baracke 3, lustiger Abend. Alle wirken mit.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Achtung, Werbebezirksleiter! Noch fehlt uns von verschiedenen Werbebezirken die Angabe von Ort und Zeit der Funktionärkurse am 1. und 8. Dezember. Wir erwarten von diesen Werbebezirken heute, Mittwoch, diese Nachricht.

Heute, Mittwoch, 13. November, 19½ Uhr:

Arkonaplatz: Schule Elisabethkirchstr. 19. Vortrag: „Die Bedeutung der Kommunalwahlen". — **Moabit** (R.-F.): Heim Lehrter Str. 18—19. Tagespolitische Fragen. — **Wedding** 1 (R.-F.): Heim Bülowstr. 88. Heimabend. — **Gesundbrunnen** II: Heim Christianiastr. 38. Novemberfeier. — **Wedding:** Heim Turiner Ecke Seestraße. Vortrag: „Revolutionen". — **Hohenschönhausen:** Schule Dingelstedter Straße. Vortrag: „Der Jugendliche im Betrieb". — **Reichenberger Viertel:** Heim Britzer Str. 57—60. Vortrag: „Kirchenfeste im Wandel der Zeiten". — **Andreasplatz:** Heim Krautstr. 1, 10-Minuten-Referate. — **Frankfurter Viertel:** Heim Litauer Str. 18. Lichtbilder: „Märkische Wandergebiete". — **Stralauer Viertel:** Lastautopropagandafahrt nicht heute, sondern Donnerstag, 14. November. Ort und Zeit bleiben bestehen. — **Tempelhof:** Lyzeum Germaniastr. 4—6. Tagespolitische Fragen. — **Falkenberg:** Heim auf dem Gutshof. Lichtbilder: „Mein Milljöh". — **Friedrichshagen:** Heim Friedrichstr. 87. Vortrag: „Gerhart Hauptmann". — **Pankow:** Schule Wollinstr. 33, Revolutionsgedenktag. — **Lichtenberg-Mitte:** Heim Scharnweberstraße 29. Vortrag: „Ist Religion Privatsache?"

SJG. Wedding: Schule Gotenburger Str. 2. 18 Uhr Vortrag: „Braucht Deutschland Kolonien?"

SJG. Neukölln: Heim Bergstr. 29. 19 Uhr Vortrag: „Faschismus in Oesterreich".

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Mittwoch, 13. November. Lichtenberg. Alle arbeitsfreien Kameraden treffen sich pünktlich 17½ Uhr am Bahnhof Baumschulenweg zur Einäscherung des Kameraden Wilh. Kurz. Mahlsdorf. Fahnen mit Trauerflor. **Reinickendorf-West.** Antreten 19 Uhr im Verkehrslokal. Saalschutz Rosenthal. **Reinickendorf-Ost** (Kameradschaft). Saalschutz SPD.-Versammlung in Rosenthal. Treffpunkt 19 Uhr bei Kiebner, Residenzstr. 9. **Hermsdorf.** 19½ Uhr Abfahrt Bahnhof Hermsdorf nach Rosenthal. — **Donnerstag, 14. November. Schöneberg-Friedenau.** 19½ Uhr Antreten sämtlicher Kameraden zum Saalschutz in der Hohenzollernschule, Belziger Straße. **Schöneweide-Johannisthal.** 19½ Uhr Saalschutz in Niederschöneweide, Mädchenschule. **Lichtenberg.** 19½ Uhr Schulaula Lückstraße. Saalschutz SPD. Die Kameradschaften Gustav Tempel, Rummelsburg und Friedrichsfelde haben sich restlos einzufinden. **Reinickendorf-Ost** (Kameradschaft). 20 Uhr Saalschutz zur öffentlichen Versammlung im Schützenhaus, Residenzstr. 1. **Reinickendorf-West.** 19½ Uhr Antreten im Verkehrslokal. Saalschutz Reinickendorf-West. Pflichtveranstaltung. — **Freitag, 15. November. Kreuzberg.** 18½ Uhr Antreten Fontane-Promenade mit Tambourkorps ohne Fahnen. Erscheinen Pflicht. **Charlottenburg.** Kameradschaft Rathaus. 20 Uhr Saalschutz der SPD.-Versammlung im Schiller-Theatersaal. Bismarckstraße. 18½ Uhr Antreten des gesamten Ortsvereins mit Musik (außer Kameradschaft Rathaus). Friedrich-Karl-Platz, zur Begleitung der SPD.-Demonstration. **Schöneberg-Friedenau.** 19½ Uhr Saalschutz in der Uhlandschule, Kolonnenstraße. **Steglitz** (Ortsverein). 19¾ Uhr Saalschutz bei der SPD., Oberrealschule Elisenstraße. **Köpenick** (Ortsverein). 19½ Uhr Saalschutz bei Schröder, zur Versammlung der SPD. **Lichtenberg.** Achtung! Ummarsch mit der SPD. im Bezirk Karlshorst. Presse beachten. Antreten 19 Uhr am Bahnhof Karlshorst mit Tambourkorps. **Schöneweide-Johannisthal.** Saalschutz Oberschöneweide. Antreten 18½ Uhr am Marktplatz, Ummarsch. **Reinickendorf-Ost** (Kameradschaft). 20 Uhr Kameradschaftsversammlung bei Kiebner, Residenzstr. 9. **Hermsdorf** (Kameradschaft). 20 Uhr Kameradschaftsversammlung bei [illegible], Berliner Ecke Bahnhofstraße. Pflicht. — **Kreis Friedrichshain.** Die Autopropagandafahrt der 23. Abt. findet nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag, dem 14. November, zur gleichen Zeit statt. — **Reinickendorf** (Ortsverein). Mittwoch, 13. November, 19½ Uhr, Saalschutz in Rosenthal bei Manthey, Hauptstr. 1. Donnerstag, 14. November, 19½ Uhr, Saalschutz bei Müller, Scharnweberstraße. — **Weißensee** (Ortsverein). Donnerstag, 14. November, 19½ Uhr, Antreten Berliner Hof zum Saalschutz bei der SPD.

Verein selbständiger Handwerker jüdischen Glaubens E. V. zu Berlin. Am Donnerstag, dem 14. November, 20 Uhr, im Gemeindehaus, Rosenstr. 2—4, Vortrag des Herrn Pastor Francke über Gerhard Hauptmanns Drama „Rose Bernd".

Arbeiter-Abstinenten-Bund, Gruppe Kreuzberg. Mittwoch, 13. November, 19½ Uhr, in der Schule Bergmannstr. 85, Vortrag des Herrn Dr. med. Fleischmann über „Das Nervensystem und seine Erkrankungen". Anschließend geselliges Beisammensein in unserer eigenen alkoholfreien Gaststätte, Marheinekeplatz 3—4.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V. Gr. 3. Zahlabend von Restaurant Fredrich, Gerichtstr. 44, nach Restaurant Otto Schroer, Antonstr. 6, verlegt. Zahlabend jeden 1. und 3. Montag im Monat von 18 bis 20 Uhr. Gr. 6. Zahlabend von Restaurant Mecklenburg, Tegeler Straße 5, nach Restaurant Willi Schmidt, Kolberger Str. 24, verlegt. Zahlabende jeden 2. Montag im Monat von 18 bis 20 Uhr. Bücher und Geld sind Fredrich und Mecklenburg nicht mehr berechtigt anzunehmen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Wechselnd bewölkt mit Schauern und wieder sinkenden Temperaturen. — **Für Deutschland:** Nur im Alpenvorland größtenteils bewölkt mit Niederschlägen, sonst überall veränderlich mit weitverbreiteten Schauern, allgemein niedrigere Temperaturen.

Verantwortlich für Politik: Dr. **Curt Geyer;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner;** Feuilleton: **R. H. Döscher;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. **Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".**

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

2. **Kreis Tiergarten.** Freitag, 15. November, öffentliche Kundgebung im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24. Vortrag: „Die Sozialdemokratie im Wahlkampf". Referenten: Stadtverordneter Genosse Karl Bublitz und Genossin Dr. Käthe Frankenthal. Des weiteren findet eine öffentliche Kundgebung statt im Nationalhof, Bülowstr. 37. Referent: Genosse Kuttner. Saaleröffnung 19 Uhr.

Heute, Mittwoch, 13. November:

1. **Abt. Achtung!** Heute nach der Wählerkundgebung Sitzung aller Funktionäre. **Donnerstag, 14. November,** ab 17 Uhr, Flugblattverbreitung bei Spiegel, Ackerstr. 1.
3. **Abt.** Mittwoch und Donnerstag, 18 Uhr, Flugblattverbreitung vom Lokal Auguststr. 30 aus.
4. **Abt.** 19½ Uhr bei Stommel, Neue Friedrichstr. 1, Mitgliederversammlung. Letzte Vorarbeiten zur Wahl.
12. **Abt.** 19½ Uhr bei Nachtigall, Beusselstr. 32, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Strafrechtsreform und Bevölkerungspolitik". Referentin: Stadtverordnete Dr. Käthe Frankenthal.
17. **Abt.** 19½ Uhr Zahlabende bei Klinge, Sellerstr. 14, Eckardt, Müllerstraße 168, Pimaski, Tegeler Str. 24, Schwiderowski, Triftstr. 48, Schreiber, Triftstr. 63.
22. **Abt.** 19½ Uhr Zahlabende bei Bartsch, Fehmarnstr. 1, Borkowski, Beusselstraße 43, Loschke, Antonstr. 9, Senkel, Utrechter Str. 10, **Herzog, Müllerstraße 26.**
24. **Abt.** Ab 18 Uhr Flugblattverbreitung: 1. Gruppe: Rösner, Immanuelkirchstr. 26. 1a. Gruppe: Ahlschläger, Wins- Ecke Christburger Straße. 2. Gruppe: Vogel, Jablonskistr. 9. 3. Gruppe: Köhler, Greifswalder Straße 8a.

32. Abt. Die Propagandaautofahrt und die Streuzettelverteilung findet nicht heute, Mittwoch, sondern erst am Donnerstag, dem 14. November, statt. Der Treffpunkt bleibt der gleiche.

34. **Abt.** 19½ Uhr Zahlabende bei Neumann, Gubener Str. 46. Vortrag des Stadtverordneten Reinhold Eichberg. Lokal Seidlitz, Romintener Str. 7. Vortrag des Stadtverordneten Gustav Hädicke. Lokal Cabiner Str. 10.
46. **Abt.** Ab 16 Uhr sind die neuen Wahlflugblätter von Kaufner, Hagelberger Str. 3a, abzuholen und spätestens Sonnabend, 16. November, zu verteilen. Alle Mitglieder beteiligen sich hieran und leisten am Wahltage Wahlhilfe.
47. **Abt.** Flugblattverbreitung von den Zahlabendlokalen aus. Weiterer Punkt der Tagesordnung: Wahlarbeit. Um rege und zahlreiche Beteiligung wird dringend gebeten.
57. **Abt. Charlottenburg.** 19½ Uhr Zahlabende. 1. Gruppe: Arndt, Kantstraße 31. Vortrag: „Der Fall Sklarek". Referent: August Gobert. 2. Gruppe: Thunack, Wielandstr. 4. Vortrag: „Sittliches Verbrechen und Uebertretung im neuen Strafgesetz". Referent: Dr. Meyer-Brodnitz. — **Freitag, 15. November.** 18 Uhr, Abmarsch zum Werbeumzug vom Friedrichshainplatz.
71. **Abt. Wilmersdorf.** 20 Uhr Zahlabend bei Laux, Schrammstraße. Erscheinen dringend erforderlich.
78. **Abt. Dahlem.** Der Zahlabend fällt aus. Dafür treffen sich alle Genossen mit Freunden und Bekannten am Donnerstag, dem 14. November, in der öffentlichen Wählerversammlung.

Neukölln. 96. **Abt.** Die Bezirksführer werden gebeten, die Flugblätter heute, von 16 bis 18 Uhr, von Fohr, Siegfriedstraße, abzuholen. — 98. **Abt.** 114. **Bezirk.** 20 Uhr bei Noack, Juliusstr. 23, Zahlabend.

98. **Abt. Britz-Buckow.** 19½ Uhr Zahlabende für alle Bezirke in den bekannten Lokalen.
128. bis 130. **Abt. Bezirk Heinersdorf.** 20 Uhr Zahlabend im Lokal Thininsstraße 60. Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.
133. **Abt. Buchholz.** 20 Uhr Zahlabend bei Rosack, Hauptstr. 71.
135. **Abt. Karow.** 20 Uhr Zahlabend bei Klit, Bankgrabenstraße.

Eichwalde. 20 Uhr im Lokal von Lindner, Bahnhofstr. 12, Zahlabend. Tagesordnung: Die Wahlarbeit.

Bernau. 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal von Modisch. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Morgen, Donnerstag, 14. November:

9. **Abt.** Letzte Flugblattverbreitung bei Hübner, Wilsnacker Str. 34. Niemand darf fehlen.
11. **Abt.** Allgemeine wichtige Flugblattverbreitung. Alle müssen erscheinen.

Funkwinkel.

Zwei Vorträge wollen das literarische und kulturelle Leben der Gegenwart beleuchten. Erich Franzen liest ein Essay „Zur Lektüre lebender Dichter", und Studienrat Monzel gibt im Rahmen der Bücherstunde einen Ueberblick über moderne literarische Zeitkritik unter dem Titel „Blick in die Zeit". Monzel ist stark im Literarischen verankert. Er sieht die Gegenwart von dem Standpunkt anerkannter Schriftsteller aus, die versuchen, allgemein gültige Gesichtspunkte zu finden. Vielleicht sind diese Einstellungen von entscheidender Bedeutung, aber leider geben sie dem einfachen Hörer zu wenig, und es kommt darauf an, daß ein Rundfunkvortrag gerade auf diese Schichten Rücksicht nimmt. Erich Franzen sammelt seine Erkenntnisse in ein paar Bemerkungen, die außerordentlich fein geschliffen sind. Die Lage des deutschen Schrifttums deutet er in knappen Sätzen aus. Es kommt darauf an, einen Generalnenner zu finden, auf den die Bestrebungen aufgehen. Ganz kurz streift er Regiefragen des Theaters, die nicht imstande sind, trotz genialer Inszenierung das ganze moderne Leben innerhalb eines engaespannten Rahmens einzufangen. Aber Franzen selbst sucht nur, ohne einen bestimmten Weg zu finden. Beide Vorträge bedeuten keine Erfüllung, keinen Wegweiser ins Neuland, sie sind eher eine Abrechnung, eine Bilanz. Was aber der Rundfunk geben müßte, das wäre eine genaue Festsetzung von Richtlinien auf diesem Gebiet, nicht nur Kritik, sondern auch der Versuch zu einer Erfüllung. — Ueber das Konzert aus der Singakademie wird an anderer Stelle berichtet werden. Zwei Unterhaltungsmusiken weist das Programm auf. Selbst Barnabas von Geczy hat diesmal seine Saxophone vergessen und ergeht sich in volkstümlichen Weisen. Im ganzen kann man sagen, daß das Programm einerseits zuviel schwere Dinge bringt und andererseits vielleicht zu leicht orientiert ist.

F. Sch.

MAGGI^s Würze

ist vielseitig verwendbar

für Suppen · Soßen · Gemüse · Salate